

Das Bauvolk der kommenden Welt

Juso-Landeskonferenz 2022

02.07.-03.07.

Beschlussbuch



Inhaltsverzeichnis

Hinweis 1: Die auf diese Landeskonzferenz verschobenen und beschlossenen Anträge aus dem Jahr 2021 sind mit einem Sternchen gekennzeichnet!

A	Arbeitsprogramm und Leitanträge	
A1	Arbeitsprogramm	1
A2	Demokratischer Ostseeraum - solidarisch, nachhaltig, progressiv	23
A3	Zeitenwende – auch in der Werftpolitik!	27

C	Chancengleichheit, Bildung & Ausbildung	
C1*	Digitales Durcheinander: Nein danke! - Bildungsförderalismus weiter entwickeln	31
C2*	Diskriminierungssensible Lehrkräftebildung umsetzen	35
C3*	Wiedereröffnung der Steuerrechtsausbildung an der Universität Greifswald	36
C4	Gerechte Finanzierung staatlicher Schule	37
C5	Umstrukturierung des Politik- und Wirtschaftsunterrichtes	38

D	Demokratie & Partizipation	
D1*	Stärkung der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-Vorpommern	39
D2*	Vertrauen schaffen - Lobbyregister für den Landtag Mecklenburg-Vorpommern	40

G	Gleichstellung, Feminismus & Gender	
G3*	Ostpowerment – Bildet Banden!	42

I	Inneres, Verkehr, Verbraucherschutz & Verteidigung	
I1*	Infrastruktur für Verkehrswende schaffen	43
I2*	Verkehrswende einleiten – Karniner Brücke fertigstellen	48
I4	Im Schatten des Krieges leben... Deutsche Sicherheitsarchitektur im neuen 21. Jahrhundert	49

K	Kultur & Sport	
K1*	Ausbau der finanziellen Förderung von Randsportarten	54
K2*	Überarbeitung des großen Zapfenstreichs	55
K3	Opferperspektive voranstellen	56
K4	Kopfbälle beim Fußball im Jugendbereich verhindern	58

O	Organisation	
O1*	Einrichtung einer Kommission zur Überarbeitung der Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten und Jungsozialistinnen in der SPD Mecklenburg-Vorpommern	59

P	Pflege, Gesundheit & Soziales	
P1*	Gewährung des altersunabhängigen Unterhaltsvorschlusses in der schulischen Ausbildung der Kinder	60
P3	Selbstbestimmtes Wohnen für Menschen mit geistiger Behinderung ermöglichen	61
P4	Abschaffung der Anrechnung von ehrenamtlichen Entschädigungen auf Leistungen im Rahmen des XII. Sozialgesetzbuches	63

U	Umwelt, Energie & Nachhaltigkeit	
U1*	Biologische Vielfalt auf kommunalen Grünflächen	64

Z	Initiativanträge	
Z1	Grunderbe jetzt – Wohlstand für alle!	66
Z2	Attraktivität ehrenamtlicher Tätigkeiten steigern	68
Z3	Strukturelle Entlastungen schaffen und die Handlungsfähigkeit des Staates auch über die Krise hinaus erhalten!	71
Z5	Massentierhaltung abschaffen!	79
Z6	Nächster Halt: Mobilitätswende – Die Weiterführung des 9-Euro-Tickets	90

Geschäftsordnung		92
------------------	--	----

1 A1 Arbeitsprogramm

2

3 Gliederung Arbeitsprogramm

4 1. Selbstverständnis

5 2. Kampagnen

6 3. Verbandsstrukturen

7 4. Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit

8 5. Politische Bildung

9

10 1. Selbstverständnis

11 Wir Jungsozialist*innen in der SPD Mecklenburg-Vorpommern begreifen uns als
12 sozialistischen, feministischen, internationalistischen und antifaschistischen
13 Richtungsverband. Wir sind ein linker Teil der SPD und arbeiten kritisch an der
14 progressiven Gestaltung von Politik in ihr und der Gesellschaft. Grundlage für unsere
15 politischen Vorstellungen und Ziele bildet unser Menschenbild. Wir gehen davon aus,
16 dass jeder Mensch für sich erstrebt, ein vollkommenes und selbstbestimmtes Leben zu
17 führen. Dieser Anspruch in uns allen führt zu individuellen Lebensentwürfen. Sie dienen
18 als gedankliche Richtschnur zur eigenen Verwirklichung, um unseren Platz in der
19 Gesellschaft zu finden, Leid von uns zu nehmen und letztendlich Zufriedenheit zu
20 erlangen. Es ist dieser Wesenszug des Menschen, der uns alle zu einer menschlichen
21 Gemeinschaft zusammenführt, die wir für die Umsetzung unserer Lebensentwürfe
22 brauchen. Ausgehend und getragen von diesen Vorstellungen, stehen die
23 Jungsozialist*innen zu der Überzeugung, dass das Herrschaftssystem Kapitalismus, die
24 kapitalistische Produktionsweise und das Patriarchat überwunden werden müssen, um
25 ein freies, gerechtes, selbstbestimmtes und solidarisches Leben für alle zu verwirklichen.
26 Nur wenn Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität erkämpft werden, ist eine menschliche
27 Gesellschaft verwirklicht. Freiheit ist für uns neben einem vernünftigen Maß an

28 individueller Handlungsfreiheit vor allem auch innere Entfaltungsfreiheit, also die
29 Fähigkeit den individuellen Lebensentwurf zu entwickeln und umzusetzen.
30 Gerechtigkeit wird am besten mit den Worten von Karl Marx beschrieben: “Jeder nach
31 seinen Fähigkeiten, jedem nach seinem Bedürfnis”. Alle sollen somit zur
32 gesellschaftlichen Entwicklung nach ihren Möglichkeiten beitragen und verdienen nach
33 ihren Bedürfnissen gesellschaftliche Güter. Die Verteilung über den Marktmechanismus
34 ist für uns unzulänglich. Solidarität ist der Anspruch an uns, über die Grenzen unserer
35 eigenen Umstände hinwegzusehen und die Hindernisse und Probleme des
36 Mitmenschen auf dem Weg zur Verwirklichung seines Lebensentwurfs als Aufgabe für
37 sich selbst zu begreifen. Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität sind nicht erreicht. Sie
38 bleiben Aufgabe. Unser Ziel bleibt daher der demokratische Sozialismus. Dieser
39 orientiert sich an unserem humanistischen Menschenbild und den sich daraus
40 ergebenden Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

41 Wir Jusos M-V bauen als Sozialist*innen auf einer marxistischen Gesellschaftsanalyse
42 auf. Zu diesem materialistischen Gesellschaftsbild gehört, dass wir der Überzeugung
43 sind, dass das gesellschaftliche Sein das gesellschaftliche Bewusstsein konstituiert. Der
44 Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit ist dabei für uns Ausgangspunkt von
45 Ungleichheit und Ungerechtigkeit. Unser politisches Ziel ist es, diesen zu beseitigen und
46 eine gesellschaftliche Aneignung der Produktionsmittel. Zentral für uns ist dabei jedoch
47 ein weiter entwickelter, mehrdimensionaler Kapitalbegriff, der neben den klassischen
48 Produktionsmitteln ebenso kulturelles, soziales und symbolisches Kapital umfasst. Das
49 Patriarchat, die systematische Unterdrückung von Minderheiten ist für uns nicht
50 Ergebnis des Widerspruchs von Kapital und Arbeit, sondern Bestandteil des
51 Kapitalismusbegriffs der herrschenden Klasse, das neben ökonomischem Kapital,
52 kulturelles, soziales und symbolisches Kapital erfasst. Hieraus ergibt sich die energische
53 Absage an alle, die an autokratische Gesellschaftssysteme des ehemaligen sogenannten
54 Ostblocks anknüpfen wollen. Diese vermeintlichen Staatsozialismen waren nichts als
55 bürgerliche Cliquenherrschaften, die sich aus einer Monopolisierung sozialen und
56 symbolischen Kapitals speisten und tief in ihren Inneren immer noch kapitalistischer

57 Natur waren. Als Reformsozialist*innen glauben wir nicht an ein
58 geschichtsmaterialistisches Verständnis, in dem die Basis den Überbau gleichsam als
59 historische Zwangsläufigkeit beseitigt. Jede Form geschichtlicher Entwicklung ist für uns
60 immer das Ergebnis menschengemachter Prozesse, für die es aktiv zu werden gilt.

61 Dabei ist klar, dass jede Zeit und Gesellschaftsformation andere Formen an Aktivismus
62 vorgibt und einfordert. In der derzeitigen gesellschaftlich-historischen Formation der
63 sogenannten westlichen Welt halten wir revolutionäre Ansätze für nicht zweckmäßig.
64 Unsere bevorzugten Mittel sind antikapitalistische Strukturreformen, die es im
65 parlamentarischen Kampf durchzusetzen gilt. Durch sie wollen wir die
66 Machtverhältnisse in der Gesellschaft umkehren und Kapitalkonzentrationen jeder Art
67 auflösen. Stattdessen glauben wir an ein Zusammenwirken von Zivilgesellschaft und
68 politischen und parlamentarischen Kräfte. Für uns ist die Demokratie gleichsam Mittel
69 und Zweck unserer Bestrebungen. Wir glauben, dass die volle Verwirklichung der
70 Demokratie nur im Sozialismus gelingen kann und gleichsam die Demokratie einzig
71 wünschenswertes Mittel der Verwirklichung, bzw. des Strebens nach einer
72 sozialistischen Gesellschaft sein kann. Wir erkennen die Schwächen der aktuellen
73 parlamentarischen Demokratie, in der sich die herrschende Klasse in den Parlamenten
74 teilweise selbst reproduziert an, der Parlamentarismus ist für uns jedoch weiterhin die
75 Demokratieform, in der wir die Verwirklichung unserer politischen Ziele suchen.

76 Der Sozialismus ist für uns als Prozess gekennzeichnet durch das fortdauernde Streben
77 nach einer Befreiung des Menschen aus seinen materiellen Zwängen und als solcher
78 niemals vollendet. Der Grundsatz der Subsidiarität ist für uns konstitutives Element
79 unseres Sozialismusverständnisses, dass jedem autoritären Gedankengut
80 entgegensteht.

81 Wir streben als Jusos eine Zusammenarbeit mit allen progressiven gesellschaftlichen
82 Kräften an, um eine hegemoniale Gegenerzählung zu der bestehenden kapitalistischen
83 zu formen. Wir möchten Brücke zwischen Gesellschaft und Politik sein und
84 gesellschaftliche Mehrheiten für politische Veränderungen schaffen. Das kapitalistische

Agieren der Gesellschaft stößt nicht nur im sozialen Bereich an seine Grenzen, sondern auch im Ökologischen. Wachstum darf nicht auf Kosten der Lebensgrundlage gebilligt werden. Wir müssen die Grenzen des Planeten anerkennen und Politik auf ihre Umweltverträglichkeit prüfen, sowie Wirtschaft nachhaltig gestalten.

Dazu gehört es aber auch, ein ökologisches Bewusstsein zu verankern. Jede*r kann mit kleinen umweltschonenden Maßnahmen schon viel bewegen und einen Teil zur ökologisch gerechten Welt beitragen. Staaten und Unternehmen müssen sich ihrer Verantwortung für unsere Welt bewusst sein. Wir lehnen es ab, die Verantwortung nur auf Individuen abzuwälzen. Diese Argumentation ist eine Nebelkerze, um davon abzulenken, dass beispielsweise 90% des weltweiten CO₂- Ausstoßes von der Energiebranche verursacht wird. Auf das systemische Problem der Klimakatastrophe muss es systemische Antworten geben. Wir haben nur eine Erde und es liegt in unser aller Verantwortung diese für nachfolgende Generationen lebenswert zu erhalten.

Zur eigenen Verwirklichung gehört auch das Recht auf sexuelle Selbstbestimmung und die Gleichberechtigung aller Menschen. Diese kann aber nur durch die Dekonstruierung der Geschlechter umgesetzt werden. Geschlechter sind genauso wie die gesellschaftlichen Verhältnisse nur ein Konstrukt, welches sich auf der Basis männlich dominierter Machtstrukturen mit entsprechender Rollenverteilung herauskristallisiert hat. Es reicht aber nicht nur Hierarchien aufzubrechen, sondern auch die Geschlechterdifferenzen müssen überwunden werden. Im sozialistischen Feminismus ist das letztendliche Ziel ein geschlechtsneutraler Humanismus.

Jegliche Formen von Sexismus oder Homophobie müssen durch politische Mittel und eine gendergerechte Sprache bekämpft werden. Wir lehnen jede Ideologie ab, die andere Menschen diskriminiert, von gesellschaftlicher Teilhabe und dem Leben in der Gemeinschaft ausgrenzt oder Menschen in irgendeiner Form benachteiligt. Deswegen sehen wir den Kampf gegen jedwede Form von Faschismus, Antisemitismus, Rassismus, der extremen Rechten und Rechtspopulismus als eine unserer zentralen Aufgaben an. Wir sehen es als unsere Pflicht an, aus der Schreckensherrschaft des deutschen

113 Faschismus zwischen 1933 und 1945 die richtigen Lehren zu ziehen. Wir müssen unserer
114 Verantwortung gerecht werden, allen Menschen und besonders der Jugend der Welt ins
115 Gedächtnis zu rufen, dass sich das Verbrechen der Shoa niemals wiederholen darf, weder
116 in Deutschland noch sonst irgendwo in der Welt! Die Losung "Keinen Fußbreit den
117 Faschist*innen" ist für uns nicht nur eine Phrase oder eine leere Worthülse, sondern eine
118 konkrete Handlungsanweisung. Solange es in der Welt noch menschenverachtendes
119 Gedankengut gibt, wollen wir den Kampf mit jenen, die es verbreiten, aufnehmen. Die
120 Mittel, die wir für diesen Kampf verwenden, sind politische Bildung, eine lebendige
121 Demokratie, ziviler Ungehorsam und passiver Widerstand. Wir beantworten Gewalt
122 nicht mit Gegengewalt. Unsere Antwort auf Angst und Hass lautet Freiheit,
123 Gerechtigkeit und Solidarität und der Glaube an eine friedliche Weltgemeinschaft. Wir
124 wollen aus der tragischen Geschichte des 20. Jahrhunderts lernen: Getrieben von
125 Nationalismus und Militarismus wankten die Völker der Welt immer wieder in
126 mörderische Kriege und Konflikte. Aus diesem Grund lehnen wir Nationalismus und
127 Militarismus generell ab und sehen die Abschaffung aller Nationalstaaten und Grenzen
128 als eines unserer Hauptziele an. Dieses Ziel kann nur gemeinsam mit unseren
129 Partner*innen auf der ganzen Welt erreicht werden. In diesem Sinne begreifen wir uns
130 als antinational ausgerichtete Organisation, die mittels internationaler Solidarität und
131 Kooperation handelt. Unsere Entscheidungsfindung folgt selbstverständlich den
132 demokratischen Prinzipien. Die Geschichte lehrt, dass die Abkehr von dieser
133 grundlegenden Regel, selbst bei besten Vorsätzen nur zu leicht ins Verderben führen
134 kann. Die innerverbandliche Basis unserer Projekte wollen wir breit bauen. Das ist eine
135 gemeinsame Aufgabe, die von uns allen Dialogbereitschaft erfordert. Die Vorstellung
136 von der Beeinflussung und Gestaltung der Politik in diesem Sinne ist es, die uns motiviert
137 und unseren Weg beschreibt. Sie ist Ausgangspunkt für die Arbeit im und mit dem
138 Verband. Um diesem Anspruch gerecht werden zu können, engagieren wir uns in Politik
139 und Gesellschaft.

140 Wir arbeiten mit und an uns, als Verband, aber auch als Individuum. Folgendes sind die
141 Schwerpunkte unseres politischen Handelns. Eines unserer zentralen Werkzeuge ist die

142 politische Bildung. Mit ihr untersuchen wir den Grad der Umsetzung unserer Werte in
143 der Gesellschaft und diskutieren mögliche Veränderungen. Darüber hinaus wollen wir
144 die grundlegende Frage beantworten, was „Demokratischer Sozialismus“ sein kann und
145 welche Schritte auf dem Weg notwendig oder sinnvoll sind. Die praktische politische
146 Arbeit vermitteln wir, indem wir das Handwerkszeug zur Betätigung im politischen
147 Raum diskutieren und verbreiten. Die Durchführung politischer Aktionen in der
148 Öffentlichkeit und die Durchsetzung von politischen Zielen innerhalb der SPD sind
149 unsere Aufgaben als politischer Verband. Uns und die SPD hier bewegungsorientiert
150 weiterzuentwickeln und sich nicht nur auf Gremien und Parlamente zu konzentrieren,
151 ist zentral. Wir wollen mit der und durch die SPD gesellschaftliche und politische
152 Mehrheiten für fortschrittliche Politik erringen, bewahren uns jedoch auch unsere
153 Kritikfähigkeit. Unser Verhältnis zur SPD ist kritisch-solidarisch. Wir sind ein
154 eigenständiger Jugendverband, der allgemeinpolitischen Anspruch hat. Wir verstehen
155 uns als Möglichkeit für junge linksdenkende Menschen, langfristige, programmatische
156 Veränderungen innerhalb der SPD vorzubereiten und andere Narrative für
157 gesellschaftliche Debatten zu finden und hegemonial zu machen. Für uns ist die SPD die
158 zentrale Plattform, gesellschaftliche Veränderungen politisch durchzusetzen. Die SPD
159 hat jedoch insbesondere in den letzten Jahren den Anspruch, eine transformatorische
160 gesellschaftliche Kraft zu sein, weitgehend verloren. Unser Anspruch ist es, diesen
161 wieder herzustellen, den Führungsanspruch der SPD innerhalb der gesellschaftlichen
162 Linken und das Profil als parlamentarischer Arm der gesellschaftlichen Linken wieder
163 glaubhaft zu machen. Dies wird nicht ohne Bereitschaft zum Konflikt mit jenen möglich
164 sein, die es sich als linkes Korrektiv in der Tagespolitik bequem gemacht haben. Unser
165 Verhältnis zur SPD ist damit gleichermaßen kritisch, wie grundsätzlich solidarisch.
166 Unsere Solidarität mit der SPD ist jedoch niemals stärker als unser Anspruch an
167 Veränderung und Verbesserung, den wir an sie haben. Dafür sind wir bereit die
168 notwendigen Konflikte auf allen Ebenen grundsätzlich innerparteilich anzugehen und
169 überall, wo es notwendig ist, offen die Machtfrage zu stellen.

Der Machtanspruch der Jusos innerhalb der SPD muss stets inhaltlich begründet und darf kein Selbstzweck sein, denn wir Jusos, verstehen uns nicht als die politische Karriereleiter von Einzelpersonen: Die Besetzung von politischen Positionen ist dann notwendig, wenn wir inhaltliche Schwerpunkte setzen wollen und so unserem Ziel der Veränderung der Gesellschaft näherkommen können. Diese Schwerpunkte gilt es immer zuvor zu prüfen. Generell gilt: Politische Ämter dürfen für uns, Jusos, kein Selbstzweck werden. Zur Vollendung unserer Ziele müssen wir jedoch auch direkt in die Zivilgesellschaft hineinarbeiten. In diesem Sinne halten wir am Prinzip der Doppelstrategie fest. Neben dem Wirken in die SPD und politische Gremien hinein, muss es zentraler Bestandteil der Arbeit der jungsozialistischen Bewegung sein, eng mit zivilgesellschaftlichen Partner*innen zusammenzuarbeiten und gemeinsam mit diesen zentrale Positionen in der Zivilgesellschaft zu besetzen, um dort progressiv, gestaltend und meinungsbildend auf den Alltag der Menschen einzuwirken. Wir stehen allen unseren Partner*innen egal, ob international oder national und egal, ob aus der Zivilgesellschaft oder unserer Mutterpartei kommend, in einer kritischen Solidarität gegenüber.

Als sozialistischer Jugendverband brauchen wir die Verankerung mit anderen linken Jugendverbänden des Landes. In einer Vielzahl von Gruppierungen, Verbänden und Initiativen kämpfen in Mecklenburg-Vorpommern junge Menschen mit Herzblut für eine bessere Welt. Die Jusos MV werden deshalb ihre Zusammenarbeit mit uns nahestehenden Jugendverbänden und Vorfeldorganisationen intensivieren und festigen. Gemeinsame Kampagnen und Veranstaltungen, sowie ein regelmäßiger Austausch, insbesondere über jugendpolitische Themen, sollen als fester Arbeitsschwerpunkt des Landesvorstandes bestehen.

2. Kampagnen

Neumitgliederkampagne

197 Um eine Neumitgliederkampagne bei den Jusos Mecklenburg-Vorpommern
198 durchzuführen, bedarf es unterschiedlicher Aktionen und Möglichkeiten, wie junge
199 Menschen in unserem Landesverband angesprochen werden können. Dabei liegt die
200 Organisation dieser Kampagne beim Landesvorstand, wenngleich dieser in enger
201 Abstimmung mit den Kreisverbänden arbeitet. Dazu sollen regelmäßige Planungs- und
202 Feedbackrunden mit den Kreisverbänden stattfinden.

203 In einem ersten Treffen wurden folgende Bedarfe seitens der Kreisverbände bezüglich
204 einer Neumitgliederkampagne geäußert:

- 205 • Interne Weiterbildungen, um präsenter in den sozialen Netzwerken und vor Ort
206 zu sein
- 207 • Zentral geplante Aktionen, die vom Landesvorstand organisiert und von den
208 Kreisverbänden in Anspruch genommen werden können.
- 209 • Gemeinsame Aktionen in MV verteilt, um Kreisverbände bei ihrer Arbeit vor Ort
210 zu unterstützen
- 211 • Allgemeine Strukturen, um Neumitglieder zu gewinnen

212

213 Interne Weiterbildungen, um präsenter in den sozialen Netzwerken und vor Ort zu sein

214 Diese Weiterbildungsangebote sollen gezielt Bildungsformate umfassen, die zu einer
215 besseren Qualifikation der Mitglieder in den Kreisverbänden bei der Ansprache von
216 Neumitgliedern oder der Öffentlichkeit beitragen.

217

218 Hierzu sollen explizit Social-Media-Workshops, Stand- und Demonstrationstrainings,
219 sowie Kommunikations- und Rhetorikworkshops entwickelt und angeboten werden.
220 Weiterhin soll die Neumitgliederkampagne von einem Corporate Design, sowie
221 Vorlagen für Social Media Auftritte, welche die Kreisverbände variabel einsetzen
222 können, begleitet werden. Ein landesweiter Social Media Kalender soll zusätzlich helfen,

223 Jahres- und Gedenktage frühzeitig im Blick zu haben und gemeinsame Aktionen
224 vorzubereiten.

225 Zentral geplante Aktionen, die vom Landesvorstand organisiert und von den
226 Kreisverbänden in Anspruch genommen werden können

227

228 Zentral geplante Aktionen können neben dem bereits beschriebenen Social-Media- und
229 Workshopangebot, auch die Planung von Plakat- und Standaktionen sein. Hierzu sollen
230 Plakate mit Themen entwickelt werden, die junge Menschen bewegen und in der Nähe
231 von Schulen, Unis oder sonstigen Plätzen, wo sich junge Menschen aufhalten,
232 aufgehängt werden. Ein hypothetisches Beispiel hierfür könnte sein: “Kostenloser ÖPNV
233 für Schüler*innen, Studierende, Auszubildende und Freiwilligdienstleistende - Willst
234 auch Du Dich für kostenlosen ÖPNV einsetzen, dann mach bei uns mit”. Diese Plakate
235 können dann mit einem QR-Code gekennzeichnet werden, der entweder zu den
236 Kreisverbänden oder zum Landesverband führt, sodass sich Interessierte an die jeweilige
237 Ebene wenden können.

238 Zusätzlich stellt der Landesverband begleitet zur Neumitgliederkampagne
239 Werbematerialien, wie Sticker und Postkarten zur Verfügung. Begleitend dazu soll
240 Werbung über die Social-Media-Kanäle erfolgen.

241

242 Gemeinsame Aktionen in MV verteilt, um Kreisverbände bei ihrer Arbeit vor Ort zu
243 unterstützen

244 Eine weitere Aktion im Rahmen der Neumitgliederkampagne kann eine Sommer-
245 /Herbsttour der Jusos MV sein. Ziel der Sommer-/Herbsttour ist es, möglichst viele
246 Mitglieder zu mobilisieren bei Aktionen in den Kreisverbänden gemeinsam vor Ort zu
247 sein. Seien es öffentlich organisierte Wanderungen durch ein Moor, Fahrradtouren mit
248 Verteilaktionen als Zwischenstation, Fußballturniere oder ein klassischer Stand. Oft hilft

249 viel Jusopower auch vor Ort mehr, darum wollen wir Jusos im gesamten Landesverband
250 mobilisieren, um auch mal in andere Kreisverbände zu gehen, sich kennenzulernen und
251 vor Ort gemeinsame Aktionen durchzuführen.

252

253 Allgemeine Strukturen, um Neumitglieder zu gewinnen

254

255 Der Zugang zu neuen Mitgliedern kann dadurch vereinfacht werden, dass offene Treffen
256 in den Kreisverbänden, für Interessierte veranstaltet und über Social Media angekündigt
257 werden. Das ermöglicht ein lockeres Kennenlernen. Weiterhin scheint die Strategie
258 “Bring Your Friends” sehr sinnvoll, indem im persönlichen Umfeld (Schule, Studium,
259 Arbeit) interessierte Personen niedrigschwellig bei Sitzungen der Jusos vorbeischauen
260 können. Gemeinsam organisierte Veranstaltungen, wie Landtags-/Bundestagsfahrten,
261 Austausch - oder Gedenkstättenfahrten, die ein Stückweit geöffnet werden, können
262 ebenfalls dazu führen, dass Interessierte die Jusoarbeit und ihre Abgeordneten
263 kennenlernen können. Der direkte Draht zwischen Jusos und Interessierte ist dabei
264 entscheidend.

265

266 3. Verbandsstrukturen

267 Unsere Strukturen müssen den Bedingungen eines mitgliederarmen Flächenverbandes
268 gerecht werden. Deswegen lauten unsere strukturellen Grundsätze: Strukturelle
269 Effizienz, klare Aufgabenverteilung, intensives Arbeiten an bestimmten
270 Themenschwerpunkten bei gleichzeitiger Aufrechterhaltung allgemeiner
271 Sprachfähigkeit, insbesondere in landespolitischen Fragestellungen. Um dies zu
272 gewährleisten, wird auch dieses Jahr bereits vor der Wahl des Landesvorstandes eine
273 klare Struktur für die Arbeit desselbigen festgelegt. Jede*r Stellvertreter*in wird einen
274 inhaltlichen Schwerpunkt übernehmen und sich im Rahmen eines Referates an einem

275 organisatorischen Fokus beteiligen. Er*Sie wird diese Aufgaben federführend
276 übernehmen und koordinieren. Ihm*Ihr werden bei Bedarf nach Kompetenzen
277 kooptierte Mitglieder des Landesvorstandes zur Seite gestellt, um die Arbeit zu
278 erleichtern und generative Know-How-Verluste zu verhindern.

279 Auf den Landesvorstandssitzungen wird durch die Arbeitsstruktur die Tagesordnung
280 vorgeben. Fragestellungen politischer Natur in die einzelnen Aufgabenbereiche werden
281 im Landesvorstand besprochen und entschieden. Der*die Landesvorsitzende hat die
282 Aufgaben die Zusammenarbeit der einzelnen Referate zu koordinieren, Entscheidungen
283 über grundlegende politische Zweifelsfragen im Dialog mit den Referaten vorzubereiten
284 und den Verband nach außen zu vertreten. Der*die Landesvorsitzende trägt die
285 politische Verantwortung für sämtliches Geschehen im Landesvorstand und durch den
286 Landesvorstand.

287 In diesem Jahr werden wir die Öffentlichkeitsarbeit umstrukturieren. Es wird ein eigenes
288 Referat zur Öffentlichkeitsarbeit geben. Dennoch werden alle
289 Landesvorstandsmitglieder, insbesondere nach der Zuständigkeit ihres Referates, an der
290 Kommunikation nach außen partizipieren. Zielstellung für die nächste Legislatur wird es
291 insbesondere sein, neue Formate zu entwickeln, um die Arbeit auf den Social Media
292 Plattformen zu verstetigen und breiter aufzustellen.

293 Wir werden die Gliederungsbetreuung im Wesentlichen beibehalten. Für jede Region
294 (West, Ost, Mitte) werden mindestens zwei stellvertretende Landesvorsitzende als
295 Ansprechpartner*innen zur Verfügung gestellt.

296 Um eine bessere und transparentere Kommunikation innerhalb des Verbandes zu
297 erreichen wollen wir am bereits etablierten Format des Newsletters, der in regelmäßigen
298 Abständen aus den verschiedenen Arbeitsbereichen berichtet, festhalten. Ergänzend
299 dazu sollen allerdings weitere Kommunikationsmöglichkeiten geschaffen werden. So
300 soll eine direkte Kommunikation vom Landesvorstand an die Mitglieder durch ein noch
301 durch den Landesvorstand festzulegendes Kommunikationstool als Informationskanal
302 geschaffen werden.

303 Um in Zukunft Terminkollisionen vorzubeugen, stellt der Landesvorstand den
304 Kreisvorsitzenden ein Kalendertool zur Verfügung, in welchem sie selbst Termine
305 eintragen und blocken können.

306 Der Landesvorstand wird zudem seine Kommunikation auf Slack umstellen und dort den
307 Kreisvorständen, den Projektgruppen und den LAs Möglichkeiten der Partizipation
308 bieten, indem auf Bedarf eigene Channels geschaffen werden können.

309 Am Prinzip der Mitgliederumfrage wollen wir festhalten, um eine regelmäßige
310 Evaluationsmöglichkeit zu schaffen.

311 Mitgliedergewinnung und –betreuung

312 Das wichtigste Ziel für einen politischen Jugend- und Richtungsverband, wie es die Jusos
313 sind, ist es, neue Mitglieder zu werben. Ohne weitere Neueintritte droht unser Verband
314 in Zukunft zu überaltern und strukturell ausgehöhlt zu werden. Unser Konzept der
315 Neumitgliedergewinnung ist einfach, aber herausfordernd und lautet:

316 “Die beste Werbung für einen Verband ist eine erfolgreiche und gut funktionierende
317 Verbandsarbeit!”

318 Es sind unsere politischen Erfolge und das Klima, das wir nach Außen spiegeln, die über
319 die Frage entscheiden, ob es für junge Menschen attraktiv ist, sich unserer Bewegung
320 anzuschließen. Deswegen müssen wir bei allem, was wir innerhalb unseres Verbandes
321 tun, darüber nachdenken, wie dies von Jugendlichen außerhalb von Partei und Verband
322 wahrgenommen wird.

323 Hierbei gilt es weiter festzustellen, dass der Landesverband nur begrenzt auf den
324 direkten Kontakt von Jusos zu jungen Menschen und jungen Menschen zu Jusos Einfluss
325 hat. Es sind die Kreisverbände, die den direkten Kontakt zu potentiellen Neumitgliedern
326 pflegen und auch pflegen müssen. Dabei wird der Landesvorstand den Kreisverbänden
327 unterstützend zur Seite stehen.

328 Der Landesverband hat die Aufgabe, die Kreisverbände hierfür in die Lage zu versetzen
329 und durch eigene Tätigkeiten unterstützend zu wirken. Den frischen Wind, den die
330 Neumitglieder mit in unsere Reihen tragen, wollen wir nutzen und diese, wenn möglich,
331 schnell in unsere bereits bestehenden Strukturen mit einbinden. Um das zu
332 bewerkstelligen, brauchen wir flache Hierarchien und kurze Wege, wir müssen die
333 Feedbackkultur in unserem Verband evaluieren und möglicherweise anpassen.
334 Konstruktive Kritik muss geäußert werden können, um eine Erneuerung innerhalb der
335 Jusos und der SPD vorantreiben zu können. Es muss eine Möglichkeit geschaffen
336 werden, Kritik, wenn gewünscht, auch anonym anbringen zu können.

337 Den neu aufgelegten Neumitgliederbrief samt digitalem Neumitgliederhandbuch und
338 Begrüßungspaket wollen wir als erfolgreiches Mittel alle zwei Monate einsetzen. Zudem
339 wollen wir durch eine im Zuge der Neumitgliederkampagne entwickelte
340 Kommunikationsstrategie unsere Neumitgliedergewinnung optimieren. Dazu soll sich
341 auf folgende Angebote konzentriert werden:

342 Durch vermehrte Angebote zur internen Weiterbildungen, wollen wir u.a. präsenter in
343 den Sozialen Netzwerken und vor Ort sein. Diese Angebote sollen in den sogenannten
344 "Funk-Seminaren", die wir bereits die letzten Jahre durchgeführt haben konzentriert
345 und durch weitere Angebote (Handreichungen etc.) ergänzt werden.

346 Zudem wollen wir zentral geplante Aktionen, die vom Landesvorstand organisiert und
347 von den Kreisverbänden in Anspruch genommen werden können umsetzen. Dies
348 beinhaltet z.B., die Möglichkeit von gemeinsame Aktionen (Infostände, gemeinsame
349 Socialising Aktionen usw.) in MV verteilt zu organisieren, um die Kreisverbände bei ihrer
350 Arbeit vor Ort zu unterstützen.

351 Empowerment und Feminismus

352 Feminismus ist für uns einer der Schwerpunkte unserer Arbeit. Das bedeutet, dass wir
353 die Materialien, Seminare und Inhalte prüfen, um in allen Themenbereichen eine
354 feministische Perspektive zu schaffen. Die Verantwortung liegt dabei bei allen

355 Mitgliedern des Landesvorstandes, wobei die*der Feminismus Beauftragte*r eine
356 Expert*innenrolle einnimmt. Die Einbeziehung aller soll genauso im Vordergrund
357 stehen, wie Schaffung von Schutzräumen für FINTA* Personen.¹ Somit soll ein
358 barrierearmer Einstieg in feministische Debatten ermöglicht werden.

359 Awarenessstrukturen

360 Die Awareness-Strukturen innerhalb unseres Verbandes sollen weiterhin gestärkt,
361 regelmäßig evaluiert und ggf. ausgebaut beziehungsweise dementsprechend angepasst
362 werden. Deswegen werden auf allen angebotenen Veranstaltungen zu Beginn ein
363 Awarenessteam, bestehend auf mindestens einer FINTA* - Person und einer weiteren
364 Person bestimmt. Das Awareness-Team soll aktiv gegen diskriminierendes
365 Verhalten vorgehen und betroffene Personen sollen vertraulich Unterstützung finden.
366 Deswegen soll das Awareness-Team jederzeit für alle Teilnehmenden erreichbar sein,
367 um grenzüberschreitendes und/oder diskriminierendes Verhalten, Hilferufe
368 von Teilnehmenden oder Hinweisen darauf nachgehen zu können. Hierfür ist es
369 vonnöten, dass es über ein Telefon des Landesvorstandes immer erreichbar ist und zu
370 jedem Zeitpunkt der Veranstaltung mindestens ein Mitglied des Awareness-Teams
371 nüchtern und zurechnungsfähig ist. Der Landesvorstand wird, je nach Bedarf und nach
372 Möglichkeit, angemessene Aus- und Weiterbildungsangebote schaffen bzw. anbieten.

373 Des Weiteren wird der Landesvorstand die Möglichkeit eines anonymen
374 "Kummerkastens" prüfen, sowie die Verfolgung eingegangener Beschwerden im Blick
375 behalten. Das Awareness-Team der Jusos Mecklenburg-Vorpommern arbeitet nach dem
376 vom Landesvorstand entworfenen Leitfaden. Zudem werden wir uns weiter an der
377 BIPOC Vernetzung des Bundesverbandes beteiligen und auf unseren Wochenenden
378 unter Beteiligung der zu vernetzenden Personen einen geeigneten Raum zur Vernetzung
379 innerhalb des Landesverbandes sorgen.²

¹ FINTA* = Frauen, Inter Menschen, Nichtbinäre Menschen, Trans Menschen, Agender Menschen

² BIPOC= Abkürzung von Black, Indigenous, People of Color, es handelt sich um politische Selbstbezeichnungen

380 Auf und während unserer Veranstaltung wollen wir Räume zum Austausch und
381 vernetzen, aber auch zum kritischen Reflektieren anbieten und schaffen.
382 Hierfür werden wir verschiedene anlassbezogene Möglichkeiten für Plena anbieten und
383 deren Arbeit aktiv unterstützen.

384 Empowerment-Strukturen sollen auf Kreisebene unterstützt und vom Landesvorstand,
385 auf Landesebene, durch eigene Treffen, Workshops und Seminare gestärkt werden.

386 Landesarbeitskreise (LAKs) und Projektgruppen

387 Die Jusos M-V führen ihre programmatischen Debatten innerhalb der
388 Landesarbeitskreise und Projektgruppen. Aufgabe dieser Institutionen ist es sich
389 inhaltlich mit den politischen Schwerpunkten und gesellschaftlichen Diskussionen zu
390 beschäftigen. Außerdem können sie theoretische und aktionistische Teile der
391 Verbandsarbeit mit vorbereiten. Die Landesarbeitskreise werden durch ein Team aus
392 Sprecher*innen geleitet und inhaltlich vor- und nachbereitet. Diese Sprecher*innen
393 werden von der Landeskongress gewählt.

394 Der Landesvorstand empfiehlt aus den Erfahrungen der letzten Jahre, das Konzept der
395 Landesarbeitskreise zu überdenken. Wir empfehlen, die grundsätzliche Möglichkeit der
396 LAKs zu erhalten, sollten diese aus den Reihen des Verbandes auf einer LaKo beschlossen
397 werden. Der LaVo empfiehlt jedoch in Zukunft die themenbezogene Arbeit in weiteren
398 themenspezifischen Projektgruppen, die vom Landesvorstand einberufen werden,
399 durchzuführen. Diese sind thematisch zum einen konkreter und auch flexibler. So soll es
400 in Zukunft neben den strukturellen Projektgruppen, wie die JSAG und die
401 Hochschulgruppen auch themenbezogene Projektgruppen geben.

402 JSAG

403 Die JSAG setzt sich aus Schüler*innen und Auszubildenden unseres Landesverbandes
404 zusammen. Durch die neugewählten Sprecher*innen und Reaktivierung weiterer
405 Auszubildenden und Schüler*innen wird derzeit inhaltlich gearbeitet und die Probleme

406 in Schule und Ausbildung diskutiert. Es ist uns wichtig Mitglieder aus möglichst allen
407 Kreisverbänden bei uns zu integrieren. Für besseren qualitativen Unterricht, sowie mehr
408 Freizeitmöglichkeiten für die individuelle Entwicklung, ist der Wechsel auf das G9-
409 System unumgänglich. Dabei ist es wichtig individuelle Stärken zu fördern, anstatt
410 Schwächen aufzuzeigen. Oberste Priorität hat für uns aber die Schaffung von
411 Chancengerechtigkeit, unabhängig vom sozioökonomischen Hintergrund. Um eine
412 politische Veränderung zu bewirken ist der Austausch mit verschiedensten Akteur*innen
413 von wichtiger Bedeutung. Dabei gilt es zum einem landesweit mit bildungspolitischen
414 Akteur*innen ins Gespräch zu kommen und zum anderen auch mit
415 Jugendorganisationen aus dem Bereich Gewerkschaften, um prekären Bedingungen für
416 Auszubildende entgegenzuwirken. Neben den eben genannten Forderungen setzen wir
417 uns für eine Ausbildungsplatzgarantie und der Vergütung schulischer Ausbildungen ein.

418 Juso-Hochschulgruppen

419 Die Juso-Hochschulgruppen in Mecklenburg-Vorpommern bleiben unsere ersten
420 Ansprechpartner*innen in Sachen Hochschulpolitik. Wir unterstützen ihre aktuelle
421 Struktur_und setzen uns aktiv, zusammen mit der Landeskoordination, für die
422 Gründungen neuer Hochschulgruppen an anderen Standorten ein.

423 Hochschulen sind für uns ein Ort des demokratischen Diskurses, weshalb wir weiterhin
424 für die Überarbeitung der Raumvergabeverordnung eintreten werden. Außerdem
425 werden wir uns ganz im Sinne einer emanzipatorischen Bildung für eine Flexibilisierung
426 des Studiums einsetzen, z. B. für die Abschaffung der Regelstudienzeit, den Ausbau der
427 digitalen Lehre und der Verhinderung der 6-Tage- Woche.

428 In Sachen Demokratisierung der Hochschulen pochen wir weiter auf die Parität in allen
429 akademischen Gremien und mehr studentische Mitsprache, die nicht nur
430 Augenwischerei ist und sich bis in die Hochschulleitungen durchsetzt. Rechten und
431 antidemokratischen Strukturen an den Hochschulen stehen wir konsequent entgegen
432 und sagen: kein Platz für Identitäre, Burschenschaften und Studentenverbindungen!
433 Wir lehnen jede Zusammenarbeit mit diesen Strukturen ab, egal ob im StuRa/StuPa oder

434 sonst wo. Über ihre Umtriebe wollen wir weiter aufklären und nicht still hinnehmen, wie
435 sie ihren Platz in den Gremien finden.

436

437 4. Öffentlichkeitsarbeit

438 Unsere Social-Media-Arbeit konzentriert sich auf die Plattformen Facebook, Instagram,
439 Tik Tok und Twitter. Die Qualität unserer Onlineauftritte wollen wir weiter steigern und
440 uns für mehr Kontinuität einsetzen, um gegebenenfalls die Reichweite noch stärker
441 auszubauen. Außerdem wollen wir evaluieren, welche Plattformen in Zukunft für unsere
442 Arbeit relevant sein werden. Ziel ist, dass vorausblickend, kontinuierlich und
443 tagesaktuell Content erstellt wird. Dazu werden wir unseren Mitgliedern die
444 Möglichkeiten bieten, sich auf diesem Gebiet weiterbilden zu können. Ziel der nächsten
445 Legislatur ist zudem eine neue Homepage. Neben der digitalen Kommunikation bleibt
446 die klassische Kommunikation über das Mittel der Pressemitteilung aufrechterhalten.
447 Wir wollen barriereärmer kommunizieren und Fachbegriffe weitgehend vereinfachen.
448 Die Social Media Arbeit wird durch ein Referat im Landesvorstand abgedeckt. Das
449 Erstellen der medialen Inhalte, also Kacheln, Bilder und Videos, sowie dazu passender
450 Texte soll durch das LaVo Referat.

451

452 5. Politische Bildung

453 Die politische Bildung ist die Kernaufgabe unserer Verbandsarbeit. Unser Anspruch ist
454 es, unsere Mitglieder sowohl inhaltlich als auch in Soft Skills weiterzubilden und sie fit
455 für die politische Arbeit im Verband, in der SPD und auch in der Lebensrealität zu
456 machen. Dazu soll die politische Bildung enger mit dem/der
457 Landesjugendbildungsreferent*in abgestimmt und organisiert werden. Die Mitglieder
458 des Landesvorstandes übernehmen zusätzlich eigenverantwortlich politische
459 Bildungsangebote, die inhaltlich zu ihrem Referat gehören. Die methodische und

460 didaktische Aufbereitung von Angeboten wird dabei Expert*innen innerhalb des
461 Landesvorstandes begleitet.

462 Den Einladungen zu den Seminaren soll weiterhin eine inhaltliche Beschreibung und
463 möglichst eine fertige Tagesordnung beiliegen, sodass sich die Interessierten ein
464 besseres Bild über die Inhalte und die Abläufe des Seminars machen können. Zudem
465 werden wir einen Kalender mit allen feststehenden Seminaren veröffentlichen, der
466 regelmäßig und möglichst zeitig im Voraus aktualisiert wird, damit die Mitglieder ihre
467 Teilnahme an den Seminarwochenenden frühzeitig planen können. Wir verpflichten
468 uns, Einladungen (Ort und Zeit sowie eine inhaltliche Beschreibung) mindestens 6
469 Wochen vor Beginn als save the date zu versenden.

470 Bei der Ausgestaltung unserer Seminare werden wir weiterhin vermehrt externe
471 Referent*innen einladen, um ein abwechslungsreiches Programm zu gewährleisten.
472 Gerne auch aus der breiten Mitte unseres Verbandes. Zielstellung der nächsten
473 Legislatur wird es zudem sein, die Politische Bildung im Verband inhaltlich breiter
474 aufzustellen. So sollen nach den inhaltlichen Zuständigkeiten der LaVo Mitglieder jedes
475 inhaltliche Referat in Form eines eigenen Seminarwochenendes (rote Wochenenden)
476 abgedeckt werden. Die jeweilige Zuständigkeit in der Vorbereitung und Durchführung
477 liegt dann beim entsprechenden inhaltlichen Referat, dem organisatorischen Referat der
478 politischen Bildung sowie der*dem Jugendbildungsreferent*in

479 Wir werden auf den Seminaren, wenn gewünscht, immer die Möglichkeit der
480 Vernetzung, sowie einen Schutzraum für FINTA* und BIPOC ermöglichen.

481 Bei der Durchführung der Seminarwochenenden werden wir die Regionen des Landes
482 berücksichtigen und wollen nicht mehr alle Seminare nur in den großen Städten des
483 Landes durchführen.

484 Unsere traditionellen Seminare haben sich über die Jahre zu festen Ereignissen in den
485 Kalendern von Genoss*innen in Mecklenburg-Vorpommern etabliert. Diese Seminare
486 wollen wir weiterführen, wenn nicht auch trotzdem dem aktuellen Zeitgeist anpassen

487 und gemeinsam weiterentwickeln. Außerdem wollen wir unsere Seminare nach
488 didaktischen und pädagogischen Gesichtspunkten planen und durchführen. Folgende
489 Veranstaltungen werden wir durchführen:

490 Karl & Rosa-Wochenende

491 Das Karl & Rosa-Wochenende markiert als traditionsreiches Seminar den Beginn des
492 politischen Jahres bei den Jusos Mecklenburg-Vorpommern. Hier geht es um Erinnerung.
493 Neben dem obligatorischen Besuch des Sozialist*innenfriedhofs, dem Gedenken an alle
494 Opfer, die von Genoss*innen im Kampf für den Sozialismus gebracht wurden und der
495 Auseinandersetzung mit dem Handeln und Denken besonderer Persönlichkeiten
496 unserer Bewegung, sollen weitere Orte von zeitgeschichtlicher Bedeutung und kulturell-
497 historischer Bedeutung besichtigt werden.

498 Lila-Faden: In diesem Zusammenhang zu betrachten sind hier, die Geschichte der
499 feministischen Bewegung als Teil der sozialistischen Bewegung und sowie das Leben,
500 Denken und Handeln weiblicher* Persönlichkeiten der sozialistischen und
501 feministischen Bewegungen.

502 Neumitglieder/Funkiseminar

503 Hier soll für Neumitglieder das Angebot geschaffen werden, die zentralen Bestandteile
504 und Grundbegriffe der Jusos in MV kennenzulernen und anzuwenden:

505 Grundwerte, Organisationsstruktur, Doppelstrategie u.a.. Neben der Vermittlung von
506 Inhalten und Kompetenzen auf den Neumitgliederseminaren soll auch das "Einander-
507 Kennenlernen" im Fokus stehen. Weiterhin soll auch darauf eingegangen werden, wo
508 sich die neuen Mitglieder im Verband sehen und wo sie sich gern einbringen möchten.
509 Ziel ist es sie für die inhaltliche Jusoarbeit vorzubereiten und sie zu empowern ihre Ideen
510 und Fähigkeiten einbringen. Dabei geht dieses Seminar, wie auch die anderen im
511 Verband über die Vermittlung von Wissen hinaus und gibt Handreichungen für wichtige
512 Kompetenzen.

513 Zudem sollen am Rande dessen Angebote für Funkis (Funktionär*innen) zur internen
514 Weiterbildung geschaffen werden.

515 Lila-Faden: Hier gilt es auch die Grundbegriffe und Analysen der feministischen
516 Gesellschaftsanalyse und politischen Praxis zu vermitteln.

517 Sommerschule

518 Unsere jährliche Sommerschule soll weiterhin im Zeichen des Internationalismus
519 stehen. Es sollen auch in Zukunft möglichst viele internationale Gäste von
520 Schwesterorganisationen eingeladen werden. Im gemeinsamen Austausch sollen
521 Kenntnisse in internationalistischer Theorie und Praxis erworben werden. Frauen auf der
522 Welt stehen vor unterschiedlichen Herausforderungen, die Anerkennung ihrer Kämpfe
523 mit der gleichzeitigen Reflektion unserer kolonialistischen Perspektive und
524 Vergangenheit sind Grundvoraussetzung für einen internationalistischen Feminismus.
525 Inhaltlich wollen wir uns mit Sozialistischer Ideengeschichte beschäftigen.

526 Lila-Faden: Sozialistische Ideengeschichte wäre ohne Sozialistinnen wie Rosa
527 Luxemburg und Clara Zetkin, aber auch ohne Adelheid Popp und andere undenkbar. Wir
528 wollen gemeinsam schauen, wo die Verknüpfungspunkte der zwei Themenbereiche
529 liegen und evaluieren inwieweit Synergieeffekte auch heute noch nutzbar sind.
530 Auch Feminismus kann und muss unter internationalistischer Perspektive betrachtet
531 werden. Dabei helfen Theoriekomplexe wie der intersektionale Feminismus.

532 Rote Wochenenden

533 Die roten Wochenenden dienen als Treffpunkt für die Landesarbeitskreise. Die
534 inhaltliche Ausgestaltung der Themenblöcke werden durch die inhaltlichen Referate des
535 Landesvorstandes abgedeckt. Die jeweiligen Projektgruppen werden in die Konzeption
536 und Durchführung eingebunden. Wenn möglich sollen externe Referent*innen in
537 Themen einführen, die dann diskutiert werden und im Ergebnis zu Anträgen oder
538 anderen verbandsbereichernden Elementen bis zur nächsten Landeskongress führen.

539 Lila-Faden: Jedes Thema, das sich Landesarbeitskreise geben, muss auch aus
540 feministischer Perspektive betrachtet werden. Es ist ein Ziel der roten Wochenenden
541 dies zu ermöglichen.

542 Dennoch soll an Roten Wochenenden auch die Möglichkeit gegeben werden, sich mit
543 weiteren Themen, die den Landesverband aktuell bewegen, auseinanderzusetzen und
544 sofern gewünscht ein solches Wochenende von Seiten des
545 Landesvorstandes gemeinsam mit Kreisverbänden organisiert werden.

546 Internationales

547 Die vergangene Legislatur hat einmal mehr deutlich gemacht, wie wichtig
548 internationale Themen auch für unsere Verbandsarbeit sind. Darum wollen wir durch
549 gezielte und regelmäßige Diskussions- und Austauschformate auch den internationalen
550 Fokus vermehrt in unsere Juso-Arbeit bringen. Nicht nur während der Wahlen zum
551 Europäischen Parlament sollen europäische Themen bei uns im Verband thematisiert
552 werden, sondern jederzeit. Auch gegenüber des SPD-Landesverbandes wollen wir
553 verstärkt für unsere Positionen innerhalb der internationalen Politik eintreten und
554 kritisch-progressiv die Außenbeziehungen der Landesregierung diskutieren. Eine
555 feministische Betrachtung von Außenpolitik ist dabei für uns zentral.

556 Weiterhin ist es wichtig die Zusammenarbeit mit unseren internationalen
557 Partner*innenorganisationen zu stärken und vor allem jetzt, nach langen
558 Einschränkungen durch die Corona-Pandemie, wiederzubeleben. Hierzu soll wieder
559 mehr Kontakt aufgenommen werden. Gemeinsame Aktionen und Veranstaltungen
560 sollen die Zusammenarbeit intensivieren.

561

562 6. Veranstaltungsplan für 2022/23

563 In der folgenden Legislatur sollen jeden Monat Veranstaltungen zur politischen
564 Bildung stattfinden.

565	2022
566	August: Sommerschule
567	September: Rotes Wochenende
568	Oktober: Neumitglieder/Funkiseminar
569	November: Rotes Wochenende
570	Dezember: Weihnachtswochenende
571	2023
572	Januar: Karl und Rosa Wochenende
573	Februar: Rotes Wochenende
574	März: Neumitglieder/Funkiseminar
575	April: Fem*powermentseminar
576	Mai: Rotes Wochenende
577	Juni: Rotes Wochenende

579

580 Der Überfall auf die Ukraine durch Russland stellt eine historische Zäsur dar. Das Leid der
581 Menschen in der Ukraine und allen auf der Flucht ist unvorstellbar. Wir erklären daher
582 unsere unbedingte Solidarität mit den Menschen in der Ukraine und allen auf der Flucht.
583 Die Menschen in MV sind bereit zu helfen und tun dies auch bereits. Wir sind überwältigt
584 über die großen Anstrengungen der gesamten Zivilgesellschaft und Politik, Geflüchtete
585 aus der Ukraine aufzunehmen die Menschen in der Ukraine zu unterstützen.

586 Dieser völkerrechtswidrige Angriffskrieg stellt eine Zeitenwende dar, die alle
587 Lebensbereiche und alle politischen sowie gesellschaftlichen Felder betreffen wird.
588 Insbesondere für Mecklenburg-Vorpommern. Historisch bedingt gab es schon immer
589 eine enge Verbindung zwischen MV und Russland, auf wirtschaftlicher, politischer und
590 gesellschaftlicher Ebene. Diese Verbindung wurde durch Putin und alle
591 Unterstützer*innen des Regimes in Russland gekappt. Die Landesregierung hat
592 diesbezüglich erste Konsequenzen gezogen.

593 Diese Maßnahmen waren unabwendbar und notwendig. Dennoch müssen wir uns auch
594 fragen, was dieser Angriff für uns als Partei mittel- und langfristig bedeutet.

595 Wir müssen als Verband daraus Konsequenzen ziehen, die langfristig wirken. Durch den
596 russischen Angriff auf die Ukraine muss daher eine Wende in der Russlandpolitik der
597 SPD-MV erfolgen, die mit dem System Putin endgültig und dauerhaft bricht, aber keine
598 Feindschaft zu den Menschen in Russland provoziert. Es darf keine wirtschaftlichen
599 Kooperationen mehr zwischen dem Land MV und dem Putin-Regime geben, gleichzeitig
600 aber, braucht es eine Zusammenarbeit und Unterstützung der demokratischen
601 russischen Opposition, der demokratischen Zivilgesellschaft, NGOs und
602 Menschenrechtsorganisationen in Russland.

603 Diese Wende zu vollziehen, darf für uns kein reines Bekenntnis darstellen, sondern muss
604 konkrete Folgen nach sich ziehen. Diese Folgen spiegeln sich für uns darin wider, dass

605 unsere russlandpolitische Wende das Konzept und Strategie des demokratischen
606 Ostseeraums bedeutet.

607 Als dieses Konzept verstehen wir eine Strategie der SPD-MV mit der Zielstellung, dass
608 die Ostsee als wirtschaftlicher und politischer Raum zu einem Meer der Solidarität, der
609 Demokratie und Menschenrechte wird. Das bedeutet, dass eine weitere wirtschaftliche
610 sowie politische Zusammenarbeit mit allen Organen und Unterstützer*innen des
611 autokratischen Systems in Russland ausgeschlossen und stattdessen die
612 Zusammenarbeit MVs mit den demokratischen Anrainern im Ostseeraum (Dänemark,
613 Schweden, Finnland, Estland, Litauen, Lettland und Polen) im wirtschaftlichen,
614 politischen und gesellschaftlichen Raum gestärkt wird und die bisherigen
615 wirtschaftlichen bzw. politischen Verflechtungen zwischen MV und Russland ersetzt.
616 Das bedeutet für uns aber auch, dass die demokratischen und progressiven Kräfte in
617 Russland aktiv in ihrem Streben eines demokratischen Systemwechsels unterstützt
618 werden. Dafür müssen wir als Partei, in Land und Bund, alle Mittel nutzen, die uns zur
619 Verfügung stehen.

620 Wir wollen ausdrücklich keinen Wechsel im Verhältnis der Bürger*innen MVs und
621 Russlands, es handelt sich hierbei um keinen Konflikt zwischen den Menschen unserer
622 Länder, sondern um das Streben nach Menschenrechten, Frieden und Demokratie.

623 Das Land MV betreibt keine eigene Außenpolitik, dennoch begreifen wir uns als Teil einer
624 Zeitenwende und müssen alle uns zur Verfügung stehenden Mittel nutzen, um diese zu
625 vollziehen.

626 Wir begreifen diese Wende als einen langfristigen Prozess. Sollte der Krieg in der
627 Ukraine, was wir alle hoffen, zeitnah zu Ende gehen, darf es, unabhängig vom Ausgang,
628 kein Zurück mehr in die Zeiten vor dem Angriff geben.

629 Teile dieses Prozesses müssen aus unserer Sicht sein:

- 630 1. Die Einsetzung eines Ostseetages, statt des bisherigen Russlandtages. Zu diesem
631 werden neben wirtschaftlichen und politischen Vertreter*innen aus dem

demokratischen Ostseeraum, auch demokratische sowie progressive Organisationen aus der russischen Zivilgesellschaft und der demokratischen sowie progressiven Opposition eingeladen. Sofern dies für ihre Sicherheit vertretbar ist.

2. Die Einsetzung eines Schul- und Jugendaustauschprogramms zwischen den demokratischen Ostseeanrainerstaaten. Als Vorbild kann hier das Projekt „South Baltic Four Corners“ genommen werden, welches bereits zwischen den Standorten Bornholm, Rügen, Swinoujście und Südost Skåne durchgeführt wird.
3. Eine stärkere Zusammenarbeit mit unseren sozialdemokratischen Partner*innen im Ostseeraum.
4. In Zusammenarbeit mit der FES und der Bundes-SPD, um eine Strategie zur Unterstützung und Aufbau der demokratisch-progressiven Opposition in Russland aufzubauen.
5. Wir begrüßen die Einsetzung des Kooperationsrates „demokratischer Ostseeraum“ der Landesregierung. Allerdings darf sich der Prozess der Neuausrichtung der Ostseestrategie der Landesregierung, nicht von dem der Partei entkoppeln. Deshalb wollen wir ein institutionalisiertes Gremium schaffen, welches den oben benannten Prozess auf Landesebene weiter begleitet und die Umsetzung der selbstgesetzten Ziele unter dem Eindruck der Fehler der Vergangenheit überprüft. Um die Arbeit des AK Polens, der sich auf eine gesonderte Arbeit mit unserem Nachbarland konzentrieren soll, nicht zu beschränken, wollen wir einen „Arbeitskreis Demokratischer Ostseeraum“ schaffen.
6. Um diese Hinwendung zum Konzept des demokratischen Ostseeraums zu bewältigen, bedarf es einer Evaluierung sowie einer offenen Auseinandersetzung mit der bisherigen Ostseeraumpolitik, insbesondere in Bezug auf Russland sowie vergangener Positionierungen, insbesondere innerhalb des Juso Landesverbandes aber auch innerhalb des SPD-Landesverbandes. Diese sollte

660 auch im AK „demokratischer Ostseeraum“ Platz und an die historische
661 Kommission der SPD gegeben werden, um im Anschluss auf Grundlage der
662 unabhängigen Expert*innenempfehlung Schlüsse für die weitere Arbeit der SPD-
663 MV und ihrer Arbeitsgemeinschaften und Arbeitskreise zu ziehen.

664 7. Eine deutliche Aufwertung in der Relevanz der
665 Ostseeparlamentarier*innenkonferenz und des Ostseerates.

666 8. Um den Austausch mit den demokratischen Ostseeanrainern zu vereinfachen,
667 sollen historische Fährverbindungen, wie die Königslinie zwischen Sassnitz und
668 Trelleborg, wiedereingesetzt und neue Verbindungen geschaffen werden.

669 A3 Zeitenwende – auch in der Werftpolitik!

670

671 Die maritime Wirtschaft leistet einen wichtigen Beitrag zu Wertschöpfung und
672 Arbeitsplätzen in Deutschland und insbesondere für MV. Der Transport von Waren und
673 Gütern über den Schiffsverkehr ist Voraussetzung für weltweiten Handel. Im
674 Zusammenhang mit dem Umweltschutz und der Bekämpfung der Folgen des
675 Klimawandels ist für uns ein Ausbau der Vereinbarkeit von Naturschonung und
676 wirtschaftlicher Nutzung unabdingbar. Der Verschmutzung von Meeren, Flüssen und
677 Seen durch Schifffahrt und Industrie muss auf allen Ebenen aktiv entgegengetreten
678 werden und bestehende Maßnahmen und Kontrollen effektiver gestaltet werden.
679 Die maritime Wirtschaft ist in Mecklenburg-Vorpommern nicht nur elementarer
680 Bestandteil des Wirtschaftslebens, sondern ist durch die verschiedenen durch sie
681 generierten Möglichkeiten von Erwerbsarbeit von gesellschaftskonstituierender
682 Bedeutung. Für ganz MV. Aber vor allem für die Standorte Wismar, Rostock und
683 Stralsund sind die Werften von herausgehobener wirtschaftlicher Bedeutung. Sie prägen
684 Stadtbild und regionale Identität und sind in unserem Niedriglohnland, das durch den
685 Tourismussektor dominiert wird, die einzig relevanten Industrien mit einer strengen
686 Tarifbindung. Nicht nur die unmittelbaren Arbeitsplätze auf den Werften, sondern auch
687 tausende Beschäftigte bei den Zuliefer*innen, sind abhängig von dem Zustand der
688 Werften.

689 Die maritime Wirtschaft steckt nun schon seit mehreren Jahrzehnten in einer
690 tiefgreifenden Krise. Diese Krise des europäischen sowie insbesondere des deutschen
691 Schiffbaus hat sich in den letzten Jahren noch einmal dramatisch verschärft. Ein Großteil
692 des weltweiten Handelsschiffbaus konzentriert sich bereits jetzt auf den
693 südostasiatischen Raum, insbesondere China, Südkorea und Japan haben hier einen
694 Marktanteil von 90 % im Bau von Handelsschiffen. Dieser Marktvorteil resultiert aus
695 billigen Produktionskosten, Material und den niedrigen Personalkosten, mit den damit
696 verbundenen teilweise menschenunwürdigen Arbeitsbedingungen.

697 Immer wieder neue Insolvenzen, wie zuletzt die der MV Werften, legen die oben
698 benannten strukturellen Probleme immer wieder deutlich offen. Insbesondere der
699 deutsche Schiffbau ist stark abhängig von Nischenmärkten wie Kreuzfahrt- oder
700 Yachtschiffbau. Der Kreuzfahrtschiffbau ist durch die C-19 Pandemie in eine schwere
701 Krise geraten, die dazu führt, dass selbst in Auftrag gegebene und fast fertige
702 Kreuzfahrtschiffe nicht mehr abgenommen werden (siehe „Global 1“ in Wismar).

703 Seit dem Angriffskriegs Russlands auf die Ukraine haben sich die Prämissen deutscher
704 Außenpolitik geändert. Die z.T. enge Zusammenarbeit in Energiefragen mit Russland
705 bringen vielseitige Probleme mit sich. So können u.a. die Sanktionen gegen den
706 Aggressor kaum Wirkung entfalten, da sich über Jahrzehnte eine Gas- und Öl
707 Abhängigkeit entwickelt hat. Wandel durch Handel ist im Falle Russlands gescheitert,
708 daraus müssen auch generelle Lehren gezogen werden, nicht nur in Bezug auf China,
709 sondern gegenüber allen autokratischen Staaten.

710 Diese veränderten Prämissen müssen sich auch auf weitere Bereiche erstrecken. Die
711 "Zeitenwende" muss mehr bedeuten und derartige Abhängigkeiten von autokratischen
712 Staaten müssen in Zukunft vermieden werden. Deutschland ist stark exportabhängig,
713 der Umstand, dass ein Großteil des weltweiten Handelsschiffbaus in der unmittelbaren
714 chinesischen Einflussphäre stattfindet, ist ein großes Risiko.

715 Im Falle bspw. einer außenpolitischen Isolation Chinas, bspw. durch einen Angriff auf
716 Taiwan, muss sichergestellt werden, dass die Europäische Union in der Lage ist,
717 mittelfristig eigene Handelsflotten bereitzustellen.

718 Die Erfahrungen des russischen Angriffskrieges müssen deshalb zu einem Umdenken
719 deutscher und europäischer Werftpolitik führen, indem sich von der Konzentration auf
720 Nischenmärkte entfernt und eine internationale Konkurrenzfähigkeit im Segment des
721 Handelsschiffbaus aufgebaut wird. Hierbei ist insbesondere die technologische Wende
722 der Antriebsmodelle in der Zukunft entscheidend. Der deutsche Schiffbau zeichnet sich
723 bereits jetzt durch eine hohe Innovationskraft aus, diese Vorteile in technologiefragen
724 müssen in Zukunft in einen grünen und nachhaltigen Schiffbau münden, um zum einen

725 den Herausforderungen der Klimakrise zu begegnen und zum anderen auf dem
726 internationalen Markt trotz hoch subventioniertem billig Schiffbau mit nicht
727 erneuerbaren Antriebsformen zu bestehen.

728 Diese Entwicklung kann aber erst einsetzen, wenn die strukturellen Probleme des
729 deutschen Schiffbaus aufgehoben werden. So gibt es im internationalen (auch
730 europäischen) Vergleich einen sehr geringen Umfang von Subventionen in Deutschland,
731 dadurch entsteht ein stetiger Wettbewerbsnachteil. Im Koalitionsvertrag der
732 Unionsparteien und der SPD aus dem Jahr 2018, wurde vereinbart, jedoch nicht
733 umgesetzt, den Überwasserschiffbau zur Schlüsseltechnologie zu erklären. Dies würde
734 ermöglichen, dass Rüstungsaufträge im Marinebereich nur noch an nationale
735 Unternehmen vergeben werden können. Deutschland würde damit dem Beispiel
736 anderer Europäischer Staaten folgen. Diese fordern wir nun schnellstmöglich
737 umzusetzen. Finanziert durch das Sondervermögen für die Bundeswehr stehen eine
738 Reihe von Neubeschaffungen für die Marine an, diese Aufträge bieten das Potential, den
739 Werften in Deutschland eine Perspektive zu geben und Arbeitsplätze zu sichern.
740 Zudem sind die meisten Werftstandorte in Besitz privater, häufig international
741 agierender, Großkonzerne, die von Multimilliardär*innen geführt werden. Das birgt viele
742 Risiken, wie das Beispiel der MV Werften zeigt.

743 Um den geopolitischen, ökologischen sowie ökonomischen Herausforderungen der
744 Zukunft begegnen zu können, braucht es eine Neuausrichtung der Werftstrategie der
745 Jusos, der SPD und der Bundesregierung. Es braucht einen technologischen
746 Meilensprung hin zu nachhaltigem Transportschiffbau und eine Umstrukturierung der
747 Besitzverhältnisse, die aus unserer Sicht, zum einen eine Demokratisierung der Betriebe
748 sowie die Verstaatlichung der Standorte anvisieren muss. Zudem benötigt es eine
749 garantierte Standortsicherung der Werften, die die Voraussetzungen für
750 Transportschiffbau mitbringen.

751 Ziel muss es sein eine europäische Souveränität auch im Bereich des globalen
752 Schiffmarktes herzustellen, hierbei bietet die Neujustierung des Schiffbaus, hin zu
753 nachhaltigen Antriebssystemen eine einmalige Chance.

754 Neben Antriebssystemen müssen auch die Konditionen des Schiffbaus angefasst
755 werden, so muss es möglich sein, in Zukunft für den Schiffbau nur noch „grünen Stahl“,
756 der zum einen ökologisch nachhaltig und zu gerechten Arbeitsbedingungen hergestellt
757 wird, zu verwenden. Hierfür muss das Vergaberecht reformiert werden. Dieser „teurere
758 Stahl“ wird die Produktionskosten erhöhen, um diesen Wettbewerbsnachteil
759 auszugleichen braucht es staatliche Standorte, die in der Lage sind, diesen
760 auszugleichen.

761 Diese Zielstellung begreifen wir als mittel- und langfristig angelegt. Da auch die
762 Vergesellschaftung in enger Abstimmung mit den Gewerkschaften und
763 Arbeitnehmer*innen vor Ort geschehen muss und einer grundlegenden
764 gesellschaftlichen Debatte bedarf. Für uns ist weiterhin klar, dass wir eine
765 Demokratisierung der Betriebe anstreben. Diese Demokratisierung wird sich allerdings
766 in den aktuellen Besitzverhältnissen nicht vollziehen. Aus unserer Sicht kann dieser
767 Vorgang der Teilhabe der Arbeitnehmer*innen am Betrieb, in durch eine Übernahme der
768 Standorte durch den Bund am ehesten gelingen.

769 Kurzfristig aber muss die Priorität darauf liegen, die Werftstandorte zu halten, auch in
770 aktuell ungünstigen Besitzverhältnissen. Dafür braucht es einen institutionalisierten
771 Werftauffang-Fonds des Bundes. Die Zeiten der „Schwarzen Löcher“, in denen
772 Subventionen und Rettungspakete des Bundes von Großkonzernen geschluckt werden,
773 müssen aber endgültig vorbei sein.

774 Um die anvisierten Ziele zu erreichen, müssen die Werften der Marktlogik entzogen
775 werden. Der Markt wird die oben beschriebenen Herausforderungen nicht lösen können.

776 C1* Digitales Durcheinander: Nein danke! - Bildungsförderalismus 777 weiter entwickeln 778

779 Die Covid19-Pandemie hat bestehende Schwächen des Bildungssystems und der
780 Infrastruktur im gesamten Bundesgebiet aufgezeigt und verstärkt. Unter Zeitnot und
781 ohne verlässlich einheitliche Linie der Bundespolitik oder der
782 Kultusminister*innenkonferenz für die inhaltliche Ausgestaltung oder Anforderungen
783 waren alle Bundesländer bemüht, schnellstmöglich ihre vormaligen Ambitionen,
784 digitale Angebote für den Schul- und Universitätsbetrieb aufzubauen, enorm zu
785 beschleunigen.

786 Im Streit über Zuständigkeiten über die Hoheit und inhaltliche Gestaltung konnte sich
787 lediglich über ein Finanzierungskonzept mit Hilfe des sog. „DigitalPakt Schule“ geeinigt
788 werden. Von den insgesamt 99,2 Millionen Euro, die für das Land Mecklenburg-
789 Vorpommern bereitgestellt wurden, sind etwa 3 Millionen Euro für den Aufbau einer
790 digitalen Schule bis zum Jahr 2025 vorgesehen. Neben digitalen Verwaltungssystemen
791 wie ISY M-V und dem Aufbau von Materialpools wurde ab Mitte März 2020 die Plattform
792 „itslearning“ insbesondere als Förderungsmaßnahme für den Distanzunterricht
793 bereitgestellt.

794 Deren Nutzung ist für öffentliche Schulen zwar kostenlos und freiwillig, wird aber trotz
795 der Bestrebungen, „itslearning“ als landesweite Plattform zu etablieren, nicht
796 einheitlich von allen Bildungseinrichtungen Mecklenburg-Vorpommerns, wie zum
797 Beispiel an den landeseigenen Universitäten genutzt. Das Ergebnis ist ein bundesweiter
798 Flickenteppich für Nutzung von Cloudplattformen, der sich abhängig von den
799 Lizenzlaufzeiten teilweise auch innerhalb der Bundesländer fortsetzt. Diese faktische
800 Verfestigung bestehender Disparitäten in der Bildungslandschaft gilt es zunächst
801 anzuerkennen und als Chance zu begreifen. Daher fordern wir:

802

1. Die bestehenden Fristen über die Nutzung von digitalen Plattformen für Bildungseinrichtungen ist als Phase eines Ideenwettbewerbes anzusehen, dessen Erfahrungswerte bundeseinheitlich erfasst, ausgewertet und durch die Kultusminister*innenkonferenz evaluiert werden
2. Diese Evaluation soll auf Grundlage der Kriterien von Datenschutz und tatsächlicher Förderung von Lernprozessen erfolgen. Online-Unterricht und -angebote müssen dabei als eine Bereicherung und Erweiterung, nicht aber als Ersatz für Präsenzveranstaltungen verstanden werden.
3. Eine Einigung über einen bundeseinheitlichen Anforderungskatalog für eine Online-Lernplattform, ein digitales aber auch das modellhafte physische Klassenzimmer soll angestrebt werden, die die vorteilhaften Erfahrungen aus der Evaluation aufgreift und mit Blick auf praktische Umsetzbarkeit in Bildungsbetrieben als verbindliche Vorgaben für die Zeit nach dem Auslaufen der Lizenzen definiert.
4. Betroffene Statusgruppen, namentlich Verbände von Schüler*innen, Auszubildenden, Studierenden, Eltern, Lehrkräften, öffentlicher Verwaltung und Didaktik, sowie die Gewerkschaften sind in den Prozess der inhaltlichen Gestaltung und Erstellung eines Stufenplans zur Umsetzung miteinzubeziehen.
5. Die Freiheit der Lehre und ihrer Inhalte mit Hinblick auf regionale Schwerpunkte muss unangetastet bleiben. Die Erstellung einheitlicher Standards zielt auf den Abbau von bestehenden Barrieren ab. Digitale Strukturen, wie eine einheitliche Online-Lernplattform und die dazu nötige Breitbandausstattung in den Ländern soll als Teil der öffentlichen Grundversorgung anerkannt werden.

Begründung:

832 Trotz enormer Belastungen und unter großen Druck ist es gelungen, binnen relativ
833 kurzer Zeit ein Onlineangebot u.a. in Form der Plattform „itslearning“ für die Lehre an
834 öffentlichen Schulen in Mecklenburg-Vorpommern einzurichten. Auf diese Weise sind
835 Schritte unternommen worden, um mit Hilfe der Einführung von Distanzunterricht ein
836 wichtiges Werkzeug zu schaffen, um dem Infektionsgeschehen der Covid19-Pandemie
837 zu begegnen. Daneben werden zahlreiche weitere Tools erstellt, die digitalen Unterricht
838 erleichtern sollen. Dies gilt es zwar als politische Leistung, insbesondere durch die
839 Bereitstellung der Mittel aus dem „DigitalPakt“ zu würdigen, jedoch darf dieser
840 Umstand nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Digitalisierung der Lehre bereits
841 vor dem Ausbruch der Covid19-Pandemie in einem desolat rückständigen Zustand
842 befand. Lernende und Lehrende gleichermaßen sahen sich plötzlich aufgrund der zuvor
843 bestehenden Versäumnisse mit einer Situation konfrontiert, die sie überforderte und
844 zwang, beinahe alle Bereiche ihrer gewohnten Lernumgebung umzudenken und neu zu
845 erfinden. Hinzu kommt, dass die immer noch mangelhafte Netzinfrastruktur die
846 Nutzung der nun bestehenden Angebote zusätzlich behindert.

847 In den bundesweiten Debatten wurde der bestehende Bildungsföderalismus ein
848 zentrales Thema in der medialen Öffentlichkeit. Bund und Länder stritten um
849 Verfahrens- und Finanzierungsweisen und von vielen Seiten kam der Vorwurf, dass es
850 kein einheitliches Vorgehen gebe. Die Hoheit der Landesregierungen gegenüber dem
851 Bund in Bildungsfragen hat eine lange Tradition und findet seinen Ursprung mit in der
852 Überlegung, Lehren aus der Gleichschaltung in der NS-Diktatur zu ziehen. Aus diesem
853 Grund sehen die Länder die Wahrung dieser Kompetenzen als ihre legitime Aufgabe an,
854 die es vor Einflussnahme von anderen Gewalten und Ebenen zu schützen gilt. Mit dem
855 Bildungsföderalismus werden auch Vorteile durch den Wettbewerb der Bundesländer
856 untereinander verbunden, die mit verschiedenen Konzepten und Inhalten um das beste
857 System buhlen sollen. Mitunter führt dies aber auch zu praktischen Problemen für
858 Lernende. Geht es zum Beispiel um die Anerkennung bestimmter Abschlüsse, so führt
859 das Fehlen einheitlicher Standards zu unterschiedlichen Einschätzungen formal gleicher
860 Qualifikationen. Der Wechsel zwischen Bundesländern in einer kapitalistischen Welt, die
861 zunehmend Mobilität abverlangt, hält hier zusätzliche Barrieren bereit. Mit der

862 Einführung verschiedener Lernplattformen scheint hier ein weiterer Schritt in Richtung
863 Disparität, der den bestehenden Föderalismus auf Jahre verhärtet, unternommen
864 worden zu sein, wo die Vereinheitlichung von Qualifikationen und Verfahrensweisen
865 das Gebot der Stunde sein müsste.

866 Aus feministischer Sicht ist diese Ausgangssituation fatal, denn sie belastet vornehmlich
867 queere Menschen, Alleinerziehende und oder (deren) Kinder, die beispielsweise
868 aufgrund der Not der Eltern oder eines Elternteils, einen neuen Arbeitsplatz zu finden,
869 umziehen müssen. Statt den Neuanfang durch vertraute Arrangements des
870 Lehrbetriebes zu erleichtern, erschweren unterschiedliche Anforderungsprofile und
871 Verfahrensweisen den Einstieg und kann eine Person leicht ins Abseits drängen.
872 Dieselben Schwierigkeiten treten auch auf, wenn ein Umzug zwischen Bundesländern
873 während der Ausbildung oder eines Studiums oder im Übergang zu einer anderen
874 Lebensphase ansteht. Aus diesem Grund nimmt der Antrag die Renovierung der
875 bestehenden Online-Lernplattformen zum Anlass, den bestehenden
876 Bildungsföderalismus weiterzuentwickeln. Die oben genannten Forderungen sollen
877 einerseits dazu beitragen, bestehende Schwierigkeiten im Bildungsföderalismus
878 abschwächen und andererseits die Phase bis zum Auslaufen der bisherigen
879 Lizenzverträge als eine Chance zu betrachten, die bis dahin gemachten Erfahrungen
880 produktiv für die Weiterentwicklung der Bildungslandschaft im Bundesgebiet zu nutzen.
881 Hierzu soll ein Verfahren angestrebt werden, mit Hilfe dessen die Erfahrungen
882 ausgewertet und in einen verbindlichen Anforderungskatalog für eine bundesweit
883 einheitliche Plattform und anderer Standards überführt werden. Dies soll die Grundlage
884 für einen zu erstellenden Stufenplan bilden, der zur Etablierung der benötigten
885 Infrastruktur führen soll.

886 C2* Diskriminierungssensible Lehrkräftebildung umsetzen

887

888 Wir fordern die Landesregierung und die lehrkräftebildenden Hochschulen dazu auf,
889 Lehrveranstaltungen zur Erkennung von und zum Umgang mit Diskriminierung im
890 schulischen Kontext als verpflichtenden Bestandteil in die Studienordnungen für alle
891 Lehramtsstudiengänge aufzunehmen.

892 Diese Lehrveranstaltungen sollen zur Reflexion eigener Denk- und Handlungsweisen
893 anregen, die unterschiedlichen Diskriminierungsformen hinsichtlich ihrer Ursprünge
894 und ihren Anzeichen im schulischen Kontext untersuchen, den Sinn und die Umsetzung
895 des Einsatzes diskriminierungssensibler Sprache lehramtsspezifisch thematisieren, zur
896 Nutzung und Gestaltung diskriminierungsarmer Materialien anleiten und Anregungen
897 zur Einbettung des Themas „Umgang mit Diskriminierung“ in den eigenen Unterricht
898 und die Schulkultur geben.

899 Zur Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Mecklenburg-Vorpommern.

900 C3* Wiedereröffnung der Steuerrechtsausbildung an der Universität
901 Greifswald

902

903 Die Jusos Mecklenburg-Vorpommern sprechen sich für die Wiedereinrichtung eines
904 Lehrstuhls für Steuer- und Steuerstrafrecht an der juristischen Fakultät der Universität
905 Greifswald aus.

906 Ziel der Wiedereinrichtung soll die Wiederaufnahme der Ausbildung von Jurist*innen
907 und anderen Studierenden im Bereich des Steuerrechts sein. Insbesondere soll im
908 Rahmen des Studiums der Rechtswissenschaften an der Universität Greifswald wieder
909 die Schwerpunktausbildung Steuerrecht ermöglicht werden. Darüber hinaus soll durch
910 den wiedereinzurichtenden Lehrstuhl die Möglichkeit geschaffen werden, Studiengänge
911 im Bereich des Steuerrechts zu absolvieren, die über die klassische juristische Ausbildung
912 hinaus gehen wie z.B. der bis 2016 angebotene Studiengang Tax Law (LL.M).

913 C4 Gerechte Finanzierung staatlicher Schule

914

915 Staatliche Schulen werden derzeit aus verschiedenen Haushalten finanziert. Während
916 Gymnasien durch den Landkreis getragen werden, werden Regionalschulen durch die
917 Gemeinden finanziert. Daher brauchen wir eine gerechte finanzielle Förderung aller
918 Schulformen, welche diese Diskrepanzen unterbinden soll. Oberstes Ziel bleibt dabei die
919 Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems.

920 Durch die ungerechte Finanzierung entstehen besonders an Regionalschulen schlechte
921 Bedingungen. Dabei sind es nicht nur marode Schulgebäude oder fehlende digitale
922 Endgeräte, sondern auch Lehrkräftemangel, welcher aus diesen Umständen resultiert.
923 Oftmals sind diese Rahmenbedingungen dafür entscheidend, welche Schule die
924 Schüler*innen besuchen. Auf Grund dessen entscheiden sich Schüler*innen häufig für
925 die besser finanzierten Gymnasien. Eine Anpassung kann folglich zu gleichen
926 Rahmenbedingungen und Zuständen führen, welche dabei die Abschaffung des
927 dreigliedrigen Schulsystems vereinfacht.

928 C5 Umstrukturierung des Politik- und Wirtschaftsunterrichtes

929

930 Wir fordern mehr politische Bildung an Schulen, welche auch in Form von
931 projektbezogener Arbeit stattfindet, sowie eine komplette Umstrukturierung des derzeit
932 auf Kapitalismus ausgerichteten Wirtschaftsunterrichts an Gymnasium.

933 1. Für politische Partizipation und eine demokratische Gesellschaft sollten
934 Bildungsinstanzen die Grundlage bilden. Dabei wird diese Grundlage häufig nicht
935 gegeben. Derzeit findet an beinahe allen Schulen verhältnismäßig wenig
936 politischer Unterricht statt. Häufig finden ab der 8. Klasse nur 2 Stunden
937 Sozialunterricht statt, welcher am Gymnasium sogar möglich ist ab der 11. Klasse
938 abzuwählen. Hinzu kommt, dass die Funktion der Meinungsbildung an Regional-
939 und Berufsschulen häufig vernachlässigt wird. Besonders wichtig wäre dabei
940 projektbezogener Unterricht, welcher für aktuelle Ereignisse sensibilisiert und
941 politische Bildung näherbringt.

942 2. Der Wirtschaftsunterricht an Schulen wird häufig aus kapitalistischer Sicht
943 betrachtet und wobei die Vorteile aus wirtschaftlicher Sicht der Unternehmerin/
944 des Unternehmers thematisiert werden, welche auf Ausbeutung der
945 Arbeitnehmerin/ des Arbeitnehmers basieren.

946 D1* Stärkung der Landeszentrale für politische Bildung Mecklenburg-
947 Vorpommern

948

949 Die Landeskonzferenz der Jusos Mecklenburg-Vorpommern beschließt, sich dafür
950 einzusetzen, dass die Landeszentrale für politische Bildung MV einerseits selbst mehr
951 Veranstaltungen und Aktionen zur politischen Bildung anbietet und andererseits
952 Projekte intensiver fördert und begleitet, die wichtige politische Bildungsarbeit leisten.
953 Zudem setzen wir uns dafür ein, dass im Haushalt des Landes MV wesentlich mehr
954 Mittel für die politische Bildungsarbeit bereitgestellt.

955 Dabei muss die Landeszentrale als Bindeglied zwischen der schulischen und
956 außerschulischen politischen Bildung wirken und den Zugang zu (außerschulischen)
957 politischen Bildungsangeboten für Menschen jeden Alters erleichtern. Das geht jedoch
958 nur, wenn auch neue Projekte und Ideen aktiv unterstützt werden. Hierbei sollen auch
959 Initiativen/Vereine gefördert werden, die ihren Sitz nicht in Mecklenburg-Vorpommern
960 haben, jedoch ihre Maßnahmen in MV durchführen. Bundesweite Netzwerke sind hier
961 der Schlüssel für eine weitreichende, flächendeckende Bildungsarbeit.

962 Weiterhin benötigen außerschulische Bildungsprojekte, um ihre Aktionen langfristig
963 umzusetzen, weitaus mehr als die oftmals bewilligten 5.000 Euro. Um gute
964 Bildungsarbeit zu leisten, ist es wichtig, die finanzielle Förderung aus- und Hindernisse,
965 wie zu hohe Eigenmittelvoraussetzungen, abzubauen.

966 D2* Vertrauen schaffen - Lobbyregister für den Landtag Mecklenburg- 967 Vorpommern

968

969 Im Frühjahr des Jahres 2021 bestimmten Schlagzeilen über Maskendeals die
970 Nachrichtenwelt Deutschlands und am 25. März 2021 wurde das „Lobbyregistergesetz“
971 vom Deutschen Bundestag verabschiedet.

972 Im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern wurde ein solches oder ähnliches Gesetz
973 noch nicht verabschiedet. Folgerichtig teilte sich Mecklenburg-Vorpommern in einem im
974 März 2021 erstellten „Lobbyranking der Bundesländer“ zusammen mit Bremen den
975 letzten Platz. Zwar konnte sich Mecklenburg-Vorpommern in einem aktualisierten
976 Ranking im Jahre 2022, durch eine Einführung einer Karenzzeit, inzwischen auf den
977 vierten Platz vorarbeiten, doch sieht diese Regelung keine Sanktionen bei Verstößen
978 gegen diese Karenzzeit vor.

979 Mecklenburg-Vorpommern soll transparenter werden und sich ein Beispiel an Thüringen
980 nehmen. So gibt es in Thüringen weitgehende Regelungen für einen legislativen
981 Fußabdruck, also eine Liste an Lobbyisten, mit denen Abgeordnete bei der Arbeit zu
982 einem Gesetz in Kontakt standen und eine effektive Karenzzeit, also eine Sperrfrist für
983 Abgeordnete, die nach ihrem Ausscheiden aus dem Parlament eine geregelte Zeit lang
984 kein Arbeitsverhältnis zu einem lobbygefährdeten Unternehmen oder Verband
985 aufnehmen dürfen, bei denen ein Interessenskonflikt hervorgerufen werden kann.

986 In Mecklenburg-Vorpommern gibt es solche Regelungen aktuell nicht.

987 Für uns als Jusos ist klar: Ein solcher Zustand ist aus unserer Sicht nicht tragbar!

988 Daher fordern wir:

- 989 1. Ein Lobbyregister für die Exekutive und die Legislative
- 990 2. Die Einführung eines Legislativen Fußabdruckes

- 991 **3.** Die Eingaben in das Lobbyregister sowie des Legislativen Fußabdruckes müssen
992 im Sinne der Transparenz öffentlich zugänglich sein
- 993 **4.** Die Einführung einer Karenzzeit mit einer Höchstdauer von mindestens 18
994 Monaten für den Landtag Mecklenburg-Vorpommern! Verstöße müssen
995 sanktioniert werden!

996

997 **G3* Ostpowerment – Bildet Banden!**

998

999 Die Jusos Mecklenburg-Vorpommern werden die Vernetzung innerhalb der Juso
1000 Ostverbände um die Vernetzung von FINTA* Personen erweitern.

1001 Diese Vernetzung soll im Rahmen der bereits stattfindenden Ostvernetzung regelmäßigen
1002 Austausch mit anderen FINTA* Personen, in Form von online Meetings oder in Präsenz,
1003 beinhalten und zu länderübergreifenden Workshops und Aktionen anregen.

1004 ¶1* Infrastruktur für Verkehrswende schaffen

1005

1006 Aufgrund der Energiewende ist es allgemeiner Konsens in der SPD, dass wir in den
1007 nächsten Jahren von fossilen Energieträgern wegkommen müssen, was daher auch im
1008 Wahlprogramm zur Landtagswahl 2021 steht. Um dies zu erreichen, sind sehr viele
1009 Verbesserungen in der Verkehrsinfrastruktur nötig. Die SPD soll sich daher für folgende
1010 Punkte einsetzen:

1011 Es sollte auf jeden Fall der öffentliche Personennahverkehr verbessert werden, sodass
1012 auf lange Sicht ein Privat-PKW keine Notwendigkeit mehr ist. Dazu sollten diese
1013 Sofortmaßnahmen ergriffen werden:

- 1014 • 30er Zonen massiv ausweiten. Nur wenige Hauptstraßen nur noch für Tempo 50
- 1015 freigeben.
- 1016 • Ausstattung aller Kreisverkehre mit Zebrastreifen.
- 1017 • Ausbau des P+R-Angebot

1018 Da die Verbesserung des öffentlichen Personennahverkehrs sehr viel Zeit beanspruchen
1019 wird und viele Menschen weiterhin auf die Nutzung eines Privat-PKWs angewiesen sind,
1020 muss eine Infrastruktur geschaffen werden, die es erlaubt, private E-Autos zu laden.
1021 Angestrebt werden sollte daher, dass auf Straßen in Wohngebieten auf 25m Straße mit
1022 Parkplätzen eine Ladesäule mit mindestens CCS-Standard (>50kW) geschaffen wird.
1023 Diese können geclustert werden, also 2 Säulen auf 50 m etc.

1024 Gewerblich genutzte Fahrzeuge, ÖPNV, sowie Fahrzeuge der Rettungsdienste,
1025 Feuerwehr, THW und in Teilen auch der Polizei, haben eine gewisse Auslastung und
1026 müssen verlässlich arbeiten können. Diese Dienstfahrzeuge können daher zum auf
1027 Grund von diversen Gründen (Tageszeit, Witterung, Arbeitszeiten, Notfälle etc.) nicht
1028 durch Ladezeiten eingeschränkt werden. Aufgrund dessen empfiehlt sich für diese
1029 Fahrzeuge, auf wasserstoffbasierte Antriebe umzusteigen. Für diese ist aber ebenfalls
1030 eine verlässliche Infrastruktur nötig, an der es komplett mangelt. Aus diesem Grund

1031 sollen Fuhrparks von Busunternehmen, Rettungsdiensten, Polizeidienststellen, THW-
1032 Zentralen und Feuerwehren mit nahen Wasserstoffnachfüllstationen ausgestattet
1033 werden. Zusätzlich sollten Betreiber*innen von Tankstellen dazu gefördert werden,
1034 ebenfalls Wasserstofftankstationen aufzubauen, um im landesweiten Tankstellennetz
1035 auch Wasserstoff (flüssig und gasförmig) anzubieten.

1036

1037 Begründung:

1038 Zu 2.

1039 Die tägliche durchschnittliche Fahrtstrecke beträgt für Privatpersonen etwa 50km. Für
1040 Batterie-betriebene E-Autos ist die Entfernung, die mit einer Batterie-Ladung
1041 zurückgelegt werden kann, zwischen 200 und 400 km, wobei man da in den kommenden
1042 Jahren noch sehr viel Verbesserungen erwarten kann. Theoretisch wäre es daher
1043 möglich, dass alle Personen, die derzeit ein PKW brauchen, auf E-Autos umsteigen
1044 könnten und alle 3 – 4 Tage laden würden. Praktisch gibt es für Anwohner*innen in
1045 Mehrfamilienwohnungen keine verlässliche Möglichkeit, regelmäßig ihr Auto zu laden.
1046 Sie sind also auf öffentliche Ladesäulen angewiesen. Aufgrund der Anzahl der PKW
1047 innerorts und auch dem Risiko, dass eine Ladesäule besetzt oder defekt ist, ist ein
1048 höheres Angebot dieser nötig, die, auch um das Schnellladen zu ermöglichen,
1049 mindestens 50 kW liefern müssen. In Abbildung 1 sind die derzeit in Rostock verfügbaren
1050 Ladestationen eingezeichnet (5. Juni 2021, Google Maps), Rot umkreist sind die
1051 Schnellladestationen mit mindestens 50 kW.

1052 Zu 3.

1053 Wenn man über Energiewende spricht, wird häufig darüber geredet, Wasserstoff als
1054 neuen Treibstoff zu gebrauchen. Theoretisch geht das, auch weil Wasserstoff den
1055 höchsten Brennwert hat, praktisch existieren mehrere Hindernisse. Derzeit existiert kein
1056 „grüner Wasserstoff“, sondern die Herstellung von diesem ist nur unter extremen
1057 Energieeinsatz möglich. Aufgrund dieses Verlustes ist es nicht sinnvoll, Privat-PKW mit

1058 Wasserstoffantrieb zu fördern, da die tägliche mittlere Reichweite sehr gering ist und sie
1059 lang genug stehen, um sie energieeffizienter zu laden. Hinzu kommen die Lagerung des
1060 Wasserstoffs, die das Verteilen erschwert, da eine Zapfsäule derzeit im Schnitt nur ein
1061 Auto alle halbe Stunde versorgen kann, da erst ein Vordruck aufgebaut werden muss.

1062 Für Dienstfahrzeuge (LKW, Busse, Rettungsdienste, THW, Feuerwehr) gilt, dass diese
1063 verlässlich funktionieren müssen, und teilweise in wenigen Minuten einen leeren Tank
1064 befüllt bekommen müssen. Bei Dienstfahrzeugen ist auch die Verteilung nicht so sehr
1065 ein Problem, da dies über Fuhrparks mit Priorisierung dieser Fahrzeuge geregelt werden
1066 kann.

1067 Aufgrund des hohen Dampfdrucks, des niedrigen Siedepunktes und der hohen
1068 Diffusionsneigung ist es schwer, Wasserstoff in Tanks zu speichern, wodurch es derzeit
1069 drei Methoden gibt, Wasserstoff zu speichern:

- 1070 • flüssig unter dem Siedepunkt bei etwa 20 K (-253 °C)
- 1071 • gasförmig in Hochdrucktanks bei 200 - 700 bar
- 1072 • gebunden an Trägermaterialien.

1073 Die derzeitige Entwicklung setzt je nach Fahrzeug und Hersteller auf alle drei
1074 Speichermethoden, was dazu führt, dass zumindest im Tankstellennetz auch flüssiger
1075 und gasförmiger Wasserstoff angeboten werden muss.

1076 Auf lange Sicht (20 Jahre) und wenn es entsprechend möglich ist, auch großindustriell
1077 „grünen Wasserstoff“ herzustellen, kann die Infrastruktur auch genutzt werden, um
1078 Privat-PKWs mit Wasserstoff zu versorgen. In Abbildung 2 ist das derzeitige
1079 Wasserstofftankstellennetz von Deutschland zu sehen (Google Maps, 5. Juni 2021),
1080 davon bieten alle nur gasförmigen an.

1081 Technische Anmerkung: wasserstoffbetriebene Fahrzeuge werden unterteilt in
1082 Wasserstoffverbrennungsmotoren und in Brennstoffzellenautos.

1083 Wasserstoffverbrenner funktionieren nach dem Prinzip von Dieselmotoren oder
1084 Ottomotoren (Benziner), haben den gleichen Wirkungsgrad von diesen Motoren, und

haben das Problem, dass sie sehr undicht sind, da Wasserstoff sehr klein und daher flüchtig ist, im Motor aber viele bewegliche Kleinteile und Ventile sind und normales Öl nicht abdichtet. Aufgrund der technischen Problematik, wird daher auch derzeit weniger geforscht. Es gibt nur Modellstudien.

Brennstoffzellenautos sind E-Autos, bei denen der Strom von einer Brennstoffzelle generiert wird, die mit Wasserstoff betrieben wird. Zwischen Brennstoffzelle und E-Motor ist, um die Leistung konstant zu halten, eine Batterie geschaltet, in der Größe der Batterie eines Hybridautos. Der Wirkungsgrad von Brennstoffzellen-Autos liegen zwischen dem von reinen Batterie-betriebenen Fahrzeugen und von Verbrennern.

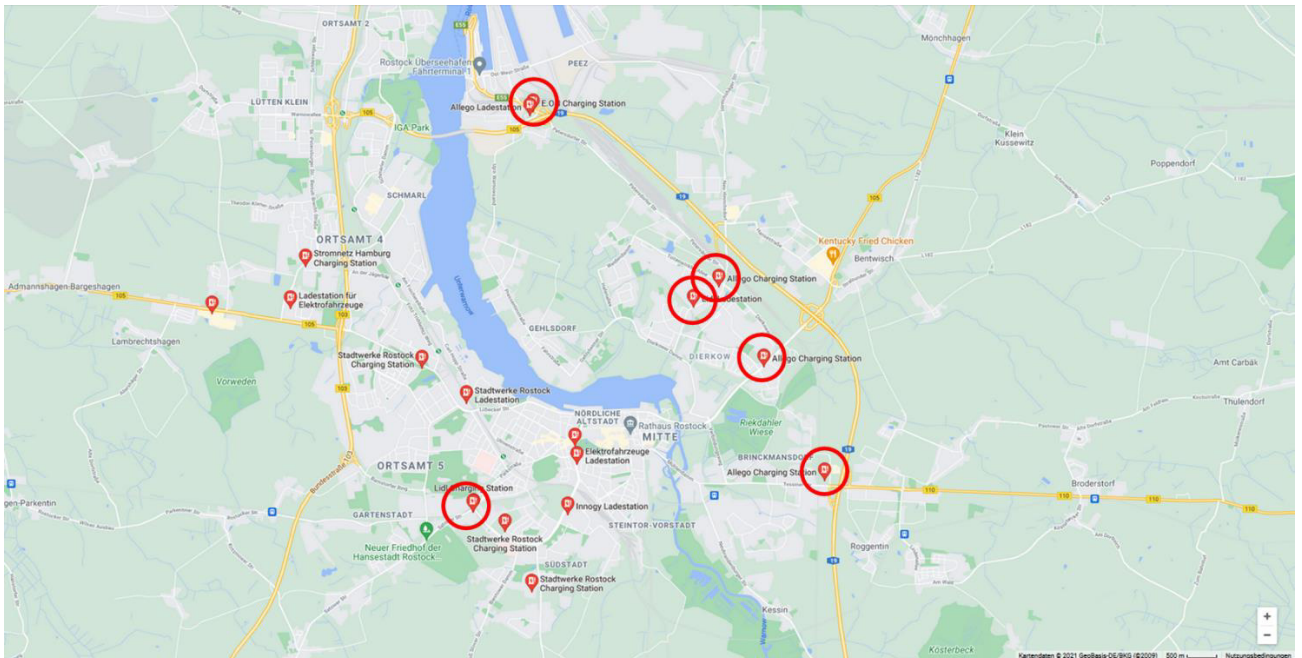
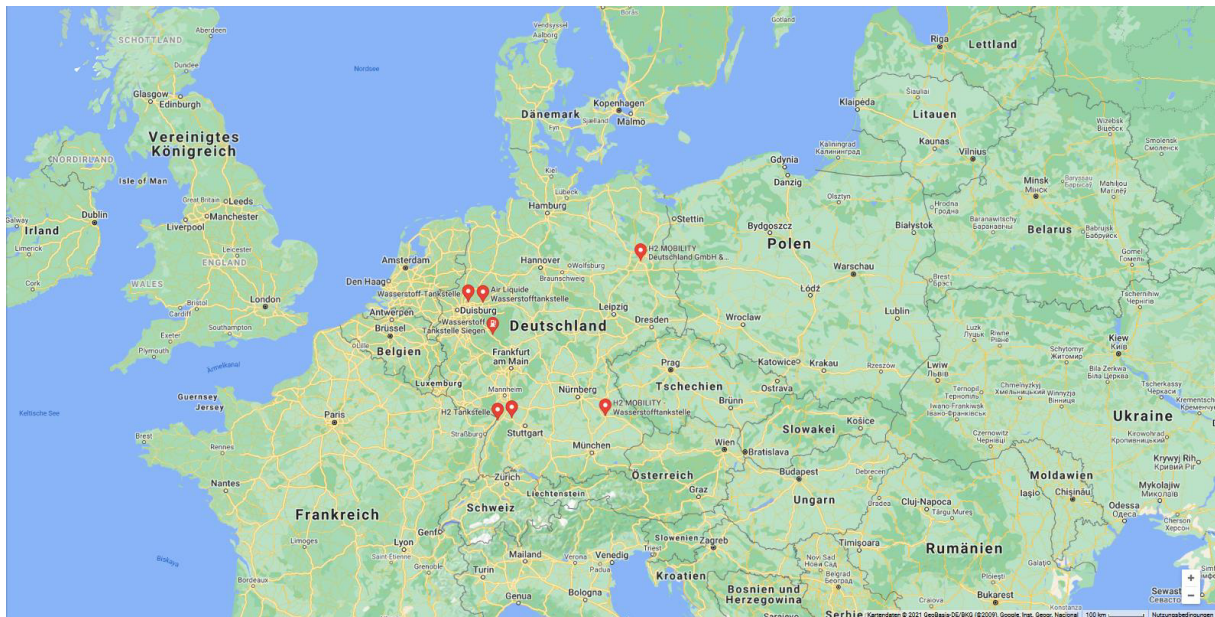


Abbildung 1 Ladesäulen für E-Autos in Rostock, rot umrandet Schnellladesäulen mit mindestens 50 kW (Google Maps 5.Juni 2021).



1098

1099 Abbildung 2 Wasserstofftankstellen Deutschland (Google Maps 5. Juni 2021)

1100 12* Verkehrswende einleiten – Karniner Brücke fertigstellen

1101

1102 Die Verkehrssituation auf der Insel Usedom verschlechtert sich von Jahr zu Jahr.
1103 Tourist*innen klagen über Stau, Anwohner*innen über den Verkehrslärm. Aus diesem
1104 Grund soll die Karniner Brücke die Verkehrssituation beruhigen. Fernverkehrszüge
1105 können dann endlich aus Berlin die Tourist*innen auf die Insel bringen und die
1106 Zufahrtsstraßen entlasten. Deshalb soll die Karniner Brücke nach Usedom endlich
1107 fertiggebaut und für den Bahnverkehr freigegeben werden.

1108 14 Im Schatten des Krieges leben... Deutsche Sicherheitsarchitektur im 1109 neuen 21.Jahrhundert

1110

1111 Die drastisch veränderte Realität in der Sicherheitspolitischen Landschaft der Welt
1112 zwingt uns Verteidigungs,- und Friedenspolitik neu zu betrachten. Der berechtigte
1113 Wunsch danach Frieden ohne Waffen schaffen zu können ist so fern wie er zuletzt im
1114 kalten Krieg war. Der völkisch motivierte Überfall Russlands auf die Ukraine war in seiner
1115 Grausamkeit auf europäischen Boden nicht vorstellbar. Jetzt sehen wir jeden Tag die
1116 Bilder des blutigen Konflikts und besonders der zivilen Opfer, die er fordert.

1117 Niemand ist zum Kämpfen geboren, deswegen sind wir der festen Überzeugung, dass es
1118 gerade jetzt eine deutsche Friedenspolitik braucht, die fest verankert ist, in der
1119 Sicherheitsarchitektur der freien Welt. Eine Friedenspolitik, die Waffen und Armeen
1120 nicht aus der Natur ihres seins als Hindernis begreift, sondern als ein präzises Werkzeug
1121 um notwendige Aufgaben auszuführen und bereit ist dieses Werkzeug zur Wahrung von
1122 Frieden und Menschenrechten einzusetzen.

1123 Nehmen wir diese Betrachtung an ist die deutsche Bundeswehr ein solches Werkzeug.
1124 Die Art dieses Werkzeugs und seine Einsatzfähigkeit ist wie bei allen Werkzeugen nicht
1125 universell, sondern in höchstem Maße präzise und wird bestimmt durch die verfolgte
1126 Strategie und die gegebenen Möglichkeiten des Arsenal.

1127 Der Charakter der Bundeswehr und deutscher Sicherheitspolitik

1128 Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee. Sie ist eine Armee aus Bürger*innen in
1129 Uniform. Sie ist weder Präsident*innen, noch Kanzler*innen verpflichtet sondern einzig
1130 und allein dem demokratisch gewählten Parlament der Bundesrepublik Deutschland
1131 und die deutsche Geschichte befiehlt, dass nie wieder ein Krieg von deutschem Boden
1132 ausgehen darf und dass Auschwitz nie wieder sei. Daraus ergibt sich ein deutliches
1133 Mandat zu einer unveräußerlichen Friedenspolitik, die keinem Krieg zustimmt, wenn es
1134 auch nur den letzten Restzweifel gibt, aber gleichzeitig nicht müde werden darf Völker-

1135 , und Menschenrechtsverletzungen vor der internationalen Gemeinschaft anzuprangern
1136 und geschlossenes Handeln zu fordern. Aus diesen Gründen ist der deutschen
1137 Sicherheitspolitik und der Bundeswehr, im Vergleich zu anderen Armeen in der Welt, ein
1138 antimilitaristischer Charakter zu eigen, der bewahrt und gefördert werden muss, bis das
1139 Ziel vereinter europäischer Streitkräfte erreicht ist, die diese unveräußerlichen
1140 Charakterzüge teilen.

1141 Nationale Verantwortung

1142 Die Inhärente Aufgabe eines Militärs ist die territoriale Integrität ihres Staates zu
1143 schützen. Das gilt genauso für die deutsche Bundeswehr, weswegen der Fokus der
1144 deutschen Streitkräfte auf dem Anlegen von defensiven Kapazitäten liegen muss. Die
1145 Effektivität von Defensivwaffen wurde im Krieg in der Ukraine eindrucksvoll deutlich
1146 und unterstreicht, dass es zur erfolgreichen Verteidigung, selbst gegen zahlenmäßig
1147 weit überlegene Gegner*innen, keine besonderen Offensivkapazitäten braucht. Im
1148 Gegenteil! Tatsächlich sollte aus deutscher Perspektive unter Berücksichtigung unserer
1149 Partner*innen in der EU und NATO soweit wie möglich auf eigene deutsche
1150 Offensivkapazitäten verzichtet werden um zum einen konsistent mit unseren
1151 Grundwerten zu bleiben, und zum anderen die letztlich limitierten Mittel des
1152 Verteidigungsetats so präzise wie möglich in die Erfüllung unserer strategischen
1153 Anforderungen zu investieren. Abseits von Defensivwaffen gehört auch Logistik und die
1154 Ausrüstung der Soldat*innen zu den Defensivkapazitäten der deutschen Bundeswehr.
1155 Die Bundeswehr dient dem Schutz der deutschen Bürger*innen und besteht aus eben
1156 jenen, weswegen es axiomatisch ist, dass nicht weniger als das Beste der Standard in der
1157 Ausrüstung und Versorgung deutscher Truppen ist. Darüberhinaus zeigt die jüngere
1158 Vergangenheit, insbesondere das Unvermögen russischer Verbände verlässlich versorgt
1159 zu werden und die damit einhergehenden vernichtenden Erfolge der ukrainischen
1160 Verteidigung um Kyiv machen deutlich, dass bessere Logistik und Ausrüstung darüber
1161 entscheiden können, ob militärische Ziele erreicht werden können oder nicht.

1162 Neben den Sicherheitspolitischen Aufgaben stellt uns der Klimawandel vor neue
1163 zunehmend kritischere Aufgaben. Jahrhundertfluten ereignen sich alle 10 Jahre,

1164 Tendenz steigend, Waldbrände sind im Sommer beinahe selbstverständlich an der
1165 Tagesordnung. Die Schlagzahl der Katastrophen in Deutschland steigt und immer
1166 seltener verfügen Feuerwehr und Hilfskräfte über ausreichend Mittel and Material und
1167 Personal, um Schutz und Rettung zu gewährleisten. Es ist notwendig, dass eine
1168 Bundeswehr in diesen Fällen unter der Führung des Katastrophenschutzes bei solchen
1169 Einsätzen unterstützt, um Menschenleben zu retten.

1170

1171 Internationale Verantwortung

1172 Mehr denn je ist es wichtig sich auf unsere Bündnispartner*innen in EU und NATO
1173 verlassen zu können und im Gegenzug ebenfalls unbedingt verlässlich zu sein. Das
1174 langfristige Ziel deutscher Sicherheitspolitik muss die vollständige Integration der
1175 Bundeswehr in die vereinten Streitkräfte der EU sein. Bis dahin soll dieser Weg geebnet
1176 werden durch die Einrichtung und Vergrößerung von bi- und multinationalen Brigaden,
1177 ein ständiger Austausch von sicherheitsrelevanten Erkenntnissen verbündeter
1178 Nachrichtendienste, eine gemeinsame Verteidigung gegen Cyberangriffe, sowie das
1179 verstärkte Abhalten gemeinsamer europäischer Wehrübungen und ständiger
1180 gemeinsamer Beratung europäischer Sicherheitsinteressen mit den Ländern der EU,
1181 sowie Beitrittskandidat*innen.

1182 Klar ist dennoch, dass Deutschland, geschuldet seiner immensen Volkswirtschaft, auch
1183 ohne gemeinsame Streitkräfte, eine Schlüsselrolle in der Sicherheitsarchitektur der EU
1184 und NATO einnehmen wird. Trotz oder gerade wegen unserer Geschichte, können wir
1185 uns nicht dagegen wehren Verantwortung in der internationalen Gemeinschaft zu
1186 übernehmen. Die deutsche Sicherheitspolitik muss hierbei Garant und Multiplikator der
1187 Sicherheitsinteressen unserer Partner*innen sein. Der Verzicht auf eigene
1188 Offensivwaffen soll das bestätigen. Es kann keine deutschen Alleingänge, oder von
1189 Deutschland geführte Koalitionen der willigen geben. Stattdessen soll eine
1190 Doppelstrategie aus Diplomatie, als auch unkritischer Solidarität zu unseren
1191 Partner*innen im Verteidigungsfall friedliche Lösungen schaffen, ohne Säbelrasseln,

1192 dass von imperialistischen Kräften schnell als Kriegsgrund gegen andere Nationen, ohne
1193 den Schutz internationaler Allianzen, verwendet wird. Deswegen darf es, auch wenn
1194 Deutschland Teil von Bündnissen mit nuklearen Kapazitäten ist, keine nuklearen Waffen
1195 im deutschen Arsenal geben. Weltweite nukleare Abrüstung muss weiterhin eines der
1196 leitenden Motive deutscher Außen-, und Sicherheitspolitik sein.

1197 Kommt es zu einem internationalen Einsatz ist es primäre Aufgabe der deutschen
1198 Bundeswehr die verbündeten Truppen zu im Rahmen ihrer Kapazitäten zu unterstützen,
1199 Aufklärungs- und Sicherungsarbeit zu leisten, Lokale Sicherheitskräfte in befreiten
1200 Gebieten auszubilden und zu unterstützen, sowie humanitäre Hilfe und
1201 Wiederaufbauarbeit zu leisten. Um befreundete Kräfte, innerhalb, aber auch außerhalb
1202 der deutschen Bündnissysteme im Ernstfall effektiv zu unterstützen soll eine ständige
1203 Reserve an Waffen und Unterstützungsgerät angelegt werden, die auf Anfrage von
1204 befreundeten Kräften ausgeliehen werden können. Das Ziel ist es kurz- und mittelfristig
1205 die Wehrhaftigkeit im Einsatz und danach zu stärken, um Stabilität zu schaffen, wo ein
1206 direkter Einsatz von deutschen Truppen nicht erforderlich, nicht erwünscht, oder nicht
1207 angebracht wäre.

1208 Zu den internationalen Aufgaben der deutschen Sicherheitspolitik, gehört es auch
1209 ständige humanitäre Hilfe zu leisten, da wo sie erforderlich ist. Notversorgung in
1210 Krisengebieten und das Schaffen von sicheren Fluchtrouten müssen intrinsischer Teil
1211 deutscher Doktrin werden. Das prominenteste Beispiel hier wäre die Flüchtlingsrettung
1212 im Mittelmeer, wo jeden Tag Leben gerettet werden müssten und könnten.

1213 Zur Sicherheitsarchitektur in Deutschland gehört mehr als nur die Bundeswehr
1214 Deutsche Sicherheitsarchitektur besteht nicht nur aus der Bundeswehr, sondern aus
1215 dem gesamten militärisch industriellen Komplex. Die globale Wirtschaft ist so
1216 verflochten, wie sie es nie zuvor war. Nahezu jede Lieferkette geht mindestens einmal
1217 um die ganze Welt, wenn man lange genug sucht. Es wurden Abhängigkeiten
1218 geschaffen, von denen man ausging, sie würden Kriege unmöglich machen. Diese
1219 Annahme war falsch. Stattdessen wurde der empfindliche Unterbauch der westlichen

1220 Welt offengelegt. Gerade deswegen ist es wichtig, in einer Zeit in der Rüstung freier
1221 gehandelt wird als je zuvor, Maßnahmen zu treffen, um für den absoluten Ernstfall
1222 gewappnet zu sein. Wir müssen anerkennen, dass Rüstung eine zentrale
1223 Schlüsselindustrie ist und unter anderen Regeln agieren sollte als andere Industrien. Es
1224 ist absolut notwendig als Staat die Kontrolle über den Nachschub von Gerät, Ausrüstung
1225 und Munition zu haben, sollte man sich jemals in einer ernsthaften Konfliktsituation
1226 befinden. Rüstung ist allerdings nur das offensichtlichste Beispiel. Energie und
1227 Lebensmittel sind kritische Ressourcen, die mit Blick auf die kommenden
1228 Herausforderungen des 21. Jahrhunderts eine deutliche Umstellung der Wirtschaft
1229 verlangen, wenn wir Nachhaltig sicher leben wollen.

1230 Wenn wir den Herausforderungen des neuen 21. Jahrhunderts begegnen wollen,
1231 brauchen wir ein neues nachhaltiges strategisches Konzept.

1232 Deswegen fordern wir eine umfassende Revision des Weißbuchs zur Sicherheitspolitik
1233 und der Zukunft der Bundeswehr und eine neue Ausrichtung deutscher
1234 Verteidigungspolitik

1235 K1* Ausbau der finanziellen Förderung von Randsportarten

1236

1237 Wir fordern eine verstärkte finanzielle Unterstützung von Randsportarten im Leistungs-
1238 sowie Breitensportbereich.

1239 Der Sport schafft neben gesundheitlicher Prävention, auch einen sozialen
1240 Bezugsrahmen, welcher gerade für Kinder und Jugendliche von wichtiger Bedeutung ist.
1241 Um Sportler*innen innerhalb dieses Rahmens eine hochwertige Förderung in
1242 verschiedensten Sportarten garantieren zu können, sind Fahrten zu Wettkämpfen,
1243 Trainingslagern und weiteren Maßnahmen unverzichtbar. Diese setzen jedoch gerade in
1244 Randsportarten eine hohe Eigenfinanzierung voraus. Besonders für
1245 einkommensschwache Personen beziehungsweise Familien, stellt dies eine Hürde dar,
1246 welche konsequent zu einer Nichtteilnahme führen könnten. Um auch finanziell
1247 schwächeren Haushalten eine Beteiligung an etwaigen Veranstaltungen zu
1248 ermöglichen, ist eine noch stärkere monetäre Förderung der Vereine und den
1249 zuständigen Verbänden der Randsportarten notwendig, sodass eine Geringhaltung der
1250 Eigenanteile für die Sportler*innen, beziehungsweise den Familien betreffend möglich
1251 ist.

1252 K2* Überarbeitung des großen Zapfenstreichs

1253

1254 Die Landeskonzferenz der Jusos Mecklenburg-Vorpommern beschließt, dass der große
1255 Zapfenstreich als höchstes militärisches Zeremoniell in seinem Ablauf, als auch in seiner
1256 Ästhetik überdacht und überarbeitet wird. Ziel ist es dieses höchste militärische
1257 Zeremoniell zu reformieren, um eine moderne und weltoffene Form der Inszenierung zu
1258 gewährleisten. Der so überarbeitete große Zapfenstreich sollte nicht Nachts mit Fackeln
1259 vor dem Reichstagsgebäude stattfinden oder in anderer Form direkt an den
1260 Nationalsozialismus erinnern, sondern das Bild einer modernen Parlamentsarmee
1261 widerspiegeln, die in einer friedlichen, weltoffenen, solidarischen und freien
1262 Gesellschaft verankert sein will. Auch ein Ausschluss der Öffentlichkeit sollte, selbst bei
1263 geringem Interesse, anlassbezogen überdacht werden und die Ausnahme darstellen.
1264 Auch einer der Grundgedanken des großen Zapfenstreichs als ein Symbol, welches den
1265 Zusammenhalt und die Gemeinschaft der Streitkräfte festigen soll und die
1266 Verbundenheit, die zwischen dem Militär und der Bevölkerung herrschen sollte, enger
1267 werden lässt ist unter Ausschluss der Öffentlichkeit schwierig.

1268 K3 Opferperspektive voranstellen

1269

1270 Im Juli 2021 kam der Vorschlag auf, Peenemünde als historischen Ort der
1271 Raketenforschung zum Weltkulturerbe zu erklären, da in Peenemünde im zweiten
1272 Weltkrieg die A4 bzw. die V2 Rakete entwickelt und für den Serienbau vorbereitet wurde.
1273 Aufgrund dieser Tatsache wird Peenemünde auch heute noch häufig als „Wiege der
1274 Raumfahrt“ verklärt. Gegen diesen Vorschlag entwickelte sich früh ein großer Protest
1275 und der Vorschlag wurde vorerst zurückgezogen.

1276 Aus unserer Sicht vollkommen zu Recht, denn:

- 1277 • In Peenemünde wurden KZ- Häftlinge dazu missbraucht, die Raketen zu
1278 bauen
- 1279 • Allein im Peenemünder Wald wurden ungefähr 600 KZ-Häftlinge
1280 untergebracht, von denen am Ende nur drei den Krieg überlebten
- 1281 • Insgesamt starben 20.000 Menschen beim Bau der Rakete und weitere 8.000
1282 durch den durch den militärischen Einsatz

1283 In Peenemünde wird durch das Historisch-Technische Museum über die Entwicklung
1284 und den Bau der Rakete informiert. Über die Opfer der Entwicklung und des Baus der
1285 Rakete wird in fast der gesamten Ausstellung allerdings nicht gesprochen. Die
1286 ehemalige KZ-Anlage ist nicht in die Ausstellung integriert.
1287 In naher Zukunft wird das Museum die Dauerausstellung renovieren. Dafür werden
1288 mindestens 10 Millionen Euro an Fördermitteln fließen. Eine hinreichende Integration
1289 der Opferperspektive ist weiterhin nicht vorgesehen. Für die Jusos Mecklenburg-
1290 Vorpommern ist dies nicht akzeptabel!

1291 Wir fordern:

- 1292 1. Der Opferperspektive muss im Historisch-Technischen Museum Raum
1293 geschaffen werden

- 1294 2. Die Förderung des Museums muss an die Bedingung geknüpft sein, dass die
1295 Opferperspektive integriert wird!
- 1296 3. Die Anlagen im Wald müssen zur Gedenkstätte erklärt und durch einen
1297 Gedenkweg zugänglich gemacht werden!

1298 K4 Kopfbälle beim Fußball im Jugendbereich verhindern

1299

1300 In den letzten Jahren zeigten Studien mit ehemaligen Profifußballern, dass diese ein
1301 deutlich höheres Risiko haben, an neurodegenerativen Krankheiten (bspw. Alzheimer
1302 oder Parkinson) zu erkranken. Die Daten zeigen klar, dass wiederholte Kopfbälle hierfür
1303 die Ursache sind. Noch ist nicht klar, ob sich ein ähnlich erhöhtes Risiko bei
1304 Amateurfußballer*innen bestätigt. Klar ist aber, dass schon ein einziger Kopfball im
1305 Gehirn zu einer Erschütterung führt und infolgedessen Nervenzellen beschädigt werden
1306 können.

1307 Der englische Fußballverband hat daraufhin Kopfballtraining für Kinder verboten und
1308 auch im Profi-Bereich ein Limit pro Trainingswoche eingeführt. Der DFB (Deutscher-
1309 Fußball-Bund) hat sich dagegen entschieden. Auch wenn es noch keine klaren Studien
1310 für den Amateurbereich gibt, so sind die Zusammenhänge klar und daher fordern wir:

- 1311 - ein Verbot von speziell auf Kopfbälle ausgerichtete Trainingsformen im
1312 Jugendbereich einzuführen
- 1313 - dass die Fußballverbände ein Konzept für Kopfball-ärmere Spielweisen und
1314 Trainingskonzepte entwickeln und diskutieren
- 1315 - sportartübergreifend das Thema „Gesundheit“ in Trainer*innen-Lehrgängen
1316 verstärkt zu behandeln die derzeitigen Bestrebungen der Fußballverbände im
1317 Umgang mit Kopfverletzungen fortzuführen und auszubauen (nicht jede
1318 Verletzung ist sofort sichtbar) Studien im Amateurbereich und anderen
1319 Sportarten zum langfristigen Auftreten von neurodegenerativen Krankheiten
1320 gezielt zu fördern.

1321 ©1* Einrichtung einer Kommission zur Überarbeitung der Richtlinien der
1322 Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten und Jungsozialistinnen in der SPD
1323 Mecklenburg-Vorpommern

1324

1325 Die Landeskonzferenz der Jusos Mecklenburg-Vorpommern beschließt, eine Kommission
1326 auf Landesebene zu initiieren, die sich mit den Richtlinien der Jusos MV
1327 auseinandersetzt und diese überarbeitet.

1328 Bis zur nächsten Landeskonzferenz soll ein umfassender Antrag zur Änderung dieser
1329 Richtlinien erfolgen. Der Satzungskommission sollen Vertreter*innen der einzelnen
1330 Kreisverbände angehören, die sich mit der Änderung der Richtlinien auseinandersetzen
1331 wollen.

1332

1333 Begründung:

1334 Die Richtlinien der Jusos MV wurden lange Zeit nicht überarbeitet. Um dieser jedoch
1335 wieder mehr Aktualität, Wirksamkeit und Identifikation zu verleihen, sollen Mitglieder
1336 unterschiedlicher Kreisverbände zusammenkommen und zusammentragen, wie die
1337 Arbeit der Jusos MV in den kommenden Jahren gestaltet sein soll.

1338 Weiterhin ist die Initiierung einer solchen Kommission wesentlich zielführender als
1339 einzelne Anträge von unterschiedlichen Kreisverbänden zu Satzungsänderungen. Somit
1340 findet

1341 P1* Gewährung des altersunabhängiger Unterhaltsvorschusses in der
1342 schulischen Ausbildung der Kinder

1343

1344 Wir fordern den Anspruch auf altersunabhängigen Unterhaltsvorschuss Alleinziehender
1345 bis zur Beendigung der schulischen Ausbildung des Kindes.

1346 Kinder aus alleinerziehenden Familien wachsen unter erschwerten Bedingungen auf.
1347 Diese Familien sind enormer finanzieller Belastung ausgesetzt. Obwohl
1348 Alleinerziehende größtenteils erwerbstätig sind, sind die Mittel häufig nicht
1349 ausreichend, um ein bestmögliches Aufwachsen gewährleisten zu können. Die
1350 finanzielle Situation verschlechtert sich, wenn kein Unterhalt, beziehungsweise ein zu
1351 geringer Betrag gezahlt wird durch den anderen Elternteil. Aus diesem Grund gibt es
1352 einen Anspruch auf Unterhaltsvorschuss. Hierbei handelt es sich um eine staatliche
1353 Leistung für alleinerziehende Elternteile, um ausbleibende Unterhaltszahlungen
1354 auszugleichen. Durch den Unterhaltsvorschuss wird die finanzielle Last, sowie das
1355 Armutsrisiko verringert. Dieser wird nur bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres des
1356 Kindes ausgezahlt. Allerdings ist zu diesem Zeitpunkt die Schullaufbahn auf dem ersten
1357 Bildungsweg oftmals noch nicht beendet, sodass eine wichtige Einnahmequelle für
1358 Alleinerziehende wegfällt. Diese Unterstützung sollte bis zur Vollendung der schulischen
1359 Laufbahn fortgeführt werden, damit es keine finanziellen Ausfälle gibt. Dies wiederum
1360 würde der Bildungsgerechtigkeit, sowie der Chancengleichheit und Teilhabe am sozialen
1361 und kulturellen Leben zu Gute kommen.

1362 P3 Selbstbestimmtes Wohnen für Menschen mit geistiger Behinderung 1363 ermöglichen

1364

1365 Die Jusos Mecklenburg-Vorpommern fordern das Land Mecklenburg-Vorpommern und
1366 seine Kommunen dazu auf, eine auskömmliche Finanzierung für ein selbstbestimmtes,
1367 eigenverantwortliches Wohnen von Menschen mit Behinderung sicherzustellen. Die
1368 nach Eingliederungshilferecht gesetzlich garantierte Wahlfreiheit zur eigenen Wohnung
1369 auch für geistig behinderte Menschen muss endlich vollständig umgesetzt werden (s. §
1370 77 SGB IX).

1371 Menschen mit Behinderungen haben wie alle anderen Menschen auch das Recht, ihren
1372 Wohnort frei zu wählen. Sie dürfen selbst entscheiden, mit wem und wie sie leben. Sie
1373 sind nicht verpflichtet, in besonderen Wohnformen zu leben. Diese
1374 Entscheidungsfreiheit ermöglicht ein Leben in der Gemeinschaft, verhindert Isolation
1375 und Absonderung und muss auf Wunsch der Leistungsberechtigten ermöglicht werden
1376 (s. § 9 und § 35 SGB XII). Der entstehende Mehrbedarf muss übernommen werden.

1377 Begründung:

1378 Menschen mit geistiger Behinderung und Menschen mit schweren körperlichen
1379 Behinderungen werden in M-V größtenteils in besonderen Wohnformen betreut.

1380 Sie haben oft nicht die gleichen Chancen wie Menschen mit körperlichen
1381 Behinderungen, selbstbestimmt zu wohnen. Sie haben wenig Wahlmöglichkeiten, wo
1382 und wie sie wohnen wollen. Die bestehenden Wohnplätze in entsprechenden
1383 Einrichtungen reichen schon lange nicht mehr aus. Allein in den Einrichtungen der
1384 Lebenshilfe Mecklenburg-Vorpommern e.V. werden derzeit mehr als 200 neue
1385 Wohnplätze benötigt. Menschen, die allein und eigenverantwortlich wohnen wollen,
1386 sind dabei noch gar nicht berücksichtigt worden. Die Unterstützung für Menschen mit
1387 geistiger Behinderung muss individueller werden!

1388 Aber barrierefreies Bauen ist teuer. Viele Menschen mit Behinderungen erhalten
1389 Sozialhilfe, auch für die Unterkunft und das Wohnen. Diese Sätze sind nach derzeitigem
1390 Stand bei weitem nicht auskömmlich zur Finanzierung einer geeigneten Wohnung. Sie
1391 betragen 6,50 Euro pro Quadratmeter. Jedoch kosten barrierefreie Wohnungen derzeit
1392 durchschnittlich 14,00 € bis 16,00 € Euro Miete pro Quadratmeter. Der Gesetzgeber hat
1393 eine Lösung für diesen Mehrbedarf (§ 35 Abs. 1 SGB XII und § 77 SGB IX). Demnach
1394 müssten die Kosten übernommen werden! Diese Regelungen werden aber einfach nicht
1395 umgesetzt.

1396 Für die Umsetzung müssen die Länder und Kommunen an einen Strang ziehen! Aber
1397 auch die Bauwirtschaft, die Ideen von Planerinnen und Planern und die Erfahrungen der
1398 Träger der Freien Wohlfahrtspflege sind gefragt, um gemeinsam einen wichtigen
1399 Strukturwandel auf dem Wohnungsmarkt zu erreichen. Die staatlichen Leistungen
1400 müssen an die individuellen Bedarfe der jeweiligen Person angepasst werden. Die
1401 geltenden Gesetze (bspw. § 90 SGB IX) und Regelungen müssen umgesetzt werden!

1402 P4 Abschaffung der Anrechnung von ehrenamtlichen Entschädigungen
1403 auf Leistungen im Rahmen des XII. Sozialgesetzbuches

1404

1405 Das Ehrenamt ist als eine Form der Aufopferung von privater Zeit für Aufgaben, die nicht
1406 staatlich oder privat-wirtschaftlich erledigt werden (können), einer der Grundpfeiler des
1407 gesellschaftlichen Zusammenhaltes.

1408 Personen, die auf Grund von persönlichen Umständen Leistungen nach dem
1409 Sozialgesetzbuch beziehen, werden jedoch bei der Ausübung eines Ehrenamtes massiv
1410 eingeschränkt. Laut § 82 Abs. 2 S. 2 SGB XII ist ein steuerfreier „[...] Betrag von bis zu 250
1411 Euro monatlich nicht als Einkommen zu berücksichtigen.“. Alle Entschädigungen, die
1412 darüber hinaus gezahlt werden, gelten als Einkommen und werden auf die Leistungen
1413 nach dem Sozialgesetzbuch direkt angerechnet.

1414 Es ist nicht mit dem Gedanken des gesellschaftlichen Respektes vereinbar, dass eine
1415 Entschädigung für ein gesellschaftliches Engagement mit Leistungen verrechnet wird,
1416 die ein Existenzminimum garantieren sollen. Erstens wird unterstellt, Personen würden
1417 das Ehrenamt nur aus einem finanziellen Aspekt ausüben. Von einer Bereicherung kann
1418 aber in keinem Fall die Rede sein. Die Aufopferung von Zeit wird in typischen
1419 ehrenamtlichen Strukturen zum einen niemals ausreichend entschädigt, wenn man
1420 davon ausgeht, dass in dieser Zeit auch einer beruflichen Beschäftigung nachgegangen
1421 werden könnte. Zum anderen sind typische Absicherungen der Sozialversicherung damit
1422 nicht gedeckt.

1423 Die Jusos Mecklenburg-Vorpommern fordern daher die Abschaffung der Anrechnung
1424 von ehrenamtlichen Entschädigungen gemäß § 3 Nr. 26 und 26a EStG auf finanzielle
1425 Leistungen, die im Rahmen des XII. Sozialgesetzbuches gezahlt werden.

1426 U1* Biologische Vielfalt auf kommunalen Grünflächen

1427

1428 Wir fordern die kommunalen Verantwortungsträger*innen der SPD auf, die
1429 herausragende Rolle biologisch vielfältiger Lebensräume - auch die von öffentlichen
1430 Grünflächen in unserer direkten Umgebung – zu unterstreichen und sich zu mehr
1431 Engagement und Kreativität bei deren Bewirtschaftung zu bekennen. Hierfür stellen wir
1432 folgende inhaltliche Forderungen:

- 1433 1. Artenreiche Bestände sollen erhalten bleiben.
- 1434 2. Maßnahmen zur Erhöhung des Artenreichtums sollen, unter Berücksichtigung
1435 der lokalen Gegebenheiten und der aktuellen Nutzung, erprobt werden.
- 1436 3. Alternative Nutzungs- und Pflegekonzepte sollen unter Einbeziehung von
1437 Anwohner*innen, Bildungseinrichtungen, Vereinen usw. erprobt werden.
- 1438 4. Die Notwendigkeit von energie- und materialintensiven Pflegearbeiten soll
1439 überprüft werden.
- 1440 5. Ökologische Aspekte sollen Vorrang vor rein ästhetischen Aspekten haben.

1441 Begründung:

1442 zu 1.: Artenreichtum zeugt von einer guten Anpassung der Arten an den Standort, neue
1443 Maßnahmen (z.B. Bodenbearbeitung) könnten kontraproduktiv sein.

1444 zu 2.: Die Ansiedlung weiterer Pflanzenarten oder eine extensivere Pflege können ohne
1445 großen Aufwand den Artenreichtum erhöhen. Die Botanik bietet vielfältige Alternativen
1446 zum Rasen, die darüber hinaus noch als Nahrungsgrundlage für Insekten, Vögel und
1447 Kleintiere dienen. Herauszufinden welche Pflanzenarten bzw. Eigenschaften (z.B.
1448 Wuchshöhe, Trockenresistenz) den lokalen Gegebenheiten gerecht werden, bedeutet
1449 auch etwas auszuprobieren und aus eventuellen Fehlversuchen zu lernen. Hierbei ist
1450 Kreativität vor Ort gefragt, einerseits können sich die Bedingungen zwischen den

1451 Kommunen Mecklenburg-Vorpommerns stark unterscheiden und andererseits tragen
1452 verschiedene Lösungsansätze auch zur Vielfalt bei.

1453 zu 3.: Das Interesse an Gartenarbeit sowie der Wunsch nach Mitgestaltung unserer
1454 direkten Umgebung nehmen zu. Entsprechende Konzepte (z.B. "Guerilla gardening")
1455 haben sich in einigen Städten schon etabliert. Nicht alle Grünflächen werden intensiv
1456 genutzt, falls wie z.B. bei Kleinstflächen überhaupt möglich. Es könnten Konzepte
1457 erarbeitet werden die Alternativen bei der Pflege und Nutzung koordinieren. Wenn sich
1458 mehr Menschen an der Pflege einer Grünfläche beteiligen, wird sowohl die biologische
1459 Vielfalt als auch das Verantwortungsbewusstsein für einen Ort gefördert. Außerdem
1460 könnte so Bildungseinrichtungen (z.B. Schulen, Kitas) das Vermitteln von Kompetenzen
1461 (z.B. Gemüseanbau) erleichtert werden.

1462 zu 4.: Maßnahmen wie z.B. das regelmäßige Mähen von Grünflächen, die Entfernung
1463 von abgestorbenen Pflanzenteilen sowie die Ausbringung von Schotter sind nicht immer
1464 durch die Nutzung gerechtfertigt. Eine extensivere Bewirtschaftung kann vorteilhaft für
1465 die biologische Vielfalt sein und spart Ressourcen. Es sollte möglich sein die
1466 Pflegearbeiten so zu priorisieren, das Arbeits- und Investitionsaufwand nicht steigen.

1467 zu 5.: Die ästhetische Wahrnehmung von Grünanlagen variiert stark, sowohl Naturnähe
1468 als auch Ordnung können von Menschen als schön wahrgenommen werden. Auch wenn
1469 die Bewirtschaftung nicht nach einem bestimmten Idealbild erfolgt, bleibt der
1470 allgemeine Nutzen erhalten.

1471 Z1 Grunderbe jetzt – Wohlstand für alle!

1472

1473 Wer erbt ist privilegiert. Dieser einfache Satz gilt nicht nur, aber besonders in
1474 Deutschland.

1475 In der BRD herrscht die zweithöchste Vermögensungleichheit im gesamten Euroraum.
1476 Lediglich 10% der Bevölkerung kontrollieren ca. 67% des gesamten gesellschaftlichen
1477 Vermögens. Dieser Zustand wird durch das deutsche Erbsystem verstärkt. In
1478 Deutschland werden jedes Jahr rund 400 Milliarden Euro vererbt. Durch niedrige
1479 Steuersätze und hohe Ausnahmetatbestände werden lediglich 0,2 % dieses Erbes zurück
1480 in die Gemeinschaft bzw. an den Staat umverteilt. Dies führt zu einer immer stärkeren
1481 Konzentration von Werten auf wenige Personen und einer immer größer werdenden
1482 Vermögensungleichheit. Diese steht wiederum in direkten Zusammenhang zur
1483 sozialen Mobilität: Umso ungleicher eine Gesellschaft ist, desto niedriger ist ihre soziale
1484 Mobilität. Umso mehr Erbe also von immer weniger Menschen vererbt wird, umso
1485 schwieriger wird der Aufbau von Vermögen durch Erwerbsarbeit. In Deutschland
1486 entsteht Vermögen nahezu nur noch durch Erbgang. Sozialer Aufstieg wird immer
1487 unwahrscheinlicher.

1488 Diese Entwicklungen treffen insbesondere Bevölkerungsgruppen, die strukturell nicht in
1489 der Lage waren über mehrere Generationen, insbesondere in Zeiten relativ hoher
1490 sozialer Mobilität, ein durch die Generationen getragenes Vermögen aufzubauen:
1491 Menschen mit familiärem Migrationshintergrund und Menschen mit ostdeutschem
1492 familiärem Hintergrund. Beide Bevölkerungsgruppen sind unterproportional am
1493 gesellschaftlichen Vermögen beteiligt, weil ihnen Jahrzehnte des intergenerativen
1494 Vermögensaufbaus fehlen. Dies führt unter anderem zu einer massiven
1495 Unterrepräsentation in gesellschaftlichen Eliten und damit zu einer teilweisen
1496 Unsichtbarkeit ostdeutscher und migrantischer Perspektiven und Erfahrungshorizonte
1497 in gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen.

1498 Wir Jusos wollen eine Gesellschaft in der jede*r Einzelne sich frei und unabhängig seiner
1499 Wurzeln entfalten kann, um als Teil einer emanzipierten und solidarischen Gesellschaft
1500 ein gutes Leben führen zu können. Eine solche Gesellschaft braucht eine möglichst
1501 niedrige soziale Ungleichheit und eine möglichst hohe soziale Mobilität.

1502 Um dieses Ziel zu erreichen, bedarf es unter anderem einer besseren Umverteilung von
1503 Vermögenswerten. Daher fordern wir eine neue und konsequente Umverteilung des
1504 Erbes in unserer Gesellschaft.

1505 Wir begrüßen, dass der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Carsten Schneider, den
1506 Vorschlag von Thomas Piketty zur Einführung eines Grunderbes für alle Bürger*innen ab
1507 18 Jahren aufgegriffen hat.

1508 Um tatsächlich in der Lage zu sein, entweder Eigentum aufzubauen, Projekte zu
1509 verwirklichen oder sich finanziell unabhängig für Ausbildungs,- Studien,- oder Lebensort
1510 zu entscheiden, fordern wir ein Grunderbe von 60.000€, welches bedingungslos
1511 ausgezahlt wird und über eine deutlich erhöhte Erbschaftssteuer finanziert wird.
1512 Hierdurch wird ein gezielter und wirkungsvoller Umverteilungseffekt erzeugt und eine
1513 Vielzahl junger Menschen emanzipiert. Über eine Reform der Freibeträge können auch
1514 Mitnahmeeffekte bei wirtschaftlich privilegierten Gruppierungen aus dem Grunderbe
1515 korrigiert werden.

1516 Z2 Attraktivität ehrenamtlicher Tätigkeiten steigern

1517

1518 Gerade durch die Folgen der Corona-Pandemie befinden sich viele und vor Allem kleine
1519 Vereine in einer finanziellen Notlage. Diese haben auch einen immer größer werdenden
1520 Mitgliederschwund und weniger Ehrenamtler*innen.

1521 Darüber hinaus ist die ehrenamtliche Tätigkeit in vielen Bereichen, wie zum Beispiel
1522 oftmals im sozialen Bereich, schlichtweg nicht attraktiv, da es wenig Anerkennung oder
1523 zum Teil keine Entschädigungen gibt.

1524 Auch durch den schlecht ausgebauten ÖPNV, gerade im ländlichen Raum, sind viele
1525 Menschen nicht mobil und haben wenig bis keine Möglichkeiten zu der ehrenamtlichen
1526 Tätigkeit zu gelangen.

1527 Da ehrenamtliche Arbeit häufig wenig Anerkennung findet, dient die Ehrenamtskarte
1528 als Achtung gegenüber den Ehrenamtler*innen. Jedoch sind die aktuellen Bedingungen,
1529 um die Ehrenamtskarte zu erhalten, mit einem Mindestzeitraum von 3 Jahren
1530 Engagement (Ausnahme: Jugendliche zwischen 14 und 17 Jahren 1 Jahr Engagement)
1531 und 5 Stunden die Woche bzw. 250 Stunden im Jahr, zu hoch angesetzt. Vor allem in
1532 temporären Tätigkeiten, wie zum Beispiel der Flüchtlingshilfe, findet ein Engagement
1533 häufig nur über ein paar Monate statt.

1534 Durch die Ehrenamtskarte erhält man unter Anderem in verschiedenen Einkaufsläden,
1535 Bäckereien, Fastfoodketten und Veranstaltungszentren Vergünstigungen. Jedoch fehlen
1536 hier in den strukturschwachen Regionen viele Partner*innen. Somit haben Menschen
1537 mit dieser Karte, die in den eben genannten Gegenden wohnen, wenig Vorteile.
1538 Aus diesen angeführten Gründen sollte die Ehrenamtskarte weiterentwickelt werden.

1539 Wir fordern:

- 1540 1. den Zugang zur Ehrenamtskarte durch eine Anerkennung der Vor- und
- 1541 Nachbereitungszeit für die eigentliche ehrenamtliche Tätigkeit, zu vereinfachen
- 1542 und die erforderlichen Stunden auf 2 Stunden zu reduzieren. Die Vor- und

Nachbereitung der ehrenamtlichen Tätigkeit muss angemessen angerechnet werden. Auch die Dauer von drei Jahren als Kriterium für die Ehrenamtskarte halten wir aus jugendpolitischen Gründen für ungerecht, da sie Spontaneität bei jungen Menschen in der Hinwendung zum Ehrenamt einschränkt. Deswegen fordern wir die Herabsenkung des Mindestzeitraums auf ein halbes Jahr. Durch die systemische Diskriminierung von FINTA* in unserer Gesellschaft muss der Zugang zur Ehrenamtskarte erleichtert werden, indem wir hier den Mindestzeitraum auf drei Monate herabsetzen.

2. Durch den Besitz der Ehrenamtskarte die kostenlose Nutzung des ÖPNV in ganz Mecklenburg-Vorpommern. Mittelfristig bleibt unser Ziel jedoch nach wie vor kostenlosen ÖPNV für alle Menschen zu schaffen.
3. Des Weiteren fordern wir Vergünstigungen im öffentlichen Leben, bei dem die regionalen Gegebenheiten berücksichtigt werden. Die Ermäßigungen müssen landesweit gewährt werden und nicht an den Wohnsitz im betroffenen Landkreis gebunden sein. Anspruch ist, auch in den ländlichen Regionen Mecklenburg-Vorpommerns attraktive und vielfältig ausgestaltete Angebote für die Nutzung der Ehrenamtskarte zu schaffen.
4. Eine Kampagne, um die Ehrenamtskarte und die Vorteile ihrer Nutzung in Mecklenburg-Vorpommern bekannter zu machen und somit für das Ehrenamt zu werben. Gleichsam muss aktiv nach Partner*innen im ländlichen Raum gesucht werden, um die Ehrenamtskarte attraktiver zu machen.
5. Für eine breitere und verbesserte Ehrenamtskarte ist eine gute Finanzierung der Ehrenamtsstiftung Mecklenburg-Vorpommerns notwendig. Deswegen fordern wir die Erhöhung der entsprechenden Fördermittel.
6. Eine Verbesserung der Attraktivität der Ehrenamtskarte allein reicht jedoch nicht aus, um bestehende Probleme im Ehrenamt zu lösen. Viele kleine Vereine sind durch die Corona-Pandemie in eine finanzielle Notlage geraten. Sie sind häufig jedoch von wichtiger gesellschaftlicher Bedeutung und somit unverzichtbar. Um diese weiterhin zu erhalten ist besonders wichtig Vereine mit Fördermitteln zu versorgen. Es müssen die Fördermittel erhöht werden, um wichtige Strukturen zu

1573 erhalten und auszubauen. Auch der Zugang zu Fördermitteln muss erleichtert
1574 werden.

1575 Z3 Strukturelle Entlastungen schaffen und die Handlungsfähigkeit des
1576 Staates auch über die Krise hinaus erhalten!

1577

1578 Die Auswirkungen der Corona-Pandemie, ebenso wie die des völkerrechtswidrigen
1579 Angriffskrieges Russlands auf die Ukraine, stellen Haushalte mit kleinen und mittleren
1580 Einkommen ebenso wie die Bezieher*innen von Transferleistungen vor erhebliche
1581 Herausforderungen. Die Teuerung betrifft nicht alle gleich. Der rapide Anstieg der
1582 Energiepreise und von Grundnahrungsmitteln vermindert die Kaufkraft von Menschen
1583 mit geringen und mittleren Einkommen überproportional stark. Die kurzfristigen
1584 Entlastungen waren richtig und notwendig. Es muss jedoch sicherstellen, dass eben jene
1585 Menschen, die die Mehrbelastungen gerade besonders zu spüren bekommen, langfristig
1586 entlastet werden. Neben unserem Anspruch für uns Jungsozialist*innen, dass Krisen
1587 niemals zu negativen Umverteilungseffekten von oben nach unten führen dürfen, sind
1588 strukturelle Entlastungen auch erforderlich, um die Zustimmung für die Sanktionspolitik
1589 des Westens gegenüber Russland zu erhalten. Dafür braucht es einen handlungsfähigen
1590 Sozialstaat, der unter Beweis stellt, dass die innenpolitische und sozialpolitische
1591 Handlungsfähigkeit ebenso besteht wie die außenpolitische. Darüber hinaus muss
1592 Handlungsfähigkeit des Staates zur Vorbereitung von Krisen, die notwendigerweise aus
1593 dem ungezügelten, real existierenden Neoliberalismus resultieren, gegeben sein.

1594

1595 Sicherung des inneren und sozialen Friedens

1596 Die Verteidigungsfähigkeit und Resilienz eines Staates wird nicht allein durch seine
1597 militärische Verteidigungsfähigkeit gewährleistet, sondern auch durch eine
1598 funktionierende zivile Infrastruktur, durch ein funktionierendes Sozial- und
1599 Bildungswesen und eine aufgeklärte Gesellschaft, die gegenüber
1600 Verschwörungsmäthen unempfänglich ist und eine funktionierende demokratische
1601 Debattenkultur pflegt. Wir brauchen einen umfassend handlungsfähigen Staat, der in
1602 allen Bereichen investieren kann.

1603 Wir als Jusos MV befürworten ausdrücklich den Kurs der Bundesregierung, die
1604 Bürger*innen mit beispiellosen Entlastungspaketen während der Inflation und den
1605 dadurch gestiegenen Lebenshaltungskosten, insbesondere der Energiekosten, zu
1606 unterstützen. Die bisherigen Initiativen zur Abfederung der Kostenexplosion waren
1607 richtig, aber sie reichen nicht aus, um mittlere und geringe Einkommen, Studierende,
1608 Auszubildende, Rentner*innen und Personen, die auf Sozialleistungen angewiesen sind,
1609 ausreichend vor den Auswirkungen der Preis-Explosionen zu schützen. Deshalb setzen
1610 wir uns für weitere Entlastungen ein, die insbesondere die Gruppen der jungen
1611 Menschen und der Rentner*innen adressieren, denn diese sind besonders
1612 armutsgefährdet und von den gegenwärtigen Preissteigerungen besonders intensiv
1613 betroffen.

1614 Dazu gehört für uns im Einzelnen:

- 1615 • Die Einführung des Bürgergelds, welches die Situation derjenigen in unserer
1616 Gesellschaft, die auf Sozialleistungen angewiesen sind, substanziell verbessern
1617 muss.
- 1618 • Neben der Abschaffung der Sanktionen muss die Ampelkoalition deswegen
1619 grundlegend die Regelsätze der Sozialhilfe, Grundsicherung und der Leistungen
1620 nach Asylbewerberleistungsgesetz erhöhen, sodass die Mehrkosten durch die
1621 Inflation vollständig ausgeglichen werden. Die Ungleichbehandlung von
1622 Asylbewerber*innen und Menschen in der Grundsicherung lehnen wir ab,
1623 weswegen eine Angleichung des Leistungsniveaus erfolgen muss. Weiterhin
1624 bedarf es einer substanziellen Erhöhung der realen BAföG-Sätze und eine
1625 Ausweitung des Kreises der Anspruchsberechtigten.
- 1626 • Eine sofortige Abschaffung des von der FDP aufdiktierten und profitorientierten
1627 Tankrabattes. Stattdessen werden die Bürger*innen durch Tankgutscheine
1628 entlastet. Der Bund zahlt einen gesetzlich festgelegten Betrag an die Tankstellen,
1629 der sich an den realen Rohstoffpreisen orientiert. Somit kann es nicht zu
1630 Mitnahmeeffekten durch die Energiekonzerne kommen.

- Die Weiterführung des 9€-Tickets für die bundesweite Nutzung des Nahverkehrs und Preissenkung im Schienenfernverkehr, zu Entlastung der Nutzer*innen und einen positiven Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Mittelfristig streben wir einen ticketlosen ÖPNV an. Auch hier war die Einführung des 9€-Tickets ein erster richtiger Schritt in Richtung einer ernstzunehmenden Mobilitätswende. Die Kommunen müssen dafür entsprechende Refinanzierung durch Bund und Länder erhalten.

Das soziale Klimageld

Eine zentrale Rolle zur nachhaltigen und strukturellen Entlastung der Bürger*innen von den höheren Energiekosten spielt für uns die Einführung des sozialen Klimagelds. Dabei schließen wir uns den Vorschlägen von Hubertus Heil ausdrücklich an. Das soziale Klimageld muss die dauerhaft zu erwartenden Kostensteigerungen durch den notwendigen Umstieg auf erneuerbare Energien ausgleichen. Diese werden durch den verbrecherischen, russischen Überfall auf die Ukraine und die damit einhergehenden Verwerfungen auf den Energiemärkten zusätzlich verstärkt. Dabei gilt es zu berücksichtigen, dass einkommensschwächere Haushalte einerseits weniger CO₂ verursachen, andererseits verhältnismäßig stärker von den Mehrbelastungen durch höhere Energiepreise betroffen sind. Deswegen muss das Klimageld sozial gestaffelt werden.

Ziel bei der Ausgestaltung des Energiegelds sollte es sein, eine doppelte Umverteilungswirkung zu erreichen. Einerseits, indem bereits die Belastungen reicherer Haushalte mit höherer CO₂-Produktion höher ist als einkommensschwächerer Haushalte und andererseits indem einkommensschwache Haushalte durch höhere Auszahlungen stärker vom Klimageld profitieren. Das Klimageld soll dabei auch Transferempfänger*innen zugutekommen.

Das Klimageld muss sich in der Höhe mindestens an den durchschnittlich zu erwartenden Mehrbelastungen für Haushalte jeweiliger Größe orientieren und muss im

1659 Durchschnitt diese bei einer Überkompensation für ärmere Haushalte und einer
1660 Unterkompensation für reichere Haushalte die zusätzlichen Belastungen ausgleichen.

1661 Das Klimageld sollte spätestens bis zum ersten Quartal 2023 umgesetzt werden,
1662 andernfalls braucht es weitere kurzfristige Entlastungsmaßnahmen zur Überbrückung.

1663 Wir wollen politisch das klare Zeichen setzen, dass die notwendige Energiewende nicht
1664 auf Kosten von Menschen mit kleinen und mittleren Einkommen geht, sondern sogar
1665 mit Realeinkommenszugewinnen verbunden sein kann. Klimapolitik und Sozialpolitik
1666 gehen für uns Hand in Hand. Nur so kann die sozialökologische Transformation gestaltet
1667 werden.

1668

1669 Ein krisenresilientes Gesundheitssystem

1670 Die Corona-Pandemie führte uns vor Augen, dass das ohnehin stark überlastete
1671 Gesundheitssystem im Bund und Mecklenburg-Vorpommern in gewissen Situationen
1672 zusammenbrechen kann. Vor allem die Pfleger*innen standen dabei im besonderen
1673 Fokus. Es muss endlich einen flächendeckenden Tarifvertrag für Krankenhäuser und
1674 Pflegeheime geben. Dadurch wird auch eine Attraktivität des Berufs geschaffen, die dem
1675 Fachkräftemangel entgegenwirkt. Die Menschen verdienen einen besseren Lohn und
1676 bessere Arbeitsbedingungen, zum Beispiel einen menschenwürdigen
1677 Versorgungsschlüssel. Nur klatschen reicht nicht!

1678 Neben dem Tarifvertrag muss es eine verbesserte Ausstattung des materiellen und
1679 organisatorischen Unterbau des Gesundheitssystems geben. Um einer ähnlichen
1680 Aufgabe wie der Corona-Pandemie zu begegnen, braucht es Vorbereitungen, die eine
1681 ähnlich fatale Entwicklungen verhindern. Dazu müssen mehr Krankenhäuser in die
1682 öffentliche Hand. Nur so kann eine menschengerechte Versorgung, die nicht auf die auf
1683 Profitmaximierung basiert, sichergestellt werden. Dazu muss es auch eine Offensive in
1684 der digitalen Infrastruktur geben. Sie kann bei zielgerichteter, verhältnismäßiger und
1685 verantwortungsbewusster Nutzung dazu beitragen Arbeitsprozesse zu beschleunigen
1686 und die Fachkräfte von Arbeit zu Entlasten.

1687 Neben diesen strukturellen Problemen haben wir mit der Trennung von gesetzlichen-
1688 und privatversicherten Menschen immer noch ein großes Gerechtigkeitsproblem im
1689 Gesundheitssystem. Hier wird nicht nach der Dringlichkeit oder Größe des Problem
1690 entschieden, sondern wie viel Profit solche Leistungen erbringen. Während
1691 Kassenpatient*innen auf ihre Untersuchung warten, sind viele Privatpatient*innen
1692 überversorgt. Unser Ziel bleibt die Abschaffung der Zwei-Klassen-Medizin und die
1693 Einführung einer Bürger*innenversicherung, um eine gerechte Gesundheitsversorgung
1694 zu gewährleisten.

1695

1696 Die Finanzierungsseite in den Blick nehmen

1697 Ein handlungsfähiger Staat braucht eine ausreichende Finanzierung. Nachdem in den
1698 letzten Jahrzehnten die Reichsten 10% massive Vermögenszuwächse erfahren haben
1699 und Kapitaleinkommen in unserem Steuersystem derzeit massiv gegenüber
1700 Arbeitseinkommen bevorzugt wird, ist es notwendig, wieder die Verteilungsfrage zu
1701 stellen und insbesondere die stark gewachsenen Vermögen der letzten Jahre in den Blick
1702 zu nehmen.

1703

1704 Vermögensumverteilung

1705 Nicht zuletzt durch die notwendigen Tilgungen der im Rahmen der Sondervermögen
1706 aufgenommenen Mehrverschuldung, werden zukünftige Haushalte stark belastet.
1707 Diese Mehrbelastungen dürfen auch zukünftig nicht zu Lasten des Gesamthaushalts
1708 gehen. Es wird endlich Zeit, diejenigen, die in den letzten Jahren unter anderem auch an
1709 den politischen und gesellschaftlichen Krisen finanziell enorm profitiert haben, an den
1710 Kosten zu beteiligen. Dafür fordern wir die stärkere Heranziehung von Vermögen und
1711 Kapitaleinkünften durch im Einzelnen folgende Maßnahmen:

- 1712 • Die Einführung einer Übergewinnsteuer nach internationalem Vorbild zum
1713 Abschöpfen von Gewinnen bei Unternehmen, die übermäßig starke Gewinne
1714 durch Kriseneffekte gemacht haben.
- 1715 • Eine progressive Vermögensbesteuerung, die auf Vermögen / Erbschaften in
1716 Millionenhöhe abzielt
- 1717 • Die Abschaffung der Ausnahmen für Unternehmenserb*innen bei der
1718 Erbschaftssteuer
- 1719 • Die Abschaffung der Abgeltungssteuer und eine Besteuerung von
1720 Kapitaleinkommen mit den gleichen progressiven Steuersätzen wie
1721 Erwerbseinkommen

1722

1723 Abschaffung der Schuldenbremse

1724 Nicht zuletzt das Sondervermögen führt die Schuldenbremse ad absurdum. Sowohl das
1725 Sondervermögen für die Bundeswehr als auch der Transformationsfonds sind indirekte
1726 Eingeständnisse, dass die Zukunftsaufgaben nicht bei gleichzeitigem Beibehalten der
1727 Schuldenbremse zu erreichen sind. In Krisenzeiten und -situationen, wie beispielsweise
1728 während der Ahrtal-Flutkatastrophe im Sommer letzten Jahres muss die kurzfristige
1729 Handlungsfähigkeit des Staates sichergestellt sein. Haushalte können wirtschaftliche,
1730 diplomatische, oder vermehrt auftretende Umweltkatastrophen nicht präzise erahnen
1731 und die notwendigen Gelder bereitstellen. Die Möglichkeit von Neuverschuldung ist
1732 deswegen ein wichtiges Instrument in der effektiven, schnellen und zielgenauen
1733 Krisenbekämpfung. Diese ist deutlich unbürokratischer einsetzbar als die zuletzt als
1734 Alternative verwendete Variante eines Sondervermögens.

1735 Es steht zu erwarten, dass Küstenländer, wie MV, die deutlichsten Verliererländer des
1736 Klimawandels sein werden. Gleichzeitig könnten wir mitunter am meisten von einer
1737 Energiewende profitieren. Unsere Gesellschaft steht damit vor zwangsläufigen
1738 Transformationsprozessen. Um die wirtschaftliche Existenz der Bürger*innen unseres

1739 Landes langfristig zu sichern, müssen diese Prozesse erfolgreich gestaltet werden. Dies
1740 gelingt nur dann, wenn der Staat die hierbei entstehenden Kosten auffängt.

1741 Während der Bund mit Sondervermögen und Kreditermächtigungen für bundeseigene
1742 Unternehmen versucht die Schuldenbremse zu umgehen, wo er nur kann, werden die
1743 Länder und insbesondere die Kommunen bei kaum bestehenden Möglichkeiten der
1744 Umgehung belastet. Allein der Deutsche Städtetag beklagt, dass ein
1745 Investitionsrückstand von ca. 150 Mrd. € vorhanden sei.

1746 Die Schuldenbremse war von Anfang an eine Investitionsbremse. Ausgeglichene
1747 Haushalte der letzten Jahre wurden erkaufte durch Sanierungsstau an der öffentlichen
1748 und sozialen Infrastruktur. Der schwarzen Null stehen marode Brücken, kaputte Schulen
1749 und geschlossene Schwimmbäder gegenüber. Derartige Realschulden werden im
1750 Haushalt des Bundes nicht erfasst, belasten aber de facto die Bürger*innen erheblich.

1751 Standortfaktoren, wie beispielsweise eine angemessene Anbindung an Infrastruktur
1752 und Lieferketten obliegen der Pflege durch die Allgemeinheit. Ohne die notwendigen
1753 Investitionen in den Erhalt und Ausbau von Verkehrs-, aber eben auch Energie- und
1754 Dateninfrastruktur, verlieren Wirtschaftsstandorte in Deutschland und MV ihre
1755 Wettbewerbsfähigkeit und Unternehmen und Wirtschaftskraft wandern ab. Dies
1756 hinterlässt einen Einbruch an Steuereinnahmen, der wiederum dazu führt, dass noch
1757 weniger investiert werden kann. Die Abschaffung der Schuldenbremse durchbricht
1758 diesen Kreislauf, wodurch langfristig das Vertrauen in die Volkswirtschaft gestärkt wird!

1759 Auch die Lebensqualität eines Landes senkt sich, wenn Investitionen in staatliche
1760 Strukturen ausbleiben. Die Verfügbarkeit von Schulen, KiTas, Gesundheitsvorsorge,
1761 Kulturangeboten, sowie Mobilität sind Faktoren, die entscheiden, ob Menschen an
1762 einem Ort leben wollen. Dort wo zu wenig investiert wird, wandern Menschen ab. Wir
1763 wollen MV langfristig stärken und für die Zukunft stark aufstellen. Das geht nicht ohne
1764 Investitionen und ohne präzise Neuverschuldung.

1765 Perspektivisch fordern wir deshalb die vollständige Abschaffung der Schuldenbremse
1766 und kurzfristig die vorübergehende Aussetzung über 2022 hinaus, damit dringend

1767 notwendige Investitionen im Bildungsbereich, Wohnraum, Verkehrswende,
1768 Digitalisierung, Klimaschutz und die soziale und öffentliche Daseinsvorsorge - in die
1769 Zukunft, der von den schuldenbelasteten Generationen, getätigt werden können. Die
1770 Schuldenbremse muss vollständig aus dem Grundgesetz und aus der Verfassung des
1771 Landes Mecklenburg-Vorpommern gestrichen werden, um die finanzielle
1772 Handlungsfähigkeit des Bundes, der Länder und damit auch der Kommunen wieder
1773 herzustellen und erhebliche Kürzungen der Sozialausgaben und Investitionsmittel in
1774 zukünftigen Haushalten zu vermeiden. Ebenso müssen die Austeritätsvorschriften im
1775 europäischen Stabilitätsmechanismus gestrichen werden. Die Generation
1776 Schuldenbremse zieht uns immer tiefer in die Schuldenfalle.

1777 Die aktuelle Zeit macht nicht nur eine sicherheitspolitische Zeitenwende, sondern auch
1778 eine Sozialpolitische erforderlich. Nur eine glaubwürdige soziale Handschrift kann den
1779 gesellschaftlichen Frieden dauerhaft bewahren.

1780 Z5 Massentierhaltung abschaffen!

1781

1782 Einleitung:

1783 Unter Massentierhaltung wird die massenhafte Haltung von sog. Nutztieren unter
1784 beengten, für die Tiere stark belastenden und nicht artgerechten Umständen
1785 verstanden.

1786 Ziel dieser Haltungsform ist es, mit möglichst geringem finanziellem Aufwand und dem
1787 größtmöglichen Gewinn die Nachfrage nach tierischen Produkten zu decken.

1788

1789 Ereignisse aus der Region, wie der Brand der Schweinemastanlage in Alt Tellin (mehrere
1790 10.000 tote Tiere) oder der Ausbruch der Afrikanischen Schweinepest in einem
1791 Mastbetrieb bei Rostock, bei dem erst kürzlich über 4.000 Schweine getötet werden
1792 mussten, zeigen immer wieder, welche Risiken bestehen, wenn massenhaft Tiere auf
1793 engstem Raum, zusammengepfercht gehalten werden.

1794 Die Entwicklung der Betriebe der letzten 20 Jahre ist alarmierend: Während die Zahl der
1795 Betriebe kontinuierlich gesunken ist, ist die Produktion zeitgleich stark angestiegen. Dies
1796 ist auf Großbetriebe mit z.T. Über 50.000 Schweinen, 100.000 Hühnern oder 1.000
1797 Milchkühen zurückzuführen. Dies wirkt sich direkt auf unser Klima aus, denn die
1798 Massentierhaltung und auch die damit verknüpften Produktionsbetriebe tragen
1799 signifikant zu den Emissionen von Treibhausgasen bei. Hierbei wird nicht nur CO₂
1800 ausgestoßen, sondern auch Methan, welches als noch klimaschädlicher gilt als
1801 Kohlenstoffdioxid.

1802

1803 1. Räumlichkeiten / Ställe

1804 In den Ställen der konventionellen Tierhaltungsbetrieben herrscht akuter
1805 Platzmangel. Die Tiere stehen dicht gedrängt, können sich teilweise noch nicht

1806 einmal umdrehen, was sie in ihrem natürlichen Verhalten einschränkt. So ist
1807 (gegenseitige) Körperpflege nicht möglich. Daraus resultieren enormer Stress und
1808 katastrophale hygienische Zustände, welche eine Gefahr für die Tiere, aber auch
1809 die dort arbeitenden Menschen darstellt.

1810 Die Lösung kann jedoch nicht sein, dass die einzelnen Betriebe immer größer
1811 werden. Hier braucht es dringend strengere artspezifische Regulierungen
1812 bezüglich der Gruppen- und Stallgrößen.

1813

1814 Auch separate Rückzugsmöglichkeiten oder Freilauf sind häufig nicht vorhanden,
1815 sodass die Tiere an ein und demselben Ort fressen, schlafen und sich erleichtern
1816 müssen. Dies spiegelt in keinsten Weise das instinktive Verhalten der Tiere wider.

1817

1818 Die Böden der Ställe sind meist betonierte und mit Spalten versehen, um sie
1819 leichter und effizienter reinigen zu können. Dieser harte Untergrund führt bei den
1820 Tieren jedoch zu massiven Gelenkproblemen.

1821 Die krankheitserregenden Schadgase unter den Spalten, die durch die
1822 Exkremente entstehen, führen bei den Tieren in derartiger Haltung zu
1823 Atemwegsproblemen. Meist stehen Masttiere in ihren eigenen Fäkalien, weil
1824 eben nicht alles einfach durch die Spalten fällt. Eigentlich sind weiche Morast,
1825 Wiesen oder Waldboden Teil des natürlichen Lebensraums von Rind, Huhn,
1826 Schwein & co. Wegen diesen problematischen Umständen bedarf es mindestens
1827 einer Haltung auf Einstreu, ideal wäre hier jedoch ein Mix aus unterschiedlichen
1828 Untergründen, zwischen denen sich die Tiere frei bewegen.

1829

1830 Auch die Haltung von Zuchtsauen in Kastenständen, in denen die Tiere einen
1831 Großteil ihres Lebens in körpergroßen Käfigen verbringen in fast durchgehend
1832 trächtig sind, ist abzulehnen. Gleiches gilt für Milchkühe, welche oft in

1833 Anbindehaltung gehalten werden, wodurch sie massiv in ihrer
1834 Bewegungsfähigkeit eingeschränkt sind.

1835 Um die Kosten für angestrebte Transformationen zu deckeln, brauchen kleine
1836 landwirtschaftliche Betrieb finanzielle Förderung
1837 vom Bund für den Um- und Ausbau der Stallanlagen.

1838

1839 Daher fordern wir:

- 1840 • eine tierartspezifische, deutliche Verkleinerung der maximalen
- 1841 Gruppengröße
- 1842 • eine Obergrenze für die maximal zulässige Stallfläche
- 1843 • die Pflicht den Tieren Auslauf im Freien zu ermöglichen
- 1844 • das konsequente Verbot von Kastenställen & Anbindehaltung die Haltung
- 1845 von Tieren auf ergonomischen & natürlichen Untergründen
- 1846 • Förderung von kleinen Betrieben für einen tiergerechten Stallumbau

1847

1848

1849 2. Verhalten

1850 In Massentierhaltungsbetrieben ist es den Tieren nicht möglich ihren natürlichen
1851 Verhaltensmustern nachzugehen. Auf engstem Raum zusammengepfercht, ohne
1852 Rückzugsmöglichkeiten bleibt kein Platz für individuelle Entfaltung.

1853 Hühner sind neugierig, erkunden ihre Umwelt, picken, scharren, baden im Sand;
1854 Schweine suhlen sich, sind hochsozial, und verrichten ihr Geschäft niemals dort,
1855 wo sie fressen oder schlafen und Rinder haben Freunde in ihrer Herde, grasen
1856 gern den ganzen Tag.

1857 Es bilden sich aufgrund der nicht artgerechten Haltung und des erheblichen Platz-
1858 und damit verbundenen Bewegungsmangels sehr häufig ausgeprägte

1859 Verhaltensstörungen. Die Tiere fügen sich selbst und Artgenossen zum Teil
1860 massive Verletzungen zu bis hin zum Kannibalismus.

1861 Um Verletzungen durch Artgenossen zu vermeiden, werden Rinder enthornt,
1862 Hühnern die Schnäbel gekürzt und Schweinen der Schwanz kupiert. Auch, wenn
1863 diese Maßnahmen z.T. bereits verboten sind (Schwänze kupieren bei Schweinen
1864 – seit 1991 durch EU-Recht verboten), sind sie durch Ausnahmeregelungen
1865 dennoch gängige Praxis in der Massentierhaltung. In der Regel geschehen diese
1866 Eingriffe bei vollem Bewusstsein, ohne Betäubung. Alle diese Maßnahmen
1867 ziehen jedoch weitreichende Folgen für die Tiere nach sich. Sie können nicht mehr
1868 richtig miteinander kommunizieren, oder die Nahrungsaufnahme ist erschwert.
1869 Hinzu kommen außerdem gesundheitliche Probleme, wie z.B. Entzündungen.

1870 Die Ställe sind zudem oft abgeschottet vom Tageslicht und entziehen den Tieren
1871 damit einen natürlichen Tag-Nachtrythmus. Viele Tiere aus Massentierhaltung
1872 haben bis zu ihrem traurigen Ende nicht ein einziges Mal frische Luft geatmet
1873 oder die Sonne gesehen.

1874

1875 Daher fordern wir:

- 1876 • höhere Mindeststandards an die tierbezogenen Haltungsbedingungen
- 1877 • ein generelles Verbot von Schnabelkürzen, Enthornungen oder
- 1878 Schwanzkupieren
- 1879 • Beschäftigungsmaterial und Ermöglichung des Nachgehens natürlicher
- 1880 Verhaltensmuster und des Sozialverhaltens zur Minimierung von
- 1881 haltungsbedingten Verhaltensstörungen
- 1882 • die Schaffung von Rückzugsmöglichkeiten
- 1883 • Zugang zu natürlichem Tageslicht und frischer Luft durch Freilauf

1884

1885

1886 3. Lebensdauer und Entwicklung

1887 Tiere in der Massentierhaltung erreichen bei weitem nicht ihre natürliche
1888 Lebensdauer. Ein Huhn kann 5-7 Jahre alt werden, eine Legehenne wird hingegen
1889 nur 1,5 Jahre alt, bevor sie nicht mehr profitabel genug ist und geschlachtet wird.
1890 Bei Schweinen liegt die natürliche Lebenserwartung bei bis zu 10 Jahren, das
1891 Leben eines Mastschweines endet nach nicht einmal einem Jahr. Rinder können
1892 ein Alter von bis zu 25 Jahren erreichen, wohingegen eine Milchkuh knapp 5,5
1893 Jahre alt wird, bevor auch sie nicht mehr genug Milch gibt und geschlachtet wird.
1894 Zudem werden die Tiere nach bestimmten Merkmalen und unter dem
1895 Gesichtspunkt der Gewinnmaximierung immer weiter zu sog.
1896 Hochleistungstieren gezüchtet. Damit gehen logischerweise züchtungsbedingte
1897 Fehlbildungen einher, unter denen die Tiere massiv leiden.

1898 Um möglichst schnell profitabel zu sein werden die Tiere mit Kraftfutter
1899 gefüttert, womit erreicht werden soll, dass sie möglichst schnell ihr
1900 Schlachtgewicht erreichen. Die Tiere nehmen überproportional schnell zu, dies
1901 führt zu Knochen- und Organschäden und damit verbunden erheblichen
1902 Schmerzen und Beeinträchtigungen des Bewegungsapparates. Dies ist unnötiges
1903 Leid, welches es zu vermeiden gilt.

1904

1905 Daher fordern wir:

- 1906 • den Tieren ein langsames, angemessenes Wachstum ermöglichen,
1907 welches nicht mit zusätzlichen Qualen einher geht und ihrer natürlichen
1908 Entwicklung entspricht
- 1909 • Tiere nicht mehr auf reine Profitabilität zu züchten
- 1910 • die Einstufung von Hochleistungstieren zur Lebensmittelproduktion, wie
1911 z.B. „Hybridlegehennen“, „Hybridmasthähnchen“, „Turbokühe“, „Piétrain
1912 Schweine“ ..., als Qualzucht

1913 • keine Ausnahmeregelung mehr für sog. Nutztiere im Tierschutzgesetz

1914

1915

1916 4. Futtermittelproduktion

1917 Die Futtermittelproduktion für die Massentierhaltung ist ein wesentlicher Teil der
1918 Landwirtschaft, ca. 60% des geernteten Getreides innerhalb der EU wird zu
1919 Futtermittel verarbeitet. Für die Futtermittelproduktion werden vor allem
1920 Getreide wie Mais und Hafer aber auch Raps und Soja verwendet.

1921 Das Mastfutter besteht häufig zu einem Großteil aus gentechnisch verändertem
1922 Soja, welcher hauptsächlich aus Südamerika stammt und hier durch Brandrodung
1923 für die flächenhafte Zerstörung des Amazonas Regenwaldes verantwortlich ist.
1924 Dazu kommt die schlechte Ökobilanz durch die langen Transportwege.

1925

1926 Daher fordern wir:

1927 • eine Quote für die Produktion von Futtermitteln in Abhängigkeit vom
1928 Ernteertrag

1929 • ein Verbot von Futtermitteln, welche Soja aus dem Amazonasgebiet
1930 enthalten, bzw. ein Importverbot von Soja aus dem Amazonasgebiet

1931

1932

1933 5. Tiertransporte

1934 Die Transportfrage ist für das Wohlbefinden der Tiere und die Auswirkungen auf
1935 das Klima von hoher Bedeutung. Vor allem die Transportdauer spielt dabei eine
1936 große Rolle. In Deutschland ist diese auf maximal 8 h begrenzt. Auf EU-Ebene ist
1937 das Gesetz dahingehend noch deutlich lockerer. Doch auch in Deutschland sind
1938 deutlich längere Fahrten aufgrund von Ausnahmeregelungen und
1939 internationalen Transporten keine Seltenheit.

1940 Die Tiere sind dabei hohem Stress ausgesetzt und erkranken nach Transporten
1941 häufig wegen mangelndem Schutz vor schlechten Witterungsbedingungen. Für
1942 genügend Sicherheit ist in den Transportmitteln selten gesorgt. Durch
1943 zusätzlichen Platzmangel verletzen sich Tiere häufig an Schnitt- oder
1944 Quetschverletzungen oder verletzen sich gegenseitig, da sich oft fremde Tiere auf
1945 engstem Raum ohne Rückzugsmöglichkeiten befinden. Diese Zustände sind für
1946 uns nicht haltbar.

1947

1948 Daher fordern wir:

- 1949 • eine maximale Fahrtzeit von 4 h ohne mögliche Sondergenehmigungen
- 1950 • ein Verbot für den Tiertransport ab einer Außentemperatur von 30 °C für
1951 nicht klimatisierte Transportmittel
- 1952 • dass die Tiere in den Transportmitteln mehr Platz haben, von den äußeren
1953 Witterungsverhältnisse geschützt sind und die dauerhafte Futter- und
1954 Wasserversorgung gewährleistet wird
- 1955 • einkalkulierte Todesraten bei bestimmten Arten sind unmenschlich und
1956 müssen geahndet werden

1957

1958

1959 6. Tiermedizinische Versorgung

1960 Antibiotika, Mittel gegen Parasiten, Hormone, Psychopharmaka und
1961 Schmerzmittel werden

1962 in der Massentierhaltung täglich massenhaft eingesetzt. Dies hat auch für uns
1963 Menschen

1964 schwerwiegende Folgen. Denn oft werden den Tieren prophylaktisch Antibiotika
1965 verabreicht.

1966 Das führt zur Begünstigung multiresistenter Keime, die auch für uns Menschen
1967 gefährlich sein können. Bei bakteriellen Krankheiten schlagen bestimmte
1968 Antibiotika möglicherweise dann nicht mehr an. Der Grund für diese
1969 Übernutzung von Antibiotika in der Massentierhaltung ist schlichtweg
1970 Profitmaximierung. Da die Tiere auf so engem Raum gehalten werden, können
1971 Krankheiten sehr schnell ausbrechen.

1972 Es ist für die Unternehmen profitabler das Tier der Haltungsform anzupassen, als
1973 die Haltungsform dem Tier anzupassen. Auch wenn die Menge der jährlich an
1974 Tierärzt*innen abgegebenen Antibiotika nun kontinuierlich sinkt, steigt die
1975 Menge an Reserveantibiotika, die an Tierärzt*innen abgegeben werden, an. Diese
1976 sind jedoch als Notfallmedikamente für Menschen bestimmt. Durch einen
1977 unkontrollierten Einsatz der Reserveantibiotika in der Massentierhaltung ist
1978 deren weitere Wirksamkeit gefährdet.

1979 In der gesundheitlichen Versorgung in der Tierhaltung muss sich einiges ändern.
1980 Mittelfristig muss das Ziel sein die Massentierhaltung abzuschaffen. Denn mehr
1981 Platz und artgerechte Haltung sorgt für weniger Krankheitsausbrüche bei den
1982 Tieren und daher auch für weniger Medikamente, die eingesetzt werden müssen.
1983 Kurzfristig gilt es jedoch Maßnahmen umzusetzen und strenger zu kontrollieren,
1984 die die Menge an verabreichten Antibiotika senken.

1985

1986 Daher fordern wir:

- 1987 • die Einführung einer Antibiotikasteuer für Unternehmen
- 1988 • die prophylaktische Antibiotikaabgabe in der Tierzucht auch bei einzelnen
- 1989 • Krankheitsausbrüchen zu verbieten
- 1990 • strengere Kontrollen der Maßnahmen
- 1991 • keinen direkten Verkauf von Antibiotika durch Tierärzt*innen
- 1992 • ein striktes Verbot der Verwendung von Reserveantibiotika in der
- 1993 Tierhaltung

1994

1995

1996 7. Regulierungen und Kontrollen

1997 Das Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) hat im
1998 Einvernehmen mit dem Bundesministerium der Finanzen und aufgrund der
1999 Vielzahl zu beachtender zusätzlicher Vorschriften den grenzüberschreitenden
2000 Transport von Tieren auf bestimmte befugte Zollstellen mit zugeordneten
2001 Grenzkontrollstellen beschränkt.

2002 Die Tiertransporte können durch die zuständigen Behörden (Veterinärbehörden,
2003 Zollbehörden) jederzeit angehalten und kontrolliert werden. Die Erlaubnis gilt
2004 jedoch nur, wenn dies der Vermeidung von Schmerzen, Leiden oder Schäden der
2005 Tiere dient, außer eine dringende Gefahr für die öffentliche Sicherheit oder
2006 Ordnung ist abzuwenden.

2007 Grundsätzlich ist somit ein Synergieeffekt mit den anliegenden Ämtern und
2008 geeignetem Personal gegeben, sofern vorhanden. Das Kontrollieren eines
2009 Tiertransports muss dennoch während einer Kontrolle priorisiert werden, um den
2010 Tieren mögliches Leid durch einen verzögerten Transport zu ersparen.

2011 Nicht nur der Tierquälerei Skandal des Milchviehhofs im schwäbischen Bad
2012 Grönenbach zeigt eindeutig die auch in Veterinärämtern vorhandene
2013 Personalnot und ihre Folgen. Selbst, wenn die offenen Stellen besetzt würden,
2014 überschreitet die Anzahl der Tiere die Kontrollkapazität der Ämter bei weitem.

2015 Tiere, insbesondere solche die in Massentierhaltungsbetrieben gehalten werden
2016 benötigen Betreuung durch den Menschen. Oftmals muss sich jedoch eine sehr
2017 kleine Anzahl Mitarbeiter*innen um eine Vielzahl Tiere kümmern, sodass die
2018 Betreuung des einzelnen Tieres nicht in ausreichendem Maße gewährleistet ist.

2019

2020 Auch wenn bereits für viele Nutztierarten bundeseinheitliche spezifische
2021 Regelungen existieren, gilt dies nicht grundsätzlich. Tierarten sind sehr
2022 verschieden und entsprechend muss auf die Bedürfnisse jeder Art bei der Haltung
2023 spezifisch eingegangen werden. Wir schließen uns der Bundestierärztekammer in
2024 ihrer Forderung nach einer Ausweitung der Tierschutz-
2025 Nutztierhaltungsverordnung für weitere Nutztiere an (z.B.: Puten,
2026 Wassergeflügel usw.). Nichtsdestotrotz müssen auch die bestehenden
2027 Verordnungen überprüft und stärker am Tierwohl ausgerichtet werden.

2028 Bundesminister für Ernährung und Landwirtschaft, Cem Özdemir, hat vor kurzem
2029 die Eckpunkte des Tierhaltungskennzeichnungsgesetzes vorgestellt. Nicht nur,
2030 dass die Kennzeichnung vorerst nur Schweine betreffen soll, auch in nahezu
2031 jedem anderen Punkt bleibt der Vorschlag, im Sinne des Tierwohls- und
2032 Tierschutzes, hinter den Erwartungen zurück. Wir teilen die breite Kritik aus
2033 Tierschutzorganisationen am geplanten Gesetz.

2034 Viele unserer Forderungen, wie das Ende der Anbindehaltung für Rinder,
2035 unnötige Amputationen und Qualzuchten sind bereits per Tierschutzgesetz
2036 verboten. Jedoch bedarf es tierartspezifischer Tierschutz-Nutztierverordnungen,
2037 um diese Verbote vollzugsfähig zu machen.

2038

2039 Daher fordern wir:

- 2040 • eine Priorisierung von Kontrollen von Tiertransporten während einer Zoll
2041 Kontrolle.
- 2042 • eine Steigerung der Attraktivität der Arbeitsbedingungen in
2043 Veterinärbehörden, um die bereits offenen Stellen schnellstmöglich zu
2044 besetzen, sowie die Erhöhung der Personaldecke in Veterinärämtern, um
2045 die notwendigen Kontrollen zu ermöglichen. Ziel muss ein noch
2046 anzulegender tierartspezifischer Versorgungsschlüssel sein.

- 2047 • einen tierartspezifischen Betreuungsschlüssel durch Mitarbeiter*innen für
- 2048 Nutztiere in landwirtschaftlichen Betrieben.
- 2049 • tierwohlorientierte Änderungen bei den tierartspezifischen Tierschutz-
- 2050 Nutztierverordnungen

2051

2052

2053 Schlusswort:

2054 Um dieser komplexen Thematik begegnen zu können braucht es massive
2055 Veränderungen von allem in unserem Umgang mit Tieren und ihren Bedürfnissen,
2056 deswegen ist an dieser Stelle eine Transformierung der Tierhaltung von Nöten, bei der
2057 höhere Umwelt- und Tierschutzstandards etabliert, Großbetriebe nicht weiter
2058 subventioniert und Anreize für Landwirt*innen geschaffen werden, aus der
2059 Tierproduktion auszusteigen.

2060 Zudem muss die steuerliche Privilegierung tierischer Lebensmittel enden.

2061 Die Bedingungen der Tierproduktion in Deutschland müssen sich nicht nur um der Tiere
2062 Willen schnell drastisch verbessern. Mittelfristig muss die Massentierhaltung jedoch
2063 gänzlich abgeschafft werden, da sie eine massive Belastung für das Klima darstellt. Das
2064 langfristige Ziel sollte dabei aber dennoch sein, die ausbeuterische Nutzung von Tieren
2065 perspektivisch komplett zu überwinden.

2066 Z6 Nächster Halt: Mobilitätswende – Die Weiterführung des 9-Euro- 2067 Tickets

2068

2069 Die zeitlich begrenzte Einführung des 9-Euro-Tickets im Zuge des Entlastungspaketes
2070 2022 hat zwei Sachen klar gezeigt:

- 2071 1. Die Menschen sind bereit für die Mobilitätswende und steigen gerne auf
2072 öffentliche Verkehrsmittel im Nah- und Regionalverkehr um, wenn dazu
2073 passende Anreize geschaffen werden.
- 2074 2. Die Kapazitäten, sowie das Bahnnetz werden dieser Nachfrage jedoch nicht
2075 gerecht.

2076 Für uns ist dadurch klar, dass die Menschen die Mobilitätswende mitmachen wollen. Das
2077 9-Euro-Ticket kam zur richtigen Zeit und es wäre nur richtig, dieses übergangsweise
2078 fortzuführen. Die Notwendigkeit der Mobilitätswende ergibt sich unmittelbar aus den
2079 Folgen des Klimawandels, welche schon jetzt immer drastischer auch bei uns zu spüren
2080 sind. Hier ist es unsere Verantwortung mit guten Ideen und Beispielen voranzugehen.
2081 Ein nachhaltiger, gut ausgebauter, verlässlicher ÖPNV ist hierbei einer der Grundlagen
2082 für das Gelingen dieser Wende.

2083 Des Weiteren muss das Angebot der Bahn weiter ausgebaut werden, sodass die
2084 Attraktivität langfristig steigt und für die Mehrheit der Menschen eine echte Alternative
2085 zum Individualverkehr darstellt.

2086

2087 Daher fordern wir:

- 2088 • Die übergangsweise Weiterführung des 9-Euro-Tickets für den öffentlichen Nah-
2089 und Regionalverkehr, mindestens aber die Einführung eines 365-Euro-Tickets bis
2090 zur Einführung eines kostenlosen öffentlichen Nahverkehrs.

- 2091 • Einen Ausbau des Bahnnetzes sowie der Kapazitäten des Nah- und
2092 Regionalverkehrs, der der hohen Nachfrage gerecht wird

2093	Geschäftsordnung
2094	30. ordentlichen Juso-Landeskonferenz am 2. und 3. Juli in Rostock.
2095	
2096	I. Stimm- und Rederecht
2097	(1) Stimmberechtigt sind alle von den Kreisvollversammlungen gemäß Einberufung
2098	gewählten Delegierten. Ist ein*e Delegierte*r nicht anwesend, so kann ein*e
2099	Ersatzdelegierte*r nachrücken, wenn dabei die Bestimmungen der Richtlinien des Juso-
2100	Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern eingehalten werden.
2101	(2) Rederecht haben auf der Landeskonferenz alle anwesenden Jungsozialistinnen und
2102	Jungsozialisten des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern.
2103	II. Beschlussfähigkeit
2104	(1) Die Landeskonferenz ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der in den
2105	Kreisverbänden gewählten Delegierten anwesend sind.
2106	(2) Die Beschlussfähigkeit gilt während der Landeskonferenz so lange als gegeben, bis
2107	sie auf Antrag einer*s Delegierten überprüft wird. Nicht abgemeldete Delegierte gelten
2108	als anwesende Delegierte.
2109	(3) Im Falle einer Nichtbeschlussfähigkeit entscheidet das Präsidium über
2110	a) die Unterbrechung der Landeskonferenz,
2111	b) die Vertagung der Landeskonferenz oder einzelner Tagesordnungspunkte
2112	oder
2113	c) die vorzeitige Beendigung der Landeskonferenz.
2114	III. Konstituierung
2115	Die Landeskonferenz beschließt eine Geschäftsordnung, eine Tagesordnung und wählt
2116	eine Mandatsprüfungs- und Zählkommission sowie ein Präsidium.
2117	IV. Mandatsprüfungs- und Zählkommission
2118	(1) Die Kreisverbände dürfen eine Person pro Kreisverband in die Mandatsprüfungs-
2119	und Zähl-kommission schicken. Die Kommission muss aber quotiert sein.
2120	(2) Die Mandatsprüfungs- und Zählkommission wählt sich intern eine*n Sprecher*in.
2121	(3) Die Mandatsprüfungs- und Zählkommission erstattet nach erfolgter
2122	Mandatsprüfung Bericht vor der Landeskonferenz.
2123	V. Präsidium
2124	(1) Das Präsidium der Landeskonferenz setzt sich aus mindestens drei Personen
2125	zusammen, die nicht zwingend Delegierte sein müssen.

- 2126 (2) Ein Mitglied des Präsidiums leitet die Landeskonzferenz.
- 2127 (3) Kandidiert ein Mitglied des Präsidiums für die auf der Landeskonzferenz
2128 anstehenden Wahlen, so muss die Leitung des entsprechenden Tagesordnungspunktes
2129 an ein Mitglied des Präsidiums übergeben werden, das nicht kandidiert. Es besteht
2130 darüber hinaus die Möglichkeit, für diesen Tagesordnungspunkt zusätzliche Mitglieder
2131 in das Präsidium zu wählen.
- 2132 (4) Das Präsidium ist während der gesamten Landeskonzferenz auf Antrag einer*s
2133 Delegierten mit einfacher Mehrheit abwählbar.
- 2134 VI. Beschlüsse
- 2135 (1) Wenn die Richtlinien des Juso-Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern oder
2136 diese Geschäftsordnung nichts anderes aussagen, werden Beschlüsse der
2137 Landeskonzferenz mit einfacher Mehrheit gefasst, d.h. zur Annahme eines Antrages sind
2138 mehr Ja-als Nein-Stimmen erforderlich. Andernfalls gilt der Antrag als abgelehnt.
- 2139 (2) Auf Antrag kann jeder Kreisverband einmal pro Landeskonzferenz eine
2140 Kreisverbandsweise Auszählung verlangen.
- 2141 VII. Redezeit
- 2142 Die Redezeit beträgt fünf Minuten. Über Ausnahmen entscheidet das Präsidium.
2143 Antragsteller*innen kann eine längere Redezeit eingeräumt werden.
- 2144 VIII. Redeliste
- 2145 (1) Die Redeliste auf der Landeskonzferenz ist quotiert. Während der Debatte werden
2146 eine weibliche und eine männliche Redeliste erstellt. Frauen und Männer erhalten
2147 abwechselnd in der Reihenfolge ihrer Meldung das Wort. Steht nach dem Redebeitrag
2148 eines Mannes keine Frau auf der Redeliste, ist die Debatte beendet. Es kann ein
2149 Geschäftsordnungsantrag auf Fortführung gestellt werden. Die Gegenrede einer Frau
2150 gegen diesen Geschäftsordnungsantrag hat Vorrang.
- 2151 (2) Findet der Antrag auf Fortsetzung der Debatte die Mehrheit oder erfolgt keine
2152 Gegenrede, wird die Debatte fortgeführt. Steht nach dem Redebeitrag eines Mannes
2153 keine Frau auf der Redeliste, ist die Debatte dann beendet, wenn seit dem letzten
2154 Antrag auf Fortsetzung der Debatte drei Redner das Wort hatten.
- 2155 (3) Hat seit der letzten Fortsetzung der Debatte keine Frau in der Debatte gesprochen,
2156 sind in der Abstimmung über einen Antrag auf abermalige Fortführung nur die
2157 weiblichen Delegierten stimmberechtigt.
- 2158 (4) Die Wortmeldung einer Frau führt die Debatte normal fort, eine Verlängerung um
2159 drei Redner findet nicht statt.
- 2160 IX. Anträge
- 2161 (1) Anträge werden in der Reihenfolge ihrer Nummerierung in den Antragsunterlagen
2162 behandelt. Über Ausnahmen entscheidet die Landeskonzferenz.

- 2163 (2) Änderungsanträge zu den fristgemäß eingegangenen Anträgen müssen spätestens
2164 zum Ende der jeweiligen Generaldebatte dem Präsidium schriftlich vorliegen
- 2165 (3) Es werden auf der Landeskonzferenz nur Anträge behandelt, die nach den Vorgaben
2166 des Landesverbandes gegendert sind. Über Ausnahmen kann die Landeskonzferenz auf
2167 Antrag mit Zweidrittelmehrheit entscheiden.
- 2168 (4) Initiativanträge können nur beraten werden, wenn sie spätestens zu Beginn des
2169 entsprechenden Tagesordnungspunktes dem Präsidium schriftlich vorliegen und von
2170 mindestens 2 Kreisverbänden durch Handzeichen unterstützt worden sind.
- 2171 (5) Bei der Antragsberatung erhält zunächst der Antragsteller das Wort. Die Aussprache
2172 wird, so gewünscht, eröffnet. Zwischenfragen können vom Redner zugelassen werden.
2173 Diese müssen als Fragen erkennbar sein und dürfen nicht länger als eine halbe Minute
2174 dauern.
- 2175 (6) Nach der Antragsberatung wird zunächst über die vorliegenden Änderungsanträge
2176 abgestimmt, sofern diese nicht vom Antragsteller übernommen werden. Zum Schluss
2177 wird über den gesamten, eventuell durch angenommene Änderungsanträge
2178 veränderten, Antrag abgestimmt.
- 2179 X. Anträge zur Geschäftsordnung
- 2180 (1) Anträge zur Geschäftsordnung werden mündlich gestellt.
2181 Geschäftsordnungsanträge sind z.B. Verfahrensfehler, Schluss der Redeliste, Ende der
2182 Debatte.
- 2183 (2) Geschäftsordnungsanträge werden sofort behandelt, jedoch nicht während einer
2184 Rede.
- 2185 (3) Neben dem Antragsteller dürfen maximal je eine*r für und gegen den
2186 Geschäftsordnungsantrag sprechen. Die Redezeit ist in diesem Falle auf maximal zwei
2187 Minuten begrenzt. Im Anschluss daran wird abgestimmt.
- 2188 (4) Wird bei einem Geschäftsordnungsantrag auf eine Gegenrede verzichtet, gilt dieser
2189 Antrag als angenommen.
- 2190 (5) Eine formale Gegenrede ist möglich.
- 2191 (6) Bei Antrag auf Ende der Debatte werden die noch auf der Redeliste stehenden
2192 Redner*innen nicht mehr berücksichtigt.
- 2193 (7) Bei Antrag auf Schluss der Redeliste muss diese vor der Abstimmung verlesen
2194 werden.
- 2195 (8) Jeder Kreisverband hat einmal pro Landeskonzferenz das Recht, eine Beratungspause
2196 zu verlangen. Diese sollte fünf Minuten nicht überschreiten. Über Ausnahmefälle
2197 entscheidet das Präsidium.
- 2198 (9) Delegierte können durch Geschäftsordnungsantrag eine Personalaussprache
2199 herbeiführen. Ist der Geschäftsordnungsantrag erfolgreich, so hat das Präsidium dafür

2200 Sorge zu tragen, dass die Medienvertreterinnen und -vertreter sowie alle Gäste den
2201 Tagungsraum verlassen. Die Personalaussprache erfolgt in alphabetischer Reihenfolge
2202 der Nachnamen -das Präsidium kann Wortmeldungen im Block zu einer Person
2203 zulassen. Dabei werden jeweils Rednerlisten zu jeder Kandidatin und jedem Kandidaten
2204 eröffnet und nach Abfrage der Wortmeldungen sofort geschlossen. Die Redezeit
2205 beträgt maximal drei Minuten. Am Ende jedes Ausspracheblocks zu einer Person hat
2206 diese Gelegenheit zur Stellungnahme von fünf Minuten. Im Anschluss an die
2207 Personalaussprache ist die Öffentlichkeit der Landeskonzferenz wieder herzustellen.

2208 XI. Persönliche Erklärungen

2209 Nach Beendigung der Behandlung eines Antrages oder Tagesordnungspunktes sind
2210 persönliche Erklärungen möglich. Diese sind ausschließlich in Bezug auf die
2211 Debattenkultur zulässig und werden nicht kommentiert. Sie sind schriftlich zu Protokoll
2212 zu geben.

2213 XII. Rauch- und Alkoholverbot

2214 Im Plenum dürfen weder geraucht, noch alkoholische Getränke konsumiert werden.

2215 XIII. Schlussbestimmungen

2216 Bei Streitfragen über die Auslegung der Geschäftsordnung entscheidet das Präsidium.

2217 Die Geschäftsordnung wird mit einfacher Mehrheit der anwesenden Delegierten
2218 beschlossen und kann mit 2/3-Mehrheit der anwesenden Delegierten geändert werden.

2219 Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten und Jungsozialistinnen in der
2220 SPD Mecklenburg-Vorpommern
2221

2222 I. Grundsätze

2223 (1) Innerhalb des Landesverbandes Mecklenburg-Vorpommern der Sozialdemokratischen
2224 Partei Deutschlands wird der Landesverband der Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen
2225 und Jungsozialisten in der SPD (Jusos) gebildet. Der Landesverband ist
2226 Landesarbeitsgemeinschaft im Sinne des §20 der Satz des SPD-Landesverbandes Mecklenburg-
2227 Vorpommern.

2228 (2) Aufgaben und Organisation bestimmt sich nach

2229 1. Dem „Organisationsstatut“ der SPD sowie der „Satzung des SPD-Landesverbandes
2230 Mecklenburg-Vorpommern“,

2231 2. Und der „Grundsätze und Richtlinien für die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaften in
2232 der SPD“ sowie der „Richtlinien für die Tätigkeit von Landesarbeitsgemeinschaften,
2233 Projektgruppen und Fachausschüssen im SPD-Landesverband Mecklenburg-
2234 Vorpommern gemäß §§ 20 und 21“.

2235 II. Aufgaben

2236 Die Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD Mecklenburg-
2237 Vorpommern hat folgende Aufgaben:

2238 -Insbesondere innerhalb der Jugend für den demokratischen Sozialismus zu wirken,

2239 -Die Gleichstellung von Männern und Frauen voranzutreiben,

2240 -Die SPD als sozialistischen und feministischen Richtungsverband zu unterstützen,

2241 -Politische Aufklärung besonders unter Jugendlichen zu betreiben,

2242 -Politische Schulungs-, Bildungs- und Informationsarbeit durchzuführen,

2243 -Durch Kontakte mit anderen Jugendverbänden auf regionaler, nationaler und

2244 internationaler Ebene zur Solidarität zwischen Menschen verschiedener Nationalitäten,

2245 ethnischer Gruppen und Kulturen beizutragen

2246 III. Mitgliedschaft

2247 (1) Dem Landesverband gehören alle Mitglieder des SPD-Landesverbandes Mecklenburg-
2248 Vorpommern bis zum Alter von 35 Jahren an.

2249 (2) Weiterhin gehören dem Landesverband alle nach §10a

2250 (3) des Organisationstatuts der SPD in Mecklenburg-Vorpommern aufgenommen Juso-

2251 Unterstützerinnen und Juso–Unterstützer an. Einschränkungen der Mitgliedschaft werden

2252 durch §10a des Organisationstatuts der SPD bestimmt. (3) Über die Aufnahme von Mitgliedern

2253 gemäß (2) entscheidet der Vorstand der untersten vorhandenen Gliederungsebene der

2254 Jungsozialistinnen und Jungsozialisten innerhalb einer Frist von einem Monat nach

2255 Antragsstellung. Lehnt der Vorstand der untersten vorhandenen Gliederungsebene der
 2256 Jungsozialistinnen und Jungsozialisten den Aufnahmeantrag nicht innerhalb eines Monats ab,
 2257 so gilt dies als Annahme des Antrages.

2258 (4) Werden Personen vor ihrem 35. Geburtstag in Funktionen der Jungsozialistinnen und
 2259 Jungsozialisten gewählt, so können sie diese Funktionen bis zum Ende ihrer Amtsperiode
 2260 ausüben.

2261 IV. Gliederung und Organ

2262 (1) Der Landesverband gliedert sich in Arbeitsgemeinschaften und Kreisverbände. Die
 2263 Arbeitsgemeinschaften entsprechen in der Regel territorial den Ortsvereinen, die
 2264 Kreisverbände den Kreisverbänden der SPD.

2265 (2) Organe der Jusos auf Landesebene sind:

2266 a) Die Landeskonzferenz,

2267 b) Der Landesausschuss,

2268 c) Der Landesvorstand und

2269 d) Die Arbeitskreise

2270 V. Arbeitsgemeinschaften

2271 (1) Im Gebiet eines oder mehrerer Ortsvereine der SPD können Arbeitsgemeinschaften der
 2272 Jusos gebildet werden. Dies geschieht auf mehrheitlichen Beschluss einer Vollversammlung
 2273 aller Mitglieder der Jusos im Gebiet der Arbeitsgemeinschaft sowie die Anerkennung der
 2274 Arbeitsgemeinschaft durch den/die zuständigen Ortsverein/e der SPD.

2275 (2) Die Arbeitsgemeinschaften können eigene Richtlinien anhand der SPD und Juso Richtlinien
 2276 beschließen. Arbeitsgemeinschaften dürfen sich keinen anderen Namen als Jungsozialistinnen
 2277 und Jungsozialisten in der SPD geben.

2278 (3) Organe der Arbeitsgemeinschaften sind:

2279 a) Die Arbeitsgemeinschaftsvollversammlung,

2280 b) Die Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft,

2281 c) Der Arbeitsgemeinschaftsvorstand.

2282 (4) Die Arbeitsgemeinschaftsvollversammlung findet mindestens einmal im Kalenderjahr statt.
 2283 Sie ist beschlussfähig, wenn fristgerecht, aber mindestens zwei Wochenvor der
 2284 Vollversammlung eingeladen wurde. Die Einladung kann auch ausschließlich via E-Mail
 2285 erfolgen. Es muss aber zusätzlich auch gewährleistet werden, dass der postalische Weg der
 2286 Einladung bestehen bleibt, sofern dies notwendig ist. Sie kontrolliert die Arbeit des
 2287 Arbeitsgemeinschaftsvorstandes und entlastet diesen. Außerdem beschließt sie über die
 2288 gestellten Anträge. Antragsrecht haben alle Mitglieder der Arbeitsgemeinschaft.

2289 (5) Die Arbeitsgemeinschaftsvollversammlung wählt sich in jedem Kalenderjahr einen
 2290 Arbeitsgemeinschaftsvorstand. Näheres hierzu regeln die Richtlinien der Arbeitsgemeinschaft.

- 2291 (6) Mitgliederversammlungen der Arbeitsgemeinschaft finden zwischen den
2292 Arbeitsgemeinschaftsvollversammlungen statt. Eine gesonderte Einladung ist nicht
2293 erforderlich.
- 2294 (7) Der Arbeitsgemeinschaftsvorstand besteht aus:
- 2295 a) Der oder dem Vorsitzenden,
- 2296 b) Mindestens zwei weiteren Mitgliedern. Die Zahl der weiteren Mitglieder sowie die
2297 genaue Zusammensetzung des Vorstandes werden durch die Richtlinien der
2298 Arbeitsgemeinschaft oder die wählende Arbeitsgemeinschaftsvollversammlung
2299 festgelegt.
- 2300 VI. Kreisverbände
- 2301 (1) Im Gebiet eines Kreisverbandes der SPD können Kreisverbände der Jusos gebildet werden.
2302 Dies geschieht auf mehrheitlichen Beschluss einer Vollversammlung aller Mitglieder der Jusos
2303 im Gebiet des Kreisverbandes sowie die Anerkennung des Kreisverbandes durch den
2304 zuständigen Kreisverband der SPD.
- 2305 (2) Organe der Kreisverbände sind:
- 2306 1. Die Kreiskonferenz (KKO),
- 2307 2. Die Mitgliederversammlung des Kreisverbandes
- 2308 3. Der Kreisvorstand.
- 2309 (3) Kreisverbände können sich anhand der SPD und Juso Statuten eigene Richtlinien geben.
2310 Dabei darf nicht vom Namen „Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD“ abgewichen
2311 werden. Richtlinien von Kreisverbänden können außerdem die Bildung eines erweiterten
2312 Kreisvorstandes vorsehen, deren Aufgaben, Befugnisse und Organisation durch die
2313 entsprechenden Richtlinien der Kreisverbände geregelt wird.
- 2314 (4) Die Kreiskonferenz findet bei weniger als 200 Mitgliedern als Vollversammlungen statt. Bei
2315 mehr als 200 Mitgliedern besteht die Möglichkeit eine Delegiertenversammlung einzuberufen.
2316 Näheres regeln die Richtlinien des Kreisverbandes.
- 2317 (5) Die Kreiskonferenz findet einmal im Kalenderjahr statt. Sie ist beschlussfähig, wenn
2318 fristgerecht, aber mindestens zwei Wochen vor der Vollversammlung, eingeladen wurde und
2319 mindestens drei Mitglieder des Kreisverbandes anwesend sind. Die Einladung kann auch
2320 ausschließlich via E-Mail erfolgen. Es muss aber zusätzlich auch gewährleistet werden, dass der
2321 postalische Weg der Einladung bestehen bleibt, sofern dies notwendig ist. Sie kontrolliert die
2322 Arbeit des Kreisvorstandes, entlastet diesen und beschließt über gestellte Anträge.
2323 Antragsrecht haben alle Mitglieder des Kreisverbandes.
- 2324 (6) Die Kreiskonferenz wählt für jedes Kalenderjahr den Kreisvorstand, die Delegierten und
2325 Ersatzdelegierten zur Landeskongress, sowie die Vertreter zum Landesausschuss. Näheres
2326 regeln die Richtlinien des Kreisverbandes.

- 2327 (7) Mitgliederversammlungen der Kreisverbände finden zwischen den Kreisvollversammlungen
2328 statt. Eine gesonderte Einladung ist nicht erforderlich. (8) Der Kreisvorstand besteht aus:
- 2329 1. Der oder dem Vorsitzenden.
- 2330 2. Mindestens zwei weiteren Mitgliedern. Die Zahl der weiteren Mitglieder sowie die
2331 genaue Zusammensetzung des Vorstandes werden durch die Richtlinien des
2332 Kreisverbandes oder die wählende Kreisvollversammlung festgelegt.
- 2333 VII. Landeskonzferenz
- 2334 (1) Die Landeskonzferenz ist das oberste Beschlussgremium des Landesverbandes. Sie hat
2335 insbesondere folgende Aufgaben:
- 2336 1. Entgegennahme der Berichte (insbesondere des Gleichstellungsberichtes) und
2337 Kontrolle der Arbeit des Landesvorstandes und des Jugendbildungsreferenten/ der
2338 Jugendbildungsreferentin.
- 2339 2. Beschlussfassung über die gestellten Anträge,
- 2340 3. Beschlussfassung über das Arbeitsprogramm des Landesverbandes,
- 2341 4. Wahl des Landesvorstandes für ein Kalenderjahr,
- 2342 5. Wahl der Vertreterin, bzw. des Vertreters sowie der Ersatzvertreterinnen und
2343 Ersatzvertreter im Bundesausschuss für die Dauer von maximal 24 Monaten,
- 2344 6. Wahl der Berater*innen und der Delegierten auf dem SPD-Landesparteitag.
- 2345 2) Bei nicht mehr als 300 Mitgliedern des Landesverbandes findet die Landeskonzferenz als
2346 Mitgliedervollversammlung statt. Bei mehr als 300 Mitgliedern setzt sich die Landeskonzferenz
2347 aus 60 Delegierten der Kreisverbände zusammen. Jeder Kreisverband erhält dabei zunächst ein
2348 Grundmandat. Die restlichen Mandate werden nach der Zahl der Mitglieder gemäß III. in den
2349 Kreisverbänden durch den Landesvorstand nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren ermittelt.
2350 Ausgangsbasis für die Berechnung des Delegiertenschlüssels ist das arithmetische Mittel der
2351 Zahl der beitragszahlenden Mitglieder gemäß III. der letzten 12 Monate am Ende des letzten
2352 abgerechneten Quartals vor Einberufung der Landeskonzferenz.
- 2353 (3) Das Frauenplenum ist die Versammlung aller weiblichen Delegierten auf einer
2354 Landeskonzferenz. Die Einberufung kann während einer Landeskonzferenz durch eine weibliche
2355 Delegierte erfolgen. Parallel hierzu muss auch ein Männerplenum stattfinden, welches jedoch
2356 mit Beendigung des Frauenplenums ebenfalls sofort beendet werden muss.
- 2357 (4) Beratend nehmen an der Landeskonzferenz teil:
- 2358 1. Die Mitglieder des Landesvorstandes sofern sie nicht Delegierte sind,
- 2359 2. Die Kreisvorsitzenden, sofern sie nicht Delegierte sind,
- 2360 3. Der Jugendbildungsreferent, bzw. die Jugendbildungsreferentin,
- 2361 4. Die Leitungen der Arbeitskreise und Projektgruppen des Landesverbandes,

- 2362 5. Die Mitglieder des Landesverbandes im Bundesvorstand und Bundesausschuss der
2363 Jusos,
- 2364 6. Die Mitglieder des SPD-Landesvorstandes, der SPD-Landtagsfraktion und die SPD-
2365 Mitglieder der Landesregierung bis zum Alter von 35 Jahren.
- 2366 (5) Die Landeskonzferenz findet einmal im Kalenderjahr statt. Sie wird vom Landesvorstand unter
2367 Angabe der vorläufigen Tagesordnung und des Delegiertenschlüssels spätestens acht Wochen
2368 vorher einberufen. Die Einladung kann auch ausschließlich via Mail erfolgen. Es muss aber
2369 zusätzlich auch gewährleistet werden, dass der postalische Weg der Einladung bestehen bleibt,
2370 sofern dies notwendig ist. Der Antragsschluss wird vom Landesvorstand festgelegt. Er muss
2371 mindestens drei Wochen vor der Landeskonzferenz liegen.
- 2372 (6) Eine außerordentliche Landeskonzferenz ist einzuberufen:
- 2373 a) Auf Beschluss von zwei Dritteln der ordentlichen Mitglieder des Landesvorstandes,
2374 b) Auf mehrheitlichen Beschluss des Landesausschusses,
2375 c) Auf Antrag von drei Kreisverbänden, oder
- 2376 d) Auf Antrag eines Zehntels der Mitglieder. Hierfür sind jedoch die Angabe einer
2377 vorläufigen Tagesordnung und eine Begründung für die außerordentliche
2378 Landeskonzferenz von Nöten. Die Einberufung muss spätestens drei Wochen vorher
2379 erfolgen. Die Einladung kann auch ausschließlich via Mail erfolgen. Es muss aber
2380 zusätzlich auch gewährleistet werden, dass der postalische Weg der Einladung bestehen
2381 bleibt, sofern dies notwendig ist. Der Antragsschluss liegt zehn Tage vor der Konferenz.
2382 Stimmberechtigt sind die Delegierten der letzten ordentlichen Landeskonzferenz. Für jede
2383 außerordentliche Landeskonzferenz ist der Delegiertenschlüssel neu zu ermitteln und mit
2384 der Einberufung bekannt zu geben.
- 2385 (7) Antragsberechtigt sind die Arbeitsgemeinschaften, die Kreisverbände, der Landesausschuss,
2386 der Landesvorstand, die Projektgruppen auf Landesebene, die Landesarbeitskreise, die Juso-
2387 Hochschulgruppen, die Juso-SchülerInnengruppen sowie die Frauen-Arbeitskreise auf allen
2388 Ebenen.
- 2389 (8) Die Landeskonzferenz wählt eine aus Delegierten (bzw. im Fall der Mitgliedervollversammlung
2390 aus anwesenden Mitgliedern) bestehende Mandatsprüfungs- und Zählkommission, die die
2391 Legitimation der Delegierten (bzw. anwesenden Mitglieder) feststellt. Sie wählt zudem ein
2392 Präsidium, beschließt die Tagesordnung und gibt sich eine Geschäftsordnung. Findet die
2393 Landeskonzferenz als Mitgliedervollversammlung statt, ist sie Beschlussfähig, wenn mindestens
2394 zehn Mitglieder anwesend sind. Findet die Landeskonzferenz als Delegiertenkonferenz statt, ist
2395 sie beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte der gewählten Delegierten anwesend ist. Die
2396 Landeskonzferenz ist ohne Berücksichtigung der Anzahl der anwesenden Delegierten
2397 beschlussfähig, wenn sie wegen Beschlussunfähigkeit erneut einberufen wird. Hierauf ist bei der
2398 erneuten Einladung hinzuweisen.
- 2399 (9) Über die Ereignisse der Landeskonzferenz wird ein Protokoll geführt. Beschlüsse sind durch
2400 zwei Mitglieder des Präsidiums der Konferenz zu beurkunden. Wahlen zusätzlich durch einen

2401 Vertreter oder eine Vertreterin der Mandatsprüfungs-und Zählkommission. Es ist über die
2402 beschlossenen Anträge sowie alle Wahlergebnisse ein Beschlussbuch zu erstellen. Dies ist
2403 spätestens zwei Monate nach der Konferenz fertig und den Mitglieder des Landesverbandes zur
2404 Verfügung zu stellen. Die Erstellung des Beschlussbuches obliegt dem
2405 Jugendbildungsreferenten, bzw. der Jugendbildungsreferentin.

2406 VIII. Landesausschuss

2407 (1) Der Landesausschuss koordiniert die Zusammenarbeit zwischen Landesvorstand und
2408 Kreisverbänden, sowie Projektgruppen und Arbeitskreisen. Er berät über grundsätzliche
2409 politische und organisatorische Fragen des Landesverbandes. Beschlüsse haben deshalb
2410 empfehlenden Charakter für den Landesvorstand.

2411 (2) Dem Landesausschuss gehören an:

2412 1. Je zwei Vertreterinnen und Vertreter der zum Landesverband gehörenden
2413 Kreisverbände.

2414 2. Sind Vertreterinnen oder Vertreter verhindert oder scheiden aus dem Landesausschuss
2415 aus, so kann der jeweilige Kreisvorstand einen Ersatzvertreterin oder Ersatzvertreter
2416 benennen.

2417 (3) Beratend nehmen an den Sitzungen des Landesausschusses teil:

2418 1. Die stimmberechtigten Mitglieder des Landesvorstandes,

2419 2. Der Jugendbildungsreferent, bzw. die Jugendbildungsreferentin,

2420 3. Die Kreisvorsitzenden,

2421 4. Die Leitungen der Projektgruppen und Arbeitskreise des Landesverbandes,

2422 5. Die Mitglieder des Landesverbandes im Bundesvorstand und Bundesausschuss der
2423 Jusos,

2424 6. Die Mitglieder des SPD-Landesvorstandes und der SPD-Landtagsfraktion, sowie die
2425 SPD-Mitglieder der Landesregierung bis zum Alter von 35 Jahren.

2426 (4) Der Landesausschuss tagt mindestens zweimal im Jahr. Bei der Wahl der Sitzungsorte sind
2427 die verschiedenen Regionen des Landes zu berücksichtigen. Er kann eine häufigere
2428 Sitzungsweise festlegen. Außerdem wird er einberufen, wenn der Landesvorstand, das
2429 Präsidium, mindestens 30 von 100 der ordentlichen Mitglieder des Landesausschuss oder
2430 mindestens zwei Kreisverbände dies verlangen.

2431 (5) Der Landesausschuss wird von einem mindestens zweiköpfigen Präsidium geleitet, das auf
2432 der ersten Sitzung nach einer ordentlichen Landeskongress, aus der Mitte seiner Mitglieder
2433 gewählt wird.

2434 (6) Der Landesausschuss ist beschlussfähig, wenn mindestens vier Kreisverbände mit
2435 mindestens einem Vertreter oder einer Vertreterin anwesend sind. Die Einladung kann auch
2436 ausschließlich via Mail erfolgen. Es muss aber zusätzlich auch gewährleistet werden, dass der
2437 postalische Weg der Einladung bestehen bleibt, sofern dies notwendig ist. Der Landesausschuss

2438 ist ohne Berücksichtigung der Anzahl der anwesenden Mitglieder beschlussfähig, wenn er
2439 wegen Beschlussunfähigkeit erneut einberufen wird. Hierauf ist bei der erneuten Einladung
2440 hinzuweisen.

2441 (7) Die Sitzungen des Landesausschusses sind grundsätzlich verbandsöffentlich. Ausnahmen
2442 hiervon bedürfen der Mehrheit von 60 von 100 der anwesenden ordentlichen Mitglieder.

2443 (8) Der Landesausschuss gibt sich eine Geschäftsordnung.

2444 IX. Landesvorstand

2445 (1) Der Landesvorstand leitet den Landesverband und ist für die Ausführung der Beschlüsse der
2446 Landeskonzferenz verantwortlich. Er erledigt die laufenden Geschäfte und vertritt den
2447 Landesverband gegenüber dem Landesverband der SPD und in der Öffentlichkeit. Er trägt die
2448 Verantwortung für die politische und organisatorische Arbeit der Jusos auf Landesebene.

2449 (2) Der Landesvorstand ist beschlussfähig, mehr als die Hälfte der stimmberechtigten Mitglieder
2450 anwesend sind. Anwesend ist auch, wer sich digital zuschalten lässt. Eine digitale Anwesenheit
2451 muss protokollarisch erfasst werden. Die digitale Stimmabgabe bei Beschlüssen muss ebenso
2452 protokollarisch erfasst werden.

2453 (3) Der Landesvorstand besteht aus:

2454 1. Der oder dem Landesvorsitzenden,

2455 2. mindestens zwei stellvertretenden Vorsitzenden, Die genaue Zahl der
2456 stellvertretenden Vorsitzenden wird vor der Wahl des Landesvorstandes durch die
2457 wählende Landeskonzferenz festgelegt.

2458 3. Weiteren Mitgliedern (Beisitzerinnen und Beisitzer).Die genaue Zahl der weiteren
2459 Mitglieder wird vor der Wahl des Landesvorstandes durch die wählende Landeskonzferenz
2460 festgelegt.

2461 (4) Beratend nehmen an den Sitzungen des Landesvorstandes teil:

2462 1. Die Jugendbildungsreferentin, bzw. der Jugendbildungsreferent,

2463 2. Das Präsidium des Landesausschusses,

2464 3. Die Kreisvorsitzenden,

2465 4. Die Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaften,

2466 5. Das Mitglied im Bundesausschuss,

2467 6. Mitglieder des Landesverbandes im Bundesvorstand der Jusos,

2468 7. Mitglieder des SPD-Landesvorstandes, der SPD-Landtagsfraktion sowie der SPD-
2469 Mitglieder der Landesregierung bis zum 35. Lebensjahr.

2470 8. Jeweils eine Vertreterin, bzw. ein Vertreter der Projektgruppen und Arbeitskreise des
2471 Landesverbandes.

2472 (5) Der Landesvorstand kann weitere Mitglieder in den Landesvorstand kooptieren, die dann
2473 ebenfalls mitberatender Stimme an den Landesvorstandssitzungen teilnehmen. Die
2474 Geschlechterquote muss auch bei Kooptierungen eingehalten werden.

2475 (6) Sitzungen des Landesvorstandes sind grundsätzlich verbandsöffentlich. Auf Beschluss 60 von
2476 100 der ordentlichen Mitglieder des Landesvorstandes kann eine Sitzung nicht-
2477 verbandsöffentlich stattfinden.

2478 (7) Der Landesvorstand tagt mindestens sechsmal im Jahr.

2479 (8) Der Landesvorstand kann sich eine Geschäftsordnung geben.

2480 (9) Stimmenabgaben zu Beschlussfassungen des Landesvorstandes können auch digital in
2481 Echtzeit erfolgen und müssen gesondert protokollarisch erfasst werden. Die Möglichkeit der
2482 Umlaufbeschlüsse via elektronisch nachvollziehbarer Systeme ist ebenso möglich.

2483 (10) Wahlen, welche im Landesvorstand abgehalten werden, müssen grundsätzlich geheim sein.
2484 Dies gilt auch für digitale Abstimmungsverfahren.

2485 X. Projektgruppen und Arbeitskreise

2486 (1) Auf mehrheitlichen Beschluss der Landeskonzferenz, des Landesausschusses oder des
2487 Landesvorstandes können Projektgruppen und Arbeitskreise eingerichtet werden. Der Beschluss
2488 ist widerrufbar.

2489 (2) Die Projektgruppen und Arbeitskreise sollen sich mit speziellen Bereichen der politischen
2490 bzw. organisatorischen Arbeit des Landesverbandes beschäftigen und den Kreisverbänden sowie
2491 dem Landesvorstand in beratender Weise zuarbeiten.

2492 (3) Für die Leitung der Arbeitskreise werden auf der Landeskonzferenz eine Sprecherin bzw. ein
2493 Sprecher gewählt, welche die Arbeit der Arbeitskreise und Projektgruppen organisieren. Die
2494 Aufgaben der Arbeitskreise werden durch das einrichtende Gremium festgelegt.

2495 (4) Die Leitung und die Aufgabe der Projektgruppe werden von dem einrichtenden Gremium
2496 festgelegt.

2497 (5) Arbeitskreise und Projektgruppen sind gegen über allen Organen der Landesebene zur
2498 Information verpflichtet.

2499 XI. Abstimmungen und Wahlen

2500 (1) Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der abgegeben gültigen Stimmen gefasst, sowie
2501 durch diese Richtlinien nichts anderes bestimmt ist. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als
2502 abgelehnt.

2503 (2) Stimmenenthaltungen gelten als gültige Stimmen.

2504 (3) Alle im Bereich des Landesverbandes stattfindenden Wahlen erfolgen nach den Vorschriften
2505 der Wahlordnung der SPD. Bei allen Wahlen ist im ersten Wahlgang mehr als die Hälfte der
2506 abgegeben gültigen Stimmen notwendig. In weiteren Wahlgängen ist gewählt, wer die meisten
2507 Stimmen auf sich vereinigen kann.

2508 (4) Wahlen sind grundsätzlich geheim. Digitale Wahlen müssen ebenso diesen Grundsatz
2509 erfüllen.

2510 (5) Mindestens 40% der Mitglieder eines Vorstandes, der von einer Arbeitsgemeinschaft oder
2511 einem Kreisverband bzw. der vom Landesverband zu wählenden Delegierten sowie deren
2512 Vertreterinnen und Vertreter müssen Frauen sein. Bei der Feststellung der Zahl der mindestens
2513 zu wählenden Frauen ist aufzurunden, es sei denn, die Zahl der Frauen, die einem Vorstand oder
2514 einer Delegation angehören müssen, würde mehr als die Hälfte betragen.

2515 (6) Kandidieren nicht genügend Frauen, so wird die Gesamtzahl der zu Wählenden so weit
2516 verringert, dass der Frauenanteil der letztlich Gewählten den Quotierungsbestimmungen unter
2517 (5) genügt.

2518 (7) Für das Nachrücken von Ersatzdelegierten gilt folgende Regelung. Fällt ein männlicher
2519 Delegierter aus, so rückt der oder die Ersatzdelegierte mit der höchsten Stimmenzahl nach. Fällt
2520 eine weibliche Delegierte aus, rückt die weibliche Ersatzdelegierte mit der höchsten
2521 Stimmenzahl nach. Ist keine weibliche Ersatzdelegierte für eine ausfallende weibliche Delegierte
2522 gewählt worden, so kann ein Mann nur dann nachrücken, wenn dadurch der Anteil der
2523 männlichen Delegiertenplätze 60% nicht überschreitet. Hierbei gelten die unter (5) angeführten
2524 Ausnahmen.

2525 (8) Für die Anwesenheit von Delegierten gilt folgende Regelung: Die anwesende Delegation
2526 muss quotiert sein. Fallen weibliche Delegierte aus, so dass der durch (5) geregelte Frauenanteil
2527 unterschritten wird und es können keine weiblichen Ersatzdelegierten nachrücken, so bleiben
2528 diese Delegiertenplätze unbesetzt.

2529 (9) Eine Funktionärin oder ein Funktionär verliert ihre, bzw. seine Funktion durch: 1. Neuwahl
2530 oder Erlöschen der Funktion oder Ablauf der satzungsmäßigen Amtszeit, 2. Niederlegung, 3.
2531 Aberkennung in einem Parteiordnungsverfahren, 4. Abberufung aus wichtigem Grund (§9 der
2532 Wahlordnung der SPD), 5. Verlust der Mitgliedschaft (§4 des Organisationsstatuts der SPD).

2533

2534 **Delegiertenschlüssel:**

Name der Organisation	Berücks.	Del. absolut	Rest	Verteilung	Schlüssel	Grundmand.	Gesamt
SPD-KV Rostock	144	14	0,080625	0	14	1	15
SPD-KV Vorpommern-Greifswald	103	10	0,1075	0	10	1	11
SPD-KV Schwerin	61	5	0,96375	1	6	1	7
SPD-KV Mecklenburgische Seenplatte	52	5	0,07	0	5	1	6
SPD-KV Nordwestmecklenburg-Wismar	44	4	0,33875	0	4	1	5
SPD-KV Ludwigslust-Parchim	53	5	0,18375	0	5	1	6
SPD-KV Vorpommern-Rügen	27	2	0,640625	1	3	1	4
SPD-KV Landkreis Rostock	47	4	0,615	1	5	1	6

2535